

Forschungs Informations Dienst

3/2010

1. Neue Forschungsvorhaben
2. Ergebnisse aus abgeschlossenen Forschungsprojekten
3. Veröffentlichungen aus Forschungsprojekten

Forschungs Informations Dienst

3/2010

Herausgeber

Hans-Böckler-Stiftung
Abt. Forschungsförderung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon (0211)7778-0

Redaktion

Marc Schietinger, Linda Zebri
Abt. Forschungsförderung

Umschlaggestaltung

Horst F. Neumann Kommunikationsdesign, Wuppertal

Druck

kk.Design, Ratingen

Düsseldorf, Januar 2011

Inhalt

1. Neue Forschungsvorhaben

Strukturwandel - Innovationen und Beschäftigung

Geppert, Mike u.a.: Arbeitsbeziehungen in multinationalen Unternehmen des europäischen Lebensmitteleinzelhandels - Discounter und Hypermärkte	7
Lippert, Inge: Reorganisation von Wertschöpfungsketten in der "Weißen Ware"	9
Spath, Dieter u.a.: Wirkungen der Elektrifizierung des Antriebstrangs auf Beschäftigung und Standortumgebung. Wirkungsanalyse alternativer Antriebskonzepte am Beispiel eines idealtypischen Aggregatwerks.	11
Voß, Werner u.a.: Aktuelle Herausforderungen der Grundstoffchemie in Deutschland	13

Mitbestimmung im Wandel

Wannöffel, Manfred: Chancen und Grenzen nachhaltiger Standorte- und Beschäftigungssicherung	15
Windolf, Paul: Strukturanalyse des Finanzmarkt-Kapitalismus	17

Erwerbsarbeit im Wandel

Kuhlmann, Martin u.a.: Problemlagen und Durchsetzungsbedingungen alter(n)sgerechter Arbeitspolitik	18
Völter-Mahlknecht, Susanne: Arbeits- und Gesundheitsschutz von ausländischen Leiharbeitnehmern	20

Zukunft des Sozialstaates/Sozialpolitik

Lüngen, Markus: Gesundheitliche Ungleichheit, Struktur der Inanspruchnahme und Zufriedenheit mit der Versorgung	22
Wellmann, Holger: Einsatz der Balanced Scorecard in der betrieblichen Gesundheitspolitik	24

Forschungslinie Berufliche und allgemeine Bildung

Freitag, Walburga: Zweiter und Dritter Bildungsweg in die Hochschule - Forschungsstand und Forschungsbedarf	25
Schröder, Achim u.a.: Biographische Nachhaltigkeit Politischer Jugendbildung - Eine Wirkungsstudie	26
Wannöffel, Manfred: Hochschulzugang für Berufstätige - Exemplarisch analysiert am Beispiel der Ruhr-Universität Bochum	28

Forschungslinie Bedeutung und Rolle der Tarifparteien

Neebe, Angelika: Selbstorganisation(en) von ArbeitsmigrantInnen in der Bundesrepublik Deutschland - Kooperation unter dem Aspekt sozialer Bündnismöglichkeiten	30
--	----

Forschungslinie Geschichte der Gewerkschaften

Diner, Dan u.a.: Verborgene Präsenzen - Geltung und Wirkung des Holocaust am Beispiel der Arbeiterbewegung und Intellektuellenkultur der Nachkriegszeit	32
Kebir, Sabine u.a.: Spannungsverhältnisse zwischen weiblichen Arbeits- und Lebenswelten in Werk und Biographie der Autorin Elfriede Brüning - Monographie zu einem hundertjährigen Gewerkschaftsmitglied	34

2. Ergebnisse aus abgeschlossenen Forschungsprojekten

Strukturwandel - Innovationen und Beschäftigung

Klemisch, Herbert: Betriebsübernahme durch Belegschaften - Auslaufmodell oder Ergänzung des strukturpolitischen Instrumentariums.....	39
Lewark, Siegfried u.a.: Team statt Hierarchie: Forstliche Arbeitsorganisation in Veränderung	41
Lötscher, Lienhard u.a.: Neue und innovative Ansätze zur Regionalentwicklung durch unternehmerische Wirtschaftsförderung	43
Maack, Klaus: Update der Studie "Wachstumspol Stettin - Entwicklung der deutsch-polnischen Grenzregion"	45
Neumann, Lars: Unterstützung der Weiterentwicklung strategischer Perspektiven der Arbeitnehmer vor dem Hintergrund der zukünftigen Markttrends im europäischen Bahnverkehr	47
Voß, Werner: Der Photovoltaik-Standort in Deutschland - Quo vadis?	49
Welfens, Paul J. J. u.a.: EU-Strukturwandel, regionale Innovationsdynamik und Clusterbildungsoptionen in der Wissensgesellschaft.....	51

Mitbestimmung im Wandel

Keller, Berndt: Arbeitsmärkte und Arbeitsbeziehungen im öffentlichen Dienst. Aktuelle Veränderungen und Konsequenzen.....	53
Kraft, Kornelius u.a.: Erhebung von Daten zur Zustimmung des Corporate Governance Kodex gemäß der Entsprechenserklärungen deutscher Aktiengesellschaften.....	55
Schmidt, Gert u.a.: Chancen kulturübergreifender Solidarität in global agierenden Unternehmen: Kommunikation, Macht und Interessen in der transnationalen Arbeitnehmerkooperation.....	57
Vitols, Sigurt: Unternehmensbestimmung und Vorstandsvergütung in europäischen börsennotierten Großunternehmen	59
Wilkesmann, Uwe u.a.: Erwartungsmuster an Betriebsräte. Eine empirische Untersuchung zur Klassifizierung von Erwartungsmustern an Betriebsräte im Kontext sozialer Milieus anhand einer repräsentativen Befragung von abhängig Beschäftigten in Deutschland.....	61

Erwerbsarbeit im Wandel

Briken, Kendra u.a.: Produktion von Sicherheit? Arbeit im Bewachungsgewerbe.....	63
Littig, Beate: "Neue Arbeit", "Mischarbeit", "Tätigkeitsgesellschaft statt Erwerbsarbeitsgesellschaft". Literaturstudie zum Stand der Debatte um erweiterte Arbeitskonzepte	65
Matuschek, Ingo u.a.: Leistungs politik unter der Bedingung subjektiver Arbeit.....	67

Zukunft des Sozialstaates/Sozialpolitik

Becker, Irene u.a.: Vom Kindergeld zu einer Grundsicherung für Kinder. Fiskalische und Verteilungswirkungen eines Existenz sichernden und zu versteuernden Kindergeldes	69
Blume, Andreas u.a.: Untersuchung des Kompetenz- und Strategiebedarfs von Betriebs- und Personalräten im Bereich der betrieblichen Gesundheitspolitik	71
Greß, Stefan: Reformpfade des Sozialversicherungsmodells im Vergleich: Gesundheitsreformen in Deutschland und den Niederlanden	74

Forschungslinie Berufliche und allgemeine Bildung

Dobischat, Rolf u.a.: Gestaltungsakteure beim Übergang Jugendlicher von der Schule in die Arbeitswelt. Probleme, erste Lösungsansätze und offene Forschungsfragen aus Arbeitnehmersicht	76
Gillen, Julia u.a.: Soziale Gerechtigkeit in der beruflichen und betrieblichen Weiterbildung - Stand der Forschung und Forschungsbedarf.....	78
Meyer, Rita: Arbeitsagentur und Qualifizierung: Aufgaben und Selbstverständnis von Arbeitsagenturen in Bezug auf institutionsbezogene Qualifizierungsberatung vor dem Hintergrund der Krise.....	80

Nuissl von Rein, Ekkehard u.a.: Allgemeine und Politische (Weiter)Bildung: Chancengleichheit, soziale Herkunft und soziale Selektivität in der allgemeinen und politischen Weiterbildung. Eine Expertise	82
--	----

Forschungslinie Bedeutung und Rolle der Tarifparteien

Tutschner, Roland: Technikerinnen und Techniker und Interessenvertretung: Zur Arbeitssituation und beruflichen Identität von Technikern.....	84
---	----

Forschungslinie Geschichte der Gewerkschaften

Remeke, Stefan: Maria Weber 90 Jahre, Gerd Muhr 85 Jahre, DGB 60 Jahre. Ein biografisches Geschichtsprojekt zu Gewerkschaftern des DGB.....	86
--	----

3. Veröffentlichungen aus Forschungsprojekten

Veröffentlichungen	89
--------------------------	----

An die Leserinnen und Leser des F.I.D.

Die erste Ausgabe des "Forschungsinformationsdienstes" (F.I.D.) der Hans-Böckler-Stiftung erschien vor neunzehn Jahren. Die seitdem kontinuierlich steigende Nachfrage hat gezeigt, dass unser Anliegen, regelmäßig über neue Forschungsvorhaben in der Projektförderung zu informieren, auf eine breite Resonanz stößt. Wir wollen ausgewählte Forschungsprojekte der Hans-Böckler-Stiftung in knapper Form und möglichst zeitnah vorstellen.

Dieser Anspruch des F.I.D. wäre ohne die Mitarbeit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht einzulösen. Sie liefern uns als Projektbearbeiter/innen Beschreibungen des Vorhabens und Zusammenfassungen der Ergebnisse. Wir möchten ihnen an dieser Stelle für ihre Mitarbeit am F.I.D. ganz herzlich danken.

Die Kurzzusammenfassungen der neu angelaufenen Forschungsvorhaben, jeweils im ersten Teil des F.I.D. enthalten, ermöglichen einen ersten Einblick in die jeweiligen Zielsetzungen und in das methodische Vorgehen der von uns geförderten Forschungsarbeiten. Weitergehende Informationen können direkt bei den Projektbearbeitern oder in der Abteilung Forschungsförderung nachgefragt werden. Gleiches gilt selbstverständlich für die Ergebnisse aus abgeschlossenen Forschungsprojekten, die ebenfalls präsentiert werden. Bei umfangreichen Projektergebnissen, die in absehbarer Zeit als Publikation erscheinen, verweisen wir auf die Veröffentlichungen.

Hinweise auf Publikationen aus Forschungsvorhaben der Hans-Böckler-Stiftung enthält der letzte Teil des F.I.D. Die mit einer ISBN-Nr. versehenen Veröffentlichungen können über den Buchhandel oder direkt beim Verlag bezogen werden. Mit einer Bestell-Nr. gekennzeichnete Publikationen sind über unseren Auslieferer "Der Setzkasten" erhältlich. Informationsbroschüren dagegen werden in der Regel über die herausgebenden Institutionen vertrieben.

Ein Teil der Projektberichte, aber auch weiteres Material steht auf den Internetseiten der Hans-Böckler-Stiftung unter Forschungsförderung/Projekte zum download zur Verfügung.

Eine Auswahl aktueller Informationen zu neuen und abgeschlossenen Projekten, Veröffentlichungen und Veranstaltungen der Abt. Forschungsförderung können Sie außerdem unserem Newsletter entnehmen, zu bestellen unter: http://www.boeckler.de/159_1455.html.

Für Anregungen, Kritik und konstruktive Vorschläge zur Verbesserung des F.I.D. sind wir offen und dankbar. Wir hoffen, dass dieser Informationsdienst den Anforderungen aus Gewerkschaften und Wissenschaften gleichermaßen genügt.

Das Forschungsförderungsprogramm der Hans-Böckler-Stiftung finden Sie im Internet unter www.boeckler.de. Es konzentriert sich auf vier Forschungsfelder:

- Erwerbsarbeit im Wandel
- Strukturwandel - Innovation und Beschäftigung
- Mitbestimmung im Wandel
- Zukunft des Sozialstaates/Sozialpolitik

Zusätzlich werden im Projekt „Forschungslinien“ drei Themenlinien bearbeitet:

- Berufliche und allgemeine Bildung
- Geschichte der Gewerkschaften
- Rolle und Bedeutung der Tarifparteien

Anträge an die Hans-Böckler-Stiftung haben sich an der Schwerpunktbildung zu orientieren.

Wichtiger Hinweis:

Wer den F.I.D. beziehen möchte, wird freundlich gebeten, den beiliegenden Bestellschein an unsere Forschungsinformation und -dokumentation (Frau Linda Zebri) zu senden. Damit stellen Sie sicher, dass Sie den F.I.D., der dreimal jährlich erscheint, kostenlos erhalten.

1. Neue Forschungsvorhaben

<i>Projekttitel:</i>	Arbeitsbeziehungen in multinationalen Unternehmen des europäischen Lebensmitteleinzelhandels - Discounter und Hypermärkte
<i>Projektnummer:</i>	S-2009-317-1 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Mike Geppert University of Surrey International Management & Organisational Studies GU2 7XH Guildford Großbritannien m.geppert@surrey.ac.uk
<i>Projektbearbeitung:</i>	Jan Czarzasty Warsaw School of Economics Department of Economic Sociology Wisniowa 41, room 42 02-520 Warsaw Polen jan.czarzasty@isp.org.pl Dr. Luis Ortiz Universitat Pompeu Fabra Department of Political Science & Sociology Ramon Trias Fargas, 25-27 08005 Barcelona Spanien luis.ortiz@upf.edu Dr. Tony Royle National University of Ireland, Galway Centre for Innovation and Structural Change Department of Management and Research University Road 283 Galway Irland tony.royle@nuigalway.ie Prof. Dr. Banu Uckan Anadolu University Faculty of Economics and Administrative Sciences Dept. of Labour Economics and Industrial Relations 26470 Eskisehir Türkei buckan@anadolu.edu.tr
<i>Laufzeit:</i>	23 Monate

Ein internationales Projektteam untersucht die Arbeitsorganisation und die Industriellen Beziehungen von sechs multinationalen Konzernen im Lebensmitteleinzelhandel in den Ländern Deutschland, Großbritannien, Irland, Spanien, Portugal und Türkei. Dabei werden kleinen standardisierten Discountern große und komplexe Hypermärkte gegenübergestellt.

1. Kontext / Problemlage

Der Einzelhandel, und hier insbesondere der Lebensmitteleinzelhandel, war in den letzten Jahrzehnten u.a. durch technologische Veränderungen und einen Konzentrationsprozess einem tiefgreifenden Strukturwandel unterworfen. Hinzu tritt die Internationalisierung der Unternehmen, die insbesondere durch sogenannte Hypermärkte und Discounter vorangetrieben wird. Obwohl etwa 10% aller Beschäftigten in Europa im Einzelhandel tätig sind, gibt es bisher nur wenige Untersuchungen, die sich mit den Arbeitsbeziehungen in diesem Sektor beschäftigen. Die Branche ist gekennzeichnet durch einen hohen Anteil von weiblichen Beschäftigten, Teilzeitarbeit und Minijobs, sowie durch relativ niedrige Löhne. Die gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten ebenso wie der Aufbau betrieblicher Interessenvertretungen ist (insbesondere bei den Discountern) schwierig.

2. Fragestellung

Unser Projekt untersucht, welche Faktoren die Arbeitsbeziehungen in den Heimat- und Gastländern multinationaler Unternehmen beeinflussen. Wir nehmen an, dass multinationale Unternehmen ihr Geschäftsmodell, einschließlich der Arbeitsbeziehungen, zunächst in ihrem Heimatland entwickeln und somit Einflüssen des jeweiligen institutionellen Umfeldes, wie etwa Wohlfahrtsregime, Ausbildungssystem, Arbeitsmarktregulierung oder Industrielle Beziehungen, ausgesetzt sind (Heimatlandeffekt). Oft übertragen sie ihr Geschäftsmodell auch in die Gastländer (Transfereffekt) und müssen dann unterschiedlich große Anpassungen an das lokale institutionelle Umfeld vornehmen (Gastlandeffekt). Schließlich vermuten wir, dass bedeutsame Unterschiede zwischen Hypermärkten und Discountern existieren (Formateffekt). Da der Einzelhandel in den einzelnen Ländern keinen Kernsektor darstellt, kann unsere Untersuchung jedoch nur bedingt auf vorliegende komparative Institutionentheorien zurückgreifen.

3. Untersuchungsmethoden

Es handelt sich um eine international vergleichende Untersuchung von Mutter- und Tochtergesellschaften fünf europäischer Konzerne in sechs Ländern. Den großen Hypermärkten mit oft mehreren hundert Beschäftigten werden die eher kleinen Filialen der Discounter mit teils unter zwanzig Beschäftigten gegenübergestellt. Die Einzelhandelsmärkte der sechs ausgewählten Länder sind zwar unterschiedlich weit entwickelt, lassen sich jedoch als eher koordinierte (Deutschland und Spanien), eher liberale (Großbritannien und Irland) oder sich entwickelnde Marktwirtschaften (Polen und Türkei) charakterisieren. Basierend auf Materialanalysen und Expertengesprächen mit Gewerkschaftern, Managern und Beschäftigten werden ca. 18 einheitlich strukturierte Unternehmensfallstudien der Mutter- bzw. Tochtergesellschaften in den sechs Ländern erstellt. Die Analysen des institutionellen Umfeldes der sechs Länder basieren auf einer Auswertung der verfügbaren Literatur.

<i>Projekttitel:</i>	Reorganisation von Wertschöpfungsketten in der "Weißen Ware"
<i>Projektnummer:</i>	S-2010-398-1 B
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Inge Lippert InterCase Sponholzstr. 3 12159 Berlin lippert@intercase-berlin.de
<i>Laufzeit:</i>	3 Monate

Die Hausgeräteindustrie ist mit ca. 200.000 Beschäftigten in Europa ein wichtiger Industriezweig der Metall- und Elektroindustrie. Das Projekt untersucht die sich verändernden Strukturen der internationalen Arbeitsteilung in dieser Industrie und geht der Frage nach, wo die zukünftigen Wettbewerbschancen der deutschen Hausgeräteindustrie liegen.

1. Kontext / Problemlage

Die Hausgeräteindustrie ist unter den Bedingungen der Globalisierung in den letzten 30 Jahren einem grundlegenden Wandel unterworfen. Umstrukturierungen, Fusionen und Übernahmen, gesättigte Märkte, Überkapazitäten und ein zunehmender Verdrängungswettbewerb prägen das Bild. Die Unternehmen reagieren auf die neuen Bedingungen, indem sie zum Teil groß angelegte Produktionsverlagerungen in die neuen Mitgliedsstaaten der EU und nach Fernost, vor allem China, vornehmen. Die deutsche Hausgeräteindustrie ist damit gegenwärtig mit drei zentralen Trends konfrontiert: 1. einem massiven Personalabbau an den heimischen Standorten, 2. Veränderungen in der internationalen Wertschöpfungsstruktur, die das früher etablierte Muster - Produktion der "High end"-Geräte in Deutschland, Verlagerungen bei "Low end"-Geräten - in Frage stellen und 3. dem Vordringen asiatischer Hersteller in die angestammten "High end"-Märkte durch breit angelegte Innovationsoffensiven.

2. Fragestellung

- Lässt sich ein Trend bestätigen, nach dem sich die Verlagerungsstrategie von West nach Ost in Zukunft auf das Hochpreissegment verschiebt? Welche realen Entwicklungen in diese Richtung wurden bereits angestoßen?
- Wird in diesem Zusammenhang die bislang geltende Regel: "Einbau in Westeuropa", "Solomaschinen in Osteuropa" aufgehoben? Welche Folgen für Beschäftigung und Qualifikationen sind damit für die heimischen Standorten zu erwarten?
- Kann das Kriterium der "Energieeffizienz" nach wie vor ein geeignetes Unterscheidungsmerkmal zwischen ausländisch gefertigten und in Deutschland gefertigten Haushaltsgeräten sein?
- Wie können zukunftsfähige Innovationsstrategien in Produkt und Prozess (Smart Grid, neue Filtertechniken & Werkstoffe, Arbeitsorganisation auf Basis von Ganzheitlichen Produktionssystemen) aussehen?
- Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus den gegenwärtigen Entwicklungstendenzen für die innovationspolitischen Strategien der Mitbestimmungsträger ziehen?

3. Untersuchungsmethoden

Methodisch basiert die Studie auf einer Kombination von empirischer Untersuchung bei den dominanten Herstellern der deutschen Hausgeräteindustrie und einer Schreibtisch-Recherche.

Die Vor-Ort-Untersuchung stützt sich auf Interviews in den 4 großen Industriegruppen der deutschen Branche - BSH, AEG Haushaltsgeräte GmbH/Electrolux, Bauknecht Hausgeräte GmbH/Whirlpool und Miele & Cie. Die Interviews werden mit Vertretern der Interessenvertretungen und des Managements geführt, die neben der betrieblichen Ebene auch die strategische Unternehmensebene überblicken. Der Umfang der Befragungen umfasst drei bis vier Interviews pro Unternehmen.

Für die Schreibtisch-Recherche werden öffentlich verfügbare statistische Daten zu den zentralen Entwicklungs- und Markttrends der deutschen Hausgeräteindustrie ausgewertet. Diese Auswertung stützt sich auf Zahlen des Statistischen Bundesamts und des ZVEI zur wirtschaftlichen Entwicklung und Beschäftigung der Branche.

<i>Projekttitel:</i>	Wirkungen der Elektrifizierung des Antriebstrangs auf Beschäftigung und Standortumgebung. Wirkungsanalyse alternativer Antriebskonzepte am Beispiel eines idealtypischen Aggregatewerks
<i>Projektnummer:</i>	S-2010-376-1 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Dieter Spath Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO Nobelstraße 12 70569 Stuttgart dieter.spath@iao.fraunhofer.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Dr. Wilhelm Bauer Peter Rally Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO Nobelstraße 12 70569 Stuttgart wilhelm.bauer@iao.fraunhofer.de peter.rally@iao.fraunhofer.de Dr. Jürgen Dispan IMU Institut GmbH Hasenbergstr. 49 70176 Stuttgart jdispan@imu-institut.de Bernd Propfe Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR) Insitut für Fahrzeugkonzepte Pfaffenwaldring 38-40 70569 Stuttgart bernd.propfe@dlr.de

Der langfristige Wandel zur Elektromobilität stellt die Automobilindustrie vor enorme Herausforderungen. Insbesondere werden Wirkungen auf Beschäftigung, auf Personal- und Arbeitspolitik, auf Unternehmenskonzepte und auf die Wertschöpfungskette erwartet. Die Analyse von quantitativen und qualitativen Beschäftigungswirkungen wird anhand eines idealtypischen Automotive-Aggregatewerk vorgenommen.

1. Kontext / Problemlage

Der Antriebsstrang und damit verbundene neue Fahrzeugkonzepte sind die derzeit innovativsten Felder in der Automobilentwicklung. Dabei werden unterschiedliche Technologiekonzepte von der Optimierung von Verbrennungsmotoren über die stufenweise Hybridisierung bis hin zu Elektroautos meist parallel verfolgt. Durch die zunehmende Elektrifizierung des Antriebsstrangs werden Wertschöpfungsanteile neu verteilt - sowohl zwischen entfallenden und neuen Komponenten als auch zwischen unterschiedlichen Akteuren. Mit der Einführung von elektromobilen Antriebskonzepten werden neue oder stark veränderte Bauteile benötigt, Anlagentechnologien und Produktionsprozesse verändern sich und müssen entsprechend flexibel ausgelegt werden. Die Frage nach Produktionskapazitäten stellt sich neu und nicht zuletzt werden sich neue Anforderungen an Ausbildung und Qualifizierung herausbilden. Elektromobilität eröffnet Unternehmen somit nicht nur Chancen, sondern stellt diese auch vor Herausforderungen.

2. Fragestellung

Welche Beschäftigungswirkungen resultieren in qualitativer wie quantitativer Hinsicht aus dem Trend zu alternativen Antriebskonzepten einschließlich der Standortumgebung? Diese Ausgangsfragestellung der Untersuchung wird in den einzelnen Arbeitspaketen u.a. auf folgende Fragen herunter gebrochen:

- Welche sind die neuen, modifizierten oder nicht mehr benötigten Bauteile zukünftiger Antriebskonzepte?
- Wie verändern sich Produktionsprozesse durch die neuen Komponenten?
- Wie entwickeln sich die Märkte für die verschiedenen Antriebskonzepte mittel- und langfristig?
- Wie sehen idealtypische automobiler Aggregatewerke in Zukunft aus?
- Wie wirkt sich der technologische Wandel, bezogen auf idealtypische Aggregatewerke, aus auf:
 1. Arbeitsvolumina und quantitative Beschäftigungseffekte,
 2. Qualifikationsprofile und Arbeitsbedingungen,
 3. Wertschöpfungskette und regionale Arbeitsmärkte.

3. Untersuchungsmethoden

Zur Informationsgewinnung und -auswertung kommt ein Methodenmix zum Zuge, der an die einzelnen Arbeitspakete des Projekts angepasst ist: Bei ingenieurwissenschaftlichen Projektteilen wird die detaillierte Analyse von Fahrzeugkonzepten bis auf Bauteileebene und die Modellierung von Produktionsprozessen auf eigene Vorarbeiten, Experteninterviews und Literaturrecherche gestützt. Aus dem Methodenspektrum der qualitativen Sozialforschung werden sowohl leitfadengestützte Experteninterviews und Expertenworkshops (Gruppendiskussionen) als auch Inhaltsanalysen von Literatur, Gutachten, Studien sowie weiteren Dokumenten und Informationen genutzt. Die drei Institute Fraunhofer IAO, IMU Institut, DLR Institut für Fahrzeugkonzepte werden bei der gesamten Projektbearbeitung eng kooperieren und regelmäßig Projekt-Workshops durchführen, um die ingenieur- und die sozialwissenschaftlichen Kompetenzen miteinander zu verknüpfen.

<i>Projekttitel:</i>	Aktuelle Herausforderungen der Grundstoffchemie in Deutschland
<i>Projektnummer:</i>	S-2010-396-1 B
<i>Projektleitung:</i>	Werner Voß arbeco GmbH Friedrichstraße 24 45468 Mülheim an der Ruhr wvoss@arbeco.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Ingo Wilms arbeco GmbH Friedrichstraße 24 45468 Mülheim an der Ruhr
<i>Laufzeit:</i>	11 Monate

Die deutsche chemische Industrie ist ein bedeutender Wirtschaftszweig. Rund ein Drittel der Aktivitäten in dem Bereich findet in der Herstellung von Basis- und Grundchemikalien statt. Die Grundstoffchemie ist einem hohen Anpassungsdruck ausgesetzt, weil hohe Vorleistungs- und Energiekosten in Deutschland anfallen, aber auch weil Schwellenländer ihre Produktionskapazitäten zum Teil kräftig erhöhen.

1. Kontext / Problemlage

Während ein Teil von Experten die Situation der Grundstoffchemie-Unternehmen in Deutschland als äußerst angespannt einschätzt und den Abbau von Kapazitäten befürchtet, erwarten andere eine Stärkung der Commodity-Hersteller, insbesondere wenn ein verstärkter Einstieg ausländischer Investoren z.B. aus arabischen Staaten erfolgt. Die Firmen bzw. Geschäftsbereiche bieten Zugang zu westlichen Märkten; darüber hinaus können die Erwerber von den Forschungs- und Entwicklungserkenntnissen sowie dem Kundenzugang mittels etablierter Marken profitieren.

Viele der Unternehmen befinden sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Börsenkurse sind auf niedrigem Niveau. Folglich besteht die Gefahr, dass Teile oder die gesamten Unternehmen preisgünstig erworben werden.

2. Fragestellung

Im Projekt werden drei Themenkomplexe bearbeitet:

Erstens sollen die Entwicklungen der letzten Dekade in den jeweiligen Segmenten der Grundstoffchemie in Deutschland anhand wichtiger wirtschaftlicher und arbeitsorientierter Indikatoren (wie z.B. Umsatz, Zahl der Unternehmen, Im- und Exporte, Veränderung der Produktionskostenstrukturen, Verhältnis Investitionen zu Abschreibungen, Wertschöpfung, Beschäftigte sowie Mitbestimmungsorgane) auf der Grundlage vorhandener Informationen untersucht sowie strukturelle Risiken und Chancen für eine nachhaltige Entwicklung der Commodity-Wirtschaftszweige herausgearbeitet werden.

Zweitens erfolgt eine Analyse der Entwicklungs- und Wachstumsprozesse der Grundstoffchemie in anderen Ländern und Regionen.

Aus den vorangegangenen Analyseschritten werden dann drittens wirtschafts-, industrie- und energiepolitische Handlungsempfehlungen für die Grundstoffchemie in Deutschland abgeleitet.

3. Untersuchungsmethoden

Zum Einsatz kommen übliche Verfahren der empirischen Wirtschaftsforschung wie z.B. Zeitreihen- und Querschnittsanalysen. Vor allem in den beiden ersten Arbeitssträngen werden branchenbezogene Informationen des Statistischen Bundesamtes, internationaler Organisationen (z.B. UNIDO, OECD) sowie Verbandsstatistiken ausgewertet. Zudem erfolgt die Analyse unternehmensspezifischer Publikationen (Geschäftsberichte usw.).

Die Gesamtschau ausgewählter makro- und mikroökonomischer Veränderungen dient als Grundlage für eine differenzierte Beurteilung derzeitiger und zukünftiger Herausforderungen sowie der Herleitung industriepolitischer Handlungsempfehlungen.

Darüber hinaus sollen rund 20 intensive, fragebogengestützte Interviews mit betrieblichen Experten (leitende Mitarbeiter und Träger der Mitbestimmung) geführt werden.

<i>Projekttitel:</i>	Chancen und Grenzen nachhaltiger Standorte- und Beschäftigungssicherung
<i>Projektnummer:</i>	S-2010-373-2 B
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Manfred Wannöffel Ruhr-Universität Bochum Gemeinsame Arbeitsstelle RUB/IGM Universitätsstraße 150 44780 Bochum manfred.wannoeffel@ruhr-uni-bochum.de
<i>Laufzeit:</i>	5 Monate

Das Projekt analysiert die institutionellen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zukunftsorientierter Standorte- und Beschäftigungssicherungsstrategien im Prozess der Umstrukturierung des Opel/GM-Konzerns am Beispiel des Standortes Bochum aus einzelbetrieblicher wie auch aus europäischer Perspektive.

1. Kontext / Problemlage

Die klassische Leitbranche Automobilindustrie ist im Zuge krisenhafter Veränderungen des ökologischen und ökonomischen Kontextes starkem Anpassungsdruck ausgesetzt. Die Branche reagiert darauf mit der Rationalisierung ihrer globalen Produktionsnetzwerke. Ein politisch wie wirtschaftlich zunehmend wichtiger werdendes Leitmotiv für den Wandel stellt in diesem Zusammenhang die Elektromobilität dar. Aufgrund dieser Entwicklung ergeben sich auch für Opel und GM neue Aspekte der Produktionsorganisation und strategischen Kooperation. Im Rahmen dessen werden die Wertschöpfungsanteile unter verstärktem Wettbewerbsdruck unternehmensinterner und -externer Märkte neu verteilt. Vor diesem Hintergrund stellt die Entwicklung nachhaltiger Standorte- und Beschäftigungssicherungsstrategien insbesondere die Arbeitnehmervertretungen in ihrer europäischen und internationalen Netzwerktextur vor neue Herausforderungen innovativer Arbeits- und Produktpolitik.

2. Fragestellung

- Welche Voraussetzungen begünstigen den Aufbau einer zukunftsfähigen Elektromotoren- und Komponentenfertigung am Bochumer Standort?
- Auf welche Weise können spezialisierte, regionale Zulieferer einbezogen werden?
- Begünstigen strategische Partnerschaften und Netzwerkbetriebsratsarbeit ein "insourcing" ausgelagerter Produktions- und Dienstleistungsbereiche?
- Welche Bedingungen setzt ein erfolgreiches Transferkonzept zur nachhaltigen Standort- und Beschäftigungssicherung voraus?
- Unter welchen Bedingungen kann innovative Arbeitspolitik beispielgebend für weitere Produktionsstandorte im europäischen Konzernverbund werden?
- Wie lässt sich das Arbeitsmodell am Bochumer Standort charakterisieren?
- Inwiefern erklären "lokale Arbeitsbeziehungen" und "nationaler und europäischer Konzern- und Interessenvertretungszusammenhang" die Standortentwicklung?
- Ist der Interessenvertretungszusammenhang weit genug entwickelt um in der aktuellen Krise gemeinsame Strategien herauszubilden?

3. Untersuchungsmethoden

Die Untersuchung beabsichtigt eine Zusammenführung der sozialökonomischen Makroperspektive mit der unternehmensspezifischen Mikroperspektive im Rahmen einer Intensivfallstudie des Bochumer Opel-Standortes. Die in diesem Zusammenhang zu leistende Forschungsarbeit gliedert sich in drei Arbeitspakete auf, die von drei Forschergruppen bearbeitet werden. Die einzelnen Gruppen gehen ihren Fragestellungen mithilfe eines Methoden-Mixes aus Dokumenten- und Datenanalyse, Experten- und Gruppeninterviews sowie der Durchführung von Dialogworkshops mit Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden nach.

<i>Projekttitel:</i>	Strukturanalyse des Finanzmarkt-Kapitalismus
<i>Projektnummer:</i>	S-2010-378-2 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Paul Windolf Universität Trier Fachbereich Soziologie, Gebäude C 458 Universitätsring 15 54296 Trier windolf@uni-trier.de
<i>Laufzeit:</i>	24 Monate

In diesem Projekt soll der Finanzmarkt mit Hilfe von Strukturvariablen beschrieben und analysiert werden. Es geht um eine vergleichende Analyse der Struktur der Finanzmärkte in ca. 20-25 OECD-Ländern. Der Vergleich soll zeigen, in welchem Umfang sich die einzelnen Länder dem Modell des Finanzmarkt-Kapitalismus angenähert haben und welche Ursachen nationale Unterschiede haben könnten.

1. Kontext / Problemlage

Seit Mitte der 1990er Jahre können wir in Deutschland und in anderen europäischen Ländern einen Regimewechsel beobachten, der in diesem Projekt als Übergang vom Manager- zum Finanzmarkt-Kapitalismus beschrieben wird. Wir beobachten einerseits einen Prozess der Auflösung von Institutionen (z.B. Auflösung der Deutschland AG), wir beobachten andererseits das Entstehen neuer Institutionen und Regulationsformen, insbesondere auf den Finanzmärkten. Parallel dazu hat sich eine neue Finanzmarkt-Elite etabliert, die versucht, Einfluss auf unternehmerische Entscheidungen in den großen Unternehmen auszuüben (shareholder value). Die Finanzmarktkrise von 2007-09 hat gezeigt, dass die globalen Transaktionen der Finanzmarkt-Akteure nur durch transnationale politische Regulierungen kontrolliert werden können.

2. Fragestellung

Der Finanzmarkt-Kapitalismus wird hier als ein System definiert, in dem die Realökonomie einem starken Einfluss der Finanzmärkte und einer global agierenden Finanzdienstklasse ausgesetzt ist (institutionelle Investoren, Analysten, Rating-Agenturen). Aus einer vergleichenden Perspektive sollen die folgenden Fragen beantwortet werden:

Welchen Anteil halten institutionelle Anleger an den großen Aktiengesellschaften? Wie groß ist der Einfluss, den sie aufgrund ihrer Eigentumsrechte auf unternehmerische Entscheidungen ausüben können?

Wie lange halten die institutionellen Anleger ihre Anteile (short termism)?

Hat die Volatilität der Aktienkurse auf den Aktienmärkten zugenommen?

Lässt sich nachweisen, dass der Kurs von Unternehmen, die überwiegend im Eigentum institutioneller Investoren sind, besonders volatil sind?

Welche Unterschiede lassen sich zwischen den OECD-Ländern in Bezug auf die Struktur der Eigentümer (institutionelle Anleger), short-termism und Volatilität nachweisen?

3. Untersuchungsmethoden

In diesem Projekt werden Finanzmarktdaten erhoben, die von der OECD publiziert werden; weitere Datenquellen sind Datenbanken, auf denen unternehmensbezogene Daten verfügbar sind. Zu den Strukturvariablen, die erhoben werden sollen, gehören u.a.: Anteil des Aktienkapitals, den die institutionellen Investoren halten; Volatilität der Aktienmärkte; Turnover-Rate auf den Aktienmärkten (short-termism); ansteigendes Volumen der Optionsmärkte (Vermehrung des "fiktiven Kapitals"); Größe und Struktur der Dienstklasse des Finanzmarkt-Kapitalismus; Anteil der Arbeitnehmer, die direkt dem Einfluss der Finanzmärkte ausgesetzt sind (börsennotierte Aktiengesellschaften); etc..

<i>Projekttitel:</i>	Problemlagen und Durchsetzungsbedingungen alter(n)sgerechter Arbeitspolitik
<i>Projektnummer:</i>	S-2010-381-3 B
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Martin Kuhlmann Prof. Dr. Michael Schumann Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) e.V. an der Georg-August-Universität Friedländer Weg 31 37085 Göttingen mkuhlma1@gwdg.de mschuma@gwdg.de
<i>Laufzeit:</i>	20 Monate

Aus der arbeitsbezogenen Demografieforschung liegen zwar Befunde zur alter(n)sgerechten Gestaltung von Arbeits- und Organisationsstrukturen vor, die Verbreitung derartiger Konzepte wird jedoch als unzureichend eingeschätzt. Das Projekt wird daher der Frage der Handlungsanforderungen und der Politiken der betrieblichen Interessenvertretungen in diesem Themenfeld nachgehen.

1. Kontext / Problemlage

Steigende Anteile älterer Beschäftigter stellen auf absehbare Zeit eine wichtige Problemstellung dar. In der Wissenschaft und bei Praxisakteuren hat sich mittlerweile zwar die Erkenntnis durchgesetzt, dass sich hieraus nicht nur personalpolitische Konsequenzen ergeben, sondern zudem eine alter(n)sgerechte Gestaltung von Arbeits- und Organisationsstrukturen notwendig wird. Zugleich deuten vorliegende Untersuchungen jedoch darauf hin, dass die Verbreitung entsprechender Konzepte nach wie vor gering ist und in einigen Industrien im Bereich der Arbeitsgestaltung sogar gegenläufige Trends zu verzeichnen sind. Aus diesem Spannungsverhältnis heraus erwachsen gerade für die betrieblichen Interessenvertretungen neue Herausforderungen und neue Aufgaben. Mit welchen Problemlagen die Interessenvertretungen hier konfrontiert sind, wie sie reagieren und welche Konsequenzen sich für die betriebliche Arbeitspolitik und die Arbeitsformen der Interessenvertretung ergeben, ist Gegenstand des Projektes.

2. Fragestellung

Auf der Basis einer akteurs- und kontextbezogenen Analyse werden zunächst Problemlagen und Durchsetzungsbedingungen einer alter(n)sgerechten Arbeitspolitik aus Sicht der verschiedenen betrieblichen Akteure analysiert. Entlang unterschiedlicher arbeitspolitischer Konstellationen (forcierte Retaylorisierung, leistungspolitische Instrumentalisierung, Ambivalenzen innovativer Arbeitspolitik) werden außerdem arbeitspolitische Orientierungen und Umgangsweisen typischer Beschäftigtengruppen untersucht. Vor dem Hintergrund der Problemlagen aus Sicht der Akteure sowie den Anforderungen aus Beschäftigtensicht werden schließlich Politiken sowie Arbeits- und Organisationsformen der betrieblichen Interessenvertretung im Bereich der betrieblichen Arbeitspolitik bilanziert und Gestaltungshinweise erarbeitet, wie die Arbeitsweise der betrieblichen Interessenvertretung mit Blick auf eine Erhöhung der Durchsetzungschancen einer alter(n)sgerechten Arbeitspolitik verbessert werden könnte.

3. Untersuchungsmethoden

Die Untersuchung konzentriert sich auf drei Branchen (Fahrzeugbau, Chemie/Pharma, Maschinenbau), die hinsichtlich ihrer Arbeits- und Organisationsstrukturen eine große Spannweite abdecken. Innerhalb dieser Branchen werden jeweils typische Tätigkeitsbereiche/Beschäftigtengruppen in den Blick genommen. Im Zentrum des Projektes stehen vergleichende Betriebsfallstudien. Mittels einer größeren Anzahl von Fallstudien, in denen die Problemwahrnehmungen und Handlungsstrategien der Betriebsparteien rekonstruiert werden, wird zunächst ein Überblick über typische Problemlagen und Arbeitspolitikstrategien gegeben. Durch Intensivfallstudien (Begehungen, Interviews, Gruppendiskussionen, Befragungen) werden in ausgewählten Betrieben zudem die Sichtweisen der Beschäftigten untersucht. Über einen Vergleich der Fälle werden schließlich die Durchsetzungsbedingungen und Einflussmöglichkeiten der betrieblichen Interessenvertretungen analysiert und die Frage nach erfolgversprechenden Arbeitsformen geklärt.

<i>Projekttitel:</i>	Arbeits- und Gesundheitsschutz von ausländischen Leiharbeitnehmern
<i>Projektnummer:</i>	S-2010-364-3 B
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Susanne Völter-Mahlknecht Universitätsklinikum des Saarlandes José Carreras Zentrum für Immuntherapie Kirrberger Straße, Geb. 45.3 66424 Homburg/Saar voelter-mahlknecht@gmx.net
<i>Laufzeit:</i>	3 Monate

Hinsichtlich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes von Leiharbeitnehmern besteht erhebliches Verbesserungspotential. Ausländische Leiharbeitnehmer sind davon noch stärker betroffen. Daher soll in dieser Studie die Arbeitssituation dieser Zielgruppe im Saarland, das den höchsten Anteil an ausländischen Leiharbeitnehmern bundesweit aufweist, untersucht werden.

1. Kontext / Problemlage

Bereits seit längerem diskutieren Arbeitsmarktexperten, dass die Arbeitssituation von Zeitarbeitern vor allem im Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz verbesserungswürdig sei. Bisher liegen aber kaum Informationen diesbezüglich vor. Speziell zur Situation ausländischer Zeitarbeitnehmer gibt es unseres Wissens keine Studien. Diesem Forschungsdefizit soll mit der vorgelegten Studie begegnet werden. Ein weiterer Grund für die geplante Fokussierung auf ausländische Leiharbeiter ist, dass bei dieser Gruppe der Leiharbeiter zusätzlich bestehende Probleme zu erwarten sind, die über die bei deutschen Leiharbeitern bekannten Missstände hinausgehen. Für die Fokussierung auf ausländische Leiharbeiter bietet sich die Untersuchung der Leiharbeiter im Saarland an, da 32 % der saarländischen Leiharbeiter z.B. im Juni 2007 eine ausländische Nationalität hatten. Zudem ist im Saarland die Beschäftigungsform der Leiharbeit in noch stärkerem Ausmaß verbreitet als in anderen Teilen Westdeutschlands.

2. Fragestellung

Ziel des hier vorgestellten Projektvorhabens ist es, eine für die ausländischen Leiharbeiter im Saarland repräsentative Befragung zu den gesundheitlichen Effekten der Zeitarbeit und eine Analyse der bisherigen Arbeits- und Gesundheitsschutzaktivitäten durchzuführen, Spezifika zu identifizieren und zum Abbau gesundheitlicher Belastungen und Risiken in der Zeitarbeitsbranche beizutragen. Neben der Analyse von Arbeits- und Wegeunfällen sowie von beruflich bedingten chronischen Erkrankungen werden die Arbeitsplatzsituation, Arbeitsschutzeinweisungen, persönliche Schutzausrüstungen und Mängel bei der Meldung und Anerkennung von Arbeits- und Wegeunfällen und von berufsbedingten Erkrankungen untersucht. Des Weiteren sollen Informationen zur Einhaltung der Arbeitszeit, aber auch zu Aspekten wie Arbeitsklima, Ausbildung, Kommunikation, Sprachprobleme und -barrieren, Mentalitätsunterschiede, Stigmatisierung, finanzielle Probleme und Angst um den Arbeitsplatz erhoben werden.

3. Untersuchungsmethoden

Im Rahmen dieser empirischen Arbeit sollen zunächst eine retrospektive Daten-Analyse und eine Literaturstudie durchgeführt werden. Im Anschluss daran soll ein Kollektiv von ausländischen Leiharbeitern in Zusammenarbeit mit Betriebsräten erstellt werden. Nach Eruiern des Kollektivs werden die als Interviewpartner in Frage kommenden Leiharbeiter kontaktiert und unter Zusicherung von Anonymität um Mitarbeit gebeten. Parallel dazu erfolgt die Konzipierung der Fragebögen. Daran anschließend können die Interviews geführt, die Daten anonymisiert eingegeben, aufgearbeitet und analysiert werden. Nach der Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen auf der Basis der erhobenen Informationen und Fakten sollen die Ergebnisse in einem Workshop Expert/innen der Zeitarbeit vorgestellt und gemeinsam mit diesen diskutiert werden. Die Ergebnisse und Verbesserungsvorschläge sollen zudem den Akteursgruppen der Zeitarbeit präsentiert und mitgeteilt werden.

<i>Projekttitel:</i>	Gesundheitliche Ungleichheit, Struktur der Inanspruchnahme und Zufriedenheit mit der Versorgung
<i>Projektnummer:</i>	S-2010-368-4 B
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Markus Lungen Universität zu Köln Inst. f. Gesundheitsökon. und klin. Epidemiologie Gleueler Str. 176-178 / III 50935 Köln markus.luengen@uk-koeln.de
<i>Laufzeit:</i>	15 Monate

Die Erforschung sozioökonomischer Ursachen gesundheitlicher Ungleichheiten in der Gesellschaft kann einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von gesundheitlicher Chancengleichheit leisten. Mit Fokus auf Berufsstand, Bildung und Familie untersucht dieses Projekt daher empirisch die Zusammenhänge von Erkrankungen, subjektiver Gesundheit und Inanspruchnahme von Versorgungsleistungen.

1. Kontext / Problemlage

Das Projekt "Ausmaß und Gründe für Ungleichheiten der gesundheitlichen Versorgung in Deutschland" hat gezeigt, dass gesundheitliche Ungleichheiten in Deutschland weiterhin existieren. Die Ergebnisse legen jedoch nahe, dass deren Ursachen außerhalb des Gesundheitssystems vermutet werden können, da besonders von Krankheiten betroffene Gruppen auch eine erhöhte Inanspruchnahme zeigten.

Zwar ist die Existenz gesundheitlicher Ungleichheit häufig belegt worden, es gab jedoch bisher nur wenige empirische Arbeiten zur Erklärung der beobachteten Unterschiede. So gibt es für Deutschland beispielsweise kaum empirische Arbeiten zu den Auswirkungen bestimmter beruflicher oder familiärer Situationen auf den subjektiven Gesundheitszustand.

Auch ist die Bedeutung dieser sozioökonomischen Faktoren für die subjektive Wahrnehmung gleicher Krankheiten sowie des Arzt-Patienten-Verhältnisses bisher kaum erforscht.

2. Fragestellung

Das Projekt untersucht die Frage, wie subjektive Gesundheit, die Wahrnehmung des Arzt-Patienten-Verhältnisses und die Inanspruchnahme von Leistungen miteinander zusammenhängen. Dabei geht es wesentlich um die Bedeutung der sozioökonomischen Faktoren Bildung, berufliche Situation und Familie.

Eine der Kernfragen ist, wie sich die Krankheitslast auf bestimmte Berufs(status)gruppen, Familiencharakteristika und Bildungsgruppen verteilt. Dabei wird die Krankheitslast sowohl als subjektiver Gesundheitszustand als auch in Prävalenzen von Krankheiten gemessen. So soll der Einfluss der sozioökonomischen Faktoren auf die subjektive Gesundheit getrennt von dem der vorliegenden Krankheiten gemessen werden.

Bei der Inanspruchnahme soll untersucht werden, wie diese bei gleichem Gesundheitszustand innerhalb der Gesellschaft variiert. Dabei soll besonderes Augenmerk auf den Einfluss sozioökonomischer Faktoren auf die Arztwahl und die Wahrnehmung des Arzt-Patienten-Verhältnisses gelegt werden.

3. Untersuchungsmethoden

Die Studie kann auf Daten von TNS Infratest Healthcare aus den Jahren 2002, 2006 und 2007 zurückgreifen. Dabei handelt es sich um freiwillige postalische Befragungen zu den persönlichen demographischen, sozioökonomischen und gesundheitlichen Lebensumständen.

In der Studie werden statistische und ökonometrische Verfahren verwendet, die in Deutschland bisher kaum Anwendung fanden. Das sind unter anderem multivariate Regressionsmodelle, die sowohl die Interaktion von Lebensstilen und Erkrankungen als auch die Abhängigkeit der Risiken verschiedener Erkrankungen darstellen können.

Um die Bedeutung der einzelnen Faktoren messen zu können, wird auf die Berechnung und Zerlegung von Gini- und Konzentrationsindizes zurückgegriffen. Dabei wird der geschätzte Einfluss eines Faktors in Relation zu dessen risikobedingter Verteilung gesetzt, um die Risikostreuung statistisch in ihre Bestandteile zu zerlegen. So können relevante Faktoren und Risikogruppen identifiziert werden.

<i>Projekttitel:</i>	Einsatz der Balanced Scorecard in der betrieblichen Gesundheitspolitik
<i>Projektnummer:</i>	S-2010-362-4 B
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Holger Wellmann Südwestkorso 53a 14197 Berlin wellhoak@web.de
<i>Laufzeit:</i>	4 Monate

Mit der Transparenzstudie soll der aktuelle Stand der Forschung zum Einsatz der Balanced Scorecard (BSC) in der betrieblichen Gesundheitspolitik aufgearbeitet werden. Im Mittelpunkt steht die Zusammenstellung des Gestaltungswissens bzw. von konzeptionellen Vorstellungen über die Weiterentwicklung der BSC im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsarbeit.

1. Kontext / Problemlage

Die BSC ist in den letzten 15 Jahren in vielen Unternehmen als ein Managementsystem eingeführt worden, mit dem den Problemen der mangelnden Strategieentwicklung und deren Umsetzung entgegengetreten werden soll. Den Verwendungsmöglichkeiten der BSC im Rahmen der betrieblichen Gesundheitspolitik wird allerdings erst seit kurzer Zeit nachgegangen. Jedoch kann gerade für diesen Regelungsbereich festgestellt werden, dass bisher "kaum Instrumente oder Indikatoren entwickelt (wurden), mit denen der Erfolg von Gesundheitspolitik auf die Effizienz des Betriebes bezogen werden kann" (Bertelsmann Stiftung & Hans-Böckler-Stiftung 2004, S. 43). Die Nutzen stiftende Wirkung einer BSC wird bisher überwiegend aus Unternehmens- bzw. Managementsicht beschrieben. Dies widerspricht dem partizipativen Ansatz und den vielfältigen beabsichtigten Wirkungen betrieblicher Gesundheitspolitik. Zudem unterliegen die mit der BSC eingeleiteten Veränderungen im Unternehmen häufig der betrieblichen Mitbestimmung.

2. Fragestellung

Die leitenden Fragestellungen der Transparenzstudie im Überblick:

- Welche Bedeutung hat die BSC in der Praxis?
- Welche Vor- und Nachteile der BSC - insbesondere aus Mitarbeitersicht und der Sicht der Betriebs- und Personalräte - gibt es?
- Welche konzeptionellen Ansätze gibt es, die BSC für die betriebliche Prävention im Rahmen eines betrieblichen Gesundheitsmanagements weiterzuentwickeln (BGM-BSC)?
- Welche praktischen Erfahrungen gibt es mit (verschiedenen Formen) der BGM-BSC?
- Wie kann eine BGM-BSC zur partizipativen Gestaltung der betrieblichen Gesundheitspolitik beitragen?

3. Untersuchungsmethoden

- Dokumenten- und Literaturanalyse zur Kurzdarstellung der BSC in ihrem herkömmlichen Anwendungsbereich
- Dokumenten- und Literaturanalyse zur konzeptionellen Weiterentwicklung der BSC im Rahmen der betrieblichen Gesundheitspolitik (BGM-BSC)
- Dokumenten- und Literaturanalyse zur praktischen Anwendung einer BGM-BSC
- Ergänzende Experteninterviews (insgesamt sechs bis acht Telefoninterviews)

<i>Projekttitel:</i>	Zweiter und Dritter Bildungsweg in die Hochschule - Forschungsstand und Forschungsbedarf
<i>Projektnummer:</i>	S-2010-374-5 B
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Walburga Freitag Siechenmarschstraße 11a 33615 Bielefeld walburga.freitag@t-online.de
<i>Laufzeit:</i>	7 Monate

Zielsetzung des Projektes ist die Erhebung des Forschungsstandes und die Entwicklung des Forschungsbedarfs für die Forschungsgegenstände zweiter und dritter Bildungsweg in die Hochschule.

1. Kontext / Problemlage

Zweiter und dritter Bildungsweg (ZBW und DBW) erhalten durch die gegenwärtigen Ziele der europäischen Bildungspolitik und damit in Zusammenhang stehende Reformen auf Bund- und Länderebene neue Aufmerksamkeit. Vor dem Hintergrund der Bildungsexpansion im tertiären Bildungsbereich und der neuen Gesetzeslagen ist es notwendig, den Forschungsstand zu erheben: Welche Rolle spielen die beiden Gruppen bei der Thematisierung von Hochschulzugang und soziale Ungleichheit? Welche Studien berücksichtigen die beiden Gruppen? Welche Daten werden beim Bildungsmonitoring über die Gruppe erhoben und welche Forschungsfragen gestellt? Welche sozialstrukturellen Merkmale weisen die Studierenden auf, die über den zweiten und dritten Bildungsweg an die Hochschule gelangen und welche Ansätze der Partizipation & Entwicklung können entwickelt werden?

2. Fragestellung

Die Expertise orientiert sich an Leitfragen zu vier Themenblöcken:

- Stand der Forschung zum Thema Hochschulzugang und soziale Ungleichheit sowie zum Zugang über den ZBW und DBW. Erfassung der Berichte und Berichtssysteme, die Aussagen treffen zu den Entwicklungen des ZBW und DBW in die Hochschule. Erfassung der Berichtssysteme, die es im Zusammenhang der Bildungsberichterstattung zukünftig geben wird.
- Analyse der Kernaussagen der Studien im Hinblick den Gegenstand der Expertise und soziale Ungleichheit. Identifizierung von bereits entwickelten Lösungen.
- Identifizierung von Lücken und Schwächen, die die Studien aus arbeitnehmerorientierter Perspektive aufweisen, Entwicklung von Forschungsfragen und Handlungsperspektiven.
- Umsetzung der Bereiche Mitbestimmung/ Partizipation & Entwicklung von Möglichkeiten, diese zu stärken. Welche gesetzlichen und tarifvertraglichen Möglichkeiten gibt es, die den zweiten und dritten Bildungsweg ermöglichen bzw. erleichtern könnten?

3. Untersuchungsmethoden

Bei der Expertise stehen methodisch die Literaturrecherche, Dokumenten- und Sekundäranalysen im Vordergrund.

<i>Projekttitel:</i>	Biographische Nachhaltigkeit Politischer Jugendbildung - Eine Wirkungsstudie
<i>Projektnummer:</i>	S-2010-383-5 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Achim Schröder Hochschule Darmstadt FB Gesellschaftswissenschaften und Soziale Arbeit Adelungstr. 51 64283 Darmstadt achim.schroeder@h-da.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Nadine Balzter Hochschule Darmstadt Adelungstr. 51 64283 Darmstadt
<i>Laufzeit:</i>	23 Monate

Mittels einer Befragung von jungen Erwachsenen soll das Projekt Aufschluss über langfristige Wirkungen von politischer Jugendbildung geben. Da sich eine Bilanzierung von Wirkungen nur in Zusammenhängen erfassen lässt, werden über biographisch-narrative Interviews Erzählstränge in Gang gesetzt, in denen Verbindungen zwischen den Bildungserlebnissen und späteren Lebenserfahrungen aufscheinen.

1. Kontext / Problemlage

In den jüngeren Diskursen über Zivilgesellschaft und "gutes Regieren" wird eine breite politische Aktivierung der Bevölkerung und eine entsprechende Kompetenzentwicklung der Bürgerinnen und Bürger gefordert. Zugleich rücken verschiedene gesellschaftliche Entwicklungen - eine Demokratieentfremdung in großen Teilen der Bevölkerung sowie eine besondere Abkehr vom Politischen bei den Heranwachsenden, eine wachsende Bildungsschere zwischen sozialen Gruppen und die sich strukturell verändernden Bildungslandschaften - die Frage in den Mittelpunkt, wie Jugendliche und junge Erwachsene von politischer Jugendbildung auf nachhaltige Weise erreicht werden können.

2. Fragestellung

Die Frage nach der Wirksamkeit von politischer Jugendbildung im Subjekt und dessen Entwicklung wird unter den erschwerten Rahmenbedingungen von politischer Sozialisation angesichts der abnehmenden Bedeutung jener Milieus, die sich für das Politische engagieren, umso dringlicher. Diese Leitfrage ist nicht auf einen Status quo orientiert, sondern muss vielmehr den Wandel von Mentalitäten und Rezeptionen des Gesellschaftlichen durch die je neuen Generationen sowie die gesellschaftlichen Bedingungen an sich mit berücksichtigen und zum Gegenstand machen. Der Forschungsfrage soll in einer Wirkungsstudie nachgegangen werden, die im jungen Erwachsenenalter ansetzt. Wirkungsanalysen, die sich nur auf die Evaluation der Bildungseffekte in der Jugendzeit beziehen, unterliegen der widersprüchlichen Dynamik der Pubertät. Im Kontrast dazu erscheint das Junge-Erwachsenenalter eher geeignet, Bildungseffekte aus der Jugendzeit, die nicht entwicklungsgebunden waren, aufzuschließen und darzustellen.

3. Untersuchungsmethoden

Die Zielgruppe der Untersuchung sind junge Erwachsene, die ca. 5 Jahre zuvor an Maßnahmen zur außerschulischen politischen Jugendbildung teilgenommen haben. Für die Studie werden ca. 40 Teilnehmende auf der Basis von 20 Einzelinterviews und vier Gruppendiskussionen einbezogen.

Das Forschungsprojekt versteht sich in der Tradition der Grounded Theory, d.h. die verallgemeinerbaren Hypothesen werden aus dem Forschungsprozess heraus aufgebaut. Die "entdeckungsorientierte Zielsetzung" (Rennie) soll durch ein methodisch offenes Forschungsdesign mit immer wieder kommunizierbaren Thesen und Teilergebnissen realisiert werden. Dazu ist ein zweistufiges Erhebungsverfahren geplant, das die qualitativen Daten zueinander in Beziehung setzt. Im Rahmen der Studie sollen zwei Erhebungsmethoden angewendet: (1) narrativ-biographische Interviews mit thematischer Fokussierung sowie (2) Gruppendiskussionen zur Aufschlüsselung kollektiv-biographischer Gemeinsamkeiten.

<i>Projekttitel:</i>	Hochschulzugang für Berufstätige - Exemplarisch analysiert am Beispiel der Ruhr-Universität Bochum
<i>Projektnummer:</i>	S-2010-366-5 B
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Manfred Wannöffel Ruhr-Universität Bochum Gemeinsame Arbeitsstelle RUB/IGM Universitätsstraße 150 44780 Bochum manfred.wannoeffel@ruhr-uni-bochum.de
<i>Laufzeit:</i>	11 Monate

Im Kontext sinkenden Erwerbspersonenpotenzials, v.a. in altindustriell geprägten Regionen, lassen sich Fachkräfte insbesondere über die Erschließung neuer Zielgruppen für die akademische Aus- und Weiterbildung mobilisieren. Die Ermittlung der Rahmenbedingungen für und Anforderungen an ein erfolgreiches Studium für Berufstätige - exemplarisch an der Ruhr-Universität Bochum - ist Ziel der Studie.

1. Kontext / Problemlage

Der durch demographischen Wandel drohende gesamtwirtschaftliche Fachkräftemangel macht sich in altindustriell geprägten Regionen der Bundesrepublik bereits aktuell in Form von regionalen, qualifikatorischen und branchenspezifischen personellen Engpässen bemerkbar. Unter den Stichworten "Öffnung" oder "Third Mission" der Hochschule wird daher die Notwendigkeit einer verstärkten Förderung der Fachkräfteentwicklung jenseits des klassischen Hochschulzugangs thematisiert, die mit der Setzung von Mindeststandards durch Beschluss der Kultusministerkonferenz im März 2009 der selbstverpflichtenden Umsetzung der Länder obliegt. Zum Wintersemester 2010/2011 wird die vom Landesministerium NRW erlassene Neuordnung des Zugangsverfahrens in Kraft treten und damit die an der Ruhr-Universität Bochum (RUB) seit 2005 praktizierte Regelung ablösen.

2. Fragestellung

- Wie entwickelt sich der Anteil der beruflich qualifizierten Studierenden, sowohl bezogen auf die Universität als Ganzes als auch auf die einzelnen Fachbereiche, seit der Öffnung der RUB im Jahr 2005?
- Welches Sozialprofil weisen die in der beruflichen Bildung qualifizierten Studierenden auf?
- Welche Erwartungen haben die beruflich qualifizierten Studierenden und wie zufrieden sind sie mit dem Verlauf ihres Studiums?
- Wie werden die Übergänge in die Hochschule gestaltet?
- Wie werden die Möglichkeiten des Studiums für beruflich Qualifizierte extern und intern kommuniziert?
- Wie stark ist die RUB mit der regionalen Wirtschaft im Aus- und Weiterbildungsbereich vernetzt und wo sehen Universität, Unternehmen und Gewerkschaften neue Kooperationschancen?
- Was müssen Hochschulen, Industrie- und Handelskammern, Unternehmen sowie Gewerkschaften leisten, um den Weg ins Studium ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung zu verbreitern und zu verbessern?

3. Untersuchungsmethoden

Aufbauend auf eine Analyse der einschlägigen aktuellen Literatur zum Thema sowie die Entfaltung des Rechtsrahmens auf Länderebene wird zunächst die Ist-Situation an der RUB hinsichtlich der Studienangebote für beruflich Qualifizierte eruiert. Mit einer Panelbefragung der beruflich qualifizierten Studienanfänger zu Beginn und zum Ende des Wintersemesters 2010/2011 anhand standardisierter Fragebögen wird anschließend die Nutzung und Einschätzung von Studien- und Unterstützungs-/Beratungsangeboten erhoben. Zur Ableitung gezielter Handlungsbedarfe werden zudem Experteninterviews mit (Studien-) Dekanen aller Fakultäten, Rektorat und Studierendenberatung der RUB sowie Vertretern von Gewerkschaften, Unternehmen und Verbänden geführt. Der Transfer der im Projekt gewonnenen Erkenntnisse erfolgt im Rahmen eines Dialogworkshops zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Verbänden und interessierter Öffentlichkeit.

<i>Projekttitel:</i>	Selbstorganisation(en) von ArbeitsmigrantInnen in der Bundesrepublik Deutschland - Kooperation unter dem Aspekt sozialer Bündnismöglichkeiten
<i>Projektnummer:</i>	S-2010-387-5 B
<i>Projektleitung:</i>	Angelika Neebe Gemeinnütziger e.V. "So happy together...!" Lahnstr. 10 35274 Betziesdorf anbube@gmx.de
<i>Laufzeit:</i>	11 Monate

Selbstorganisationen von ArbeitsmigrantInnen spielen eine große Rolle im nationalen und europäischen Integrationsprozess.

Die Studie beschäftigt sich mit der Frage der "Außenbeziehungen" der Selbstorganisationen, d.h. deren Verhältnis zu jeweils anderen Selbstorganisationen von ArbeitsmigrantInnen und zu Organisationen der Einheimischen im Hinblick auf soziale Bündnisse und deren Gestaltung.

1. Kontext / Problemlage

Im Dezember 1955 wurde das erste Anwerbeabkommen für Arbeitskräfte zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Italien geschlossen, dem dann bis zum Anwerbestopp (1973) sieben weitere folgten. Zunächst wurden für die ArbeitsmigrantInnen, die in die Bundesrepublik kamen, einerseits durch die Sozialverbände Angebote zur Hilfestellungen bei der Gestaltung des Lebens entwickelt, andererseits konnten sie sich bestehenden Organisationen der Einheimischen anschließen.

Die Migranten begannen aber auch, sich selbst zu organisieren: Bald nach der Ankunft der ersten ArbeitsmigrantInnen entstanden in größerem Ausmaß entsprechende Organisationen, häufig in der Form von Vereinen. Gerade solche Organisationen waren und sind in wachsendem Maß zentrale Ansprechpartner für jegliche gesellschaftliche Integrationsbemühungen. Integration findet auch in der Form sozialer Bündnisse der Selbstorganisationen von MigrantInnen mit den Organisationen der Einheimischen statt.

2. Fragestellung

Das Ziel der Untersuchung ist die Beantwortung der Frage, ob bzw. wie Organisationen der Einheimischen mit diesen Selbstorganisationen kooperieren (können), und wie dadurch der transkulturelle nationale und europäische Integrationsprozess gestaltet werden kann.

Zentrale Fragestellungen sind:

- Gibt es bzw. wie gestalten sich die Außenkontakte der Selbstorganisationen: a) untereinander b) zu Organisationen der Einheimischen ?
- Wo liegen Ansatzpunkte und Entwicklungsmöglichkeiten für soziale Bündnisse ?
- Welche entsprechenden Erfahrungen liegen bei den Selbstorganisationen vor ?
- Was erwarten die organisierten MigrantInnen von solchen sozialen Bündnissen ?
- Wie sollten sie aus ihrer Sicht beschaffen sein ?

3. Untersuchungsmethoden

Hauptmethoden der Untersuchung sind qualitative Interviews mit ZeitzeugInnen und die Sichtung von Dokumenten.

- Eine Besonderheit weist die Kontaktaufnahme zu den Interviewpartnern auf. Diese müssen die Interviewer akzeptieren, sonst werden viele Informationen nicht gegeben. Am besten geschieht die Kontaktaufnahme über Empfehlungen solcher Mittelsmänner und -frauen, denen die MigrantInnen vertrauen.
- Weil es sich bei den Interviews um interkulturelle Kommunikation handelt, ist es wichtig, die Sichtweise inklusive Themensetzung der MigrantInnen nicht zu stark einzuengen. Andererseits ergeben sich zwingend aus dem Forschungsgegenstand bestimmte Fragestellungen. Deshalb werden hier "leitfadengestützte Interviews" durchgeführt, die die notwendige Offenheit der Interviews mit einem allgemeinen Leitfaden verbinden.

Die Interviews, ebenso wie die Dokumente, werden kategorial analysiert und dann interpretiert.

<i>Projekttitel:</i>	Verborgene Präsenzen - Geltung und Wirkung des Holocaust am Beispiel der Arbeiterbewegung und Intellektuellenkultur der Nachkriegszeit
<i>Projektnummer:</i>	S-2010-385-5 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Dan Diner Simon-Dubnow-Institut an der Universität Leipzig Goldschmidtstr. 28 04103 Leipzig hammer@dubnow.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Jan Gerber Simon-Dubnow-Institut an der Universität Leipzig Goldschmidtstr. 28 04103 Leipzig gerber@dubnow.de
<i>Laufzeit:</i>	35 Monate

Im Zentrum des Projektes stehen verborgene Präsenzen des Holocaust. Es wird der Frage nachgegangen, warum Auschwitz in der politischen Kultur der 1950er und 1960er Jahre nicht als das genozidale Zentralereignis des Zweiten Weltkrieges wahrgenommen wurde. Mit dem Projekt wird das Ziel verfolgt, die historischen Bedingungen der Möglichkeiten von Erkenntnis über den Holocaust auszuleuchten.

1. Kontext / Problemlage

Als die Gerüchte über die Vernichtung der europäischen Juden am Ende des Zweiten Weltkrieges zur Gewissheit wurden, herrschte die Ahnung vor, dass sich etwas Unvorstellbares ereignet hatte. Mit dem Anheben des Kalten Krieges verflüchtigte sich diese zaghafte Erkenntnis. Auschwitz wurde allenfalls im Zusammenhang mit Hiroshima, genauer: einem drohenden Atomkrieg zwischen den Supermächten, zu einer emblematischen Figur. Erst mit dem Übergang zu den 1980er Jahren schob sich der Holocaust als negative Ikone der Epoche ins Bewusstsein. Der Frage nach den Ursachen dieser so lange verstellten Wahrnehmung wird sich über eine gedächtnis- und erfahrungsgeschichtliche Auseinandersetzung mit der deutschsprachigen Arbeiterbewegung und Intellektuellenkultur angenähert. In zwei eng aufeinander abgestimmten Teilstudien soll die Sinnkrise der politischen Linken - die Zerstörung ihres Zukunftsoptimismus" durch Auschwitz -, die sich seit den späten 1940er Jahren Geltung verschaffte, beleuchtet werden.

2. Fragestellung

Die beiden Projektstränge nähern sich der Problemstellung auf verschiedenen, gleichwohl durch die Ereignis- und Wirkungsgeschichte verbundenen Ebenen. Eine Teilstudie widmet sich der epistemischen Blockade des Holocaust in historisch-ethnografischer Weise: Es nutzt, vermittelt über die Biografien der beiden Prager Dichter F.C. Weiskopf und Louis Fűrnberg, die Arbeiterbewegung der CSR, die über ein großes deutschsprachiges Erbe verfügte, als Warte auf die Problemstellung. Das andere Projekt knüpft in erkenntnistheoretischer Hinsicht daran an. Anhand Günther Anders' Reflexionen über die "Anti-quiertheit des Menschen" sollen die Erkenntnisbrüche des Denkens über Auschwitz herausgearbeitet werden. In beiden Teilstudien soll der Frage nachgegangen werden, wie parallel- oder vorgelagerte Erfahrungsbestände - vom linken Fortschrittsoptimismus über die ethnischen Konflikte der Zwischenkriegszeit bis zur Gefahr eines Atomkrieges - dazu beitrugen, den Holocaust in die Unsichtbarkeit zu verlegen.

3. Untersuchungsmethoden

Der über die Biografien Anders, Weiskopfs und Förnbergs vermittelte Zugriff auf die Problemstellung spiegelt sich auf methodologischer Ebene zum einen in einer Engführung der beiden zentralen Konfliktachsen des 20. Jahrhunderts: einer eher kurzfristig angelegten weltanschaulichen Achse, und einer langen Linie ethnischer Zugehörigkeit. Zum anderen äußert er sich in einem wechselseitigen Verhältnis von historischem Material und Theorie. Die Biografien dienen als Rahmung; Gegenstand der Untersuchung sind die sich in ihren Denkbewegungen und Handlungen abzeichnenden Ambivalenzen und Brüche, die schließlich zu einer sukzessiven Wahrnehmung des Holocaust führten - oder den Blick erneut verstellten. Diese Ambivalenzen, in denen historische Erfahrungen, ideologische und politische Prägungen verdichtet sind, werden anhand des historischen Materials nachzuvollziehen sein. Ideen- und Theoriebildung werden somit selbst zum historischen Material, das den Fragehorizont der Untersuchung erst öffnet.

<i>Projekttitel:</i>	Spannungsverhältnisse zwischen weiblichen Arbeits- und Lebenswelten in Werk und Biographie der Autorin Elfriede Brüning - Monographie zu einem hundertjährigen Gewerkschaftsmitglied
<i>Projektnummer:</i>	S-2010-384-5 B
<i>Projektleitung:</i>	PD Dr. Sabine Kebir Wiclfstraße 30 10551 Berlin s.kebir@web.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Wolfgang Herzberg Kavalierrstr. 12 13187 Berlin wolfgang.herzberg-autor@gmx.de
<i>Laufzeit:</i>	23 Monate

Elfriede Brüning (geb. 08.11.1910) ist die älteste Autorin Deutschlands, letztes Mitglied des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller. Seit 1926 übte sie in Reportagen und Romanen Gesellschaftskritik aus weiblicher Sicht aus. Ihre Protagonistinnen müssen und wollen von Arbeit leben. Ihr Hauptthema auch in der DDR ist die für Frauen schwierige Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

1. Kontext / Problemlage

Obwohl die Frauenemanzipation in der DDR Staatsraison war und Elfriede Brüning mit 1,5 Millionen verkaufter Bücher eine beliebte Autorin war, erhielt sie erst nach dem 70. Lebensjahr literarische Auszeichnungen. Über sie entstanden keine wissenschaftlichen Arbeiten. Dass sie von der Kulturpolitik öfter als Unterhaltungsautorin abgewertet wurde, lag vermutlich nicht nur an ihrem Stil, der sich an ein großes Publikum wandte, sondern auch an ihrer keineswegs trivialen Kritik am linken Patriarchat. Ihre Reportagen und Romane demonstrierten, dass sich Gleichberechtigung nicht nur per Gesetz durchsetzt, sondern auch kulturellen Wandel im Geschlechterverhältnis braucht. Obwohl sie damit auf Positionen stand, die auch Feminismus in der Bundesrepublik kennzeichneten, wurde sie hier kaum wahrgenommen (1 Buchpublikation), weil die arbeitende Frau kein Leitbild war. Da sich dies im vereinten Deutschland geändert hat, erscheint ihr Werk heute von besonderer kulturhistorischer Bedeutung.

2. Fragestellung

Ziel ist nicht eine im engeren Sinne literaturwissenschaftliche, sondern eine kultursoziologische Studie, die das Konfliktpotential in den Arbeits- und Lebenswelten von Frauen sowohl anhand von Elfriede Brünings eigenem Leben als auch in ihren literarischen Darstellungen erforscht, gegebenenfalls auch in Bezug setzt. Des Weiteren wird untersucht, wie Elfriede Brüning auf frauenpolitische Vorgaben reagierte, z. B. in der Nazizeit (in der sie drei, scheinbar harmlose Unterhaltungsromane publizierte) in der SBZ und der DDR (etwa achtzehn Buchpublikationen), aber auch nach 1989 (acht Neupublikationen). Besondere Aufmerksamkeit wird die Studie der Rezeption des Werks von Elfriede Brüning widmen, die aus zahlreichen Rezensionen erschlossen werden kann. Die Rezensionen ab 1945 sind im Dortmunder Fritz-Hüser-Institut einsehbar, frühere Artikel müssen über Archive erschlossen werden.

3. Untersuchungsmethoden

Die komplexe Thematik der Elfriede-Brüning-Monographie und die verschiedenen zu analysierenden Materialien erfordern verschiedenartige Methoden.

Die Erforschung ihres Lebens und Werks wird nach historio-biographischen und kulturhistorischen Gesichtspunkten erfolgen, die vom interesseleitenden Ansatz der Gender-Problematik des 20. Jahrhunderts ausgehen. Solange Frau Brüning selbst Auskunft geben kann, kommt auch die Methode der Oral-history zu Einsatz. Zusätzlich müssen die bereits vorliegenden, umfangreichen Interviews und Statements von Elfriede Brüning diskurstheoretisch analysiert werden.

Letzteres trifft ansatzweise auch für die Untersuchung der Texte der Autorin zu. Vorrangig kommt aber diesbezüglich die literatur- und kultursoziologische Methode zum Einsatz. Ein Teil des Textmaterials wird zudem unter sozial- wie individualpsychologischen Gesichtspunkten zu lesen sein, wobei auch hier die Gender-Perspektive im Vordergrund steht.

2. Ergebnisse

aus abgeschlossenen

Forschungsprojekten

<i>Projekttitel:</i>	Betriebsübernahme durch Belegschaften - Auslaufmodell oder Ergänzung des strukturpolitischen Instrumentariums
<i>Projektnummer:</i>	S-2009-303-1 F
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Herbert Klemisch Klaus Novy Institut e.V. Löwengasse 1 50676 Köln herbert.klemisch@kni.de
<i>Laufzeit:</i>	6 Monate

Angesichts der Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise ist auch künftig mit der Schließung von Unternehmen zu rechnen. In dieser Situation stellt sich die Frage nach beschäftigungs- und unternehmenspolitischen Alternativen. Die Studie geht der Frage nach, ob Belegschaftsinitiativen, die die Übernahme eines Betriebes und den Erhalt der Arbeitsplätze zum Ziel haben, eine Alternative sein können.

1. Kontext / Problemlage

Die Untersuchung hat das Ziel, anhand von Fallbeispielen, positive wie negative Faktoren zu ermitteln, die bei einer Betriebsübernahme durch Belegschaften zum Tragen kommen. Die Rahmenbedingungen scheinen aktuell günstiger zu sein, als z.B. in den 1980er Jahren. Im Gegensatz zu heute stand damals die Politik dieser Form der Betriebsführung mehrheitlich negativ gegenüber.

Wichtige Aspekte für die mögliche Übernahme sind die rechtlichen wie finanziellen Rahmenbedingungen, Möglichkeiten der Beratung und Förderung sowie die Unterstützung der Belegschaften durch Politik, Gewerkschaften und Bevölkerung. Nicht zu vernachlässigen sind aber auch die Marktbedingungen für das Unternehmen vor dem jeweiligen Branchenhintergrund.

Die Ergebnisse können eine Grundlage für die weitere Diskussion und Umsetzung von Betriebsübernahmen sein. Sie sollen Anhaltspunkte für die erforderlichen Rahmenbedingungen (Arbeitsmarkt-, Regional- und Strukturpolitik) sowie Anforderungen an die Akteure aufzeigen.

2. Fragestellung

Gefragt wird in der Studie u. a. nach den Zielen und Erfolgsfaktoren von Belegschaftsinitiativen. Sollen vor allem Arbeitsplätze erhalten werden oder verbinden sich damit auch wirtschaftsdemokratische Ziele oder gar eigenständige Produkt- und Organisationsalternativen im Sinne von Innovationen? Welche ökonomischen Ursachen hatte die Unternehmenskrise? Welche Ursachen gab es für die geplanten Betriebsübernahmen durch Belegschaften? Welche Modelle wurden im Fall von Schließungen diskutiert? Wer oder was gab den Anstoß für den Versuch der Übernahme? Welche Rolle spielten die verschiedenen Akteure? Welche Formen der Finanzierung der Übernahme gab es? Welche Rechtsformen wählten die Unternehmen? Welche Form der demokratischen Partizipation gab es und wie entwickelte sie sich? Wie entwickelten sich die Unternehmen hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit?

Aus diesen Aspekten wurden als Ergebnis Erfolgsfaktoren für Betriebsübernahmen durch Belegschaftsinitiativen abgeleitet.

3. Untersuchungsmethoden

Anhand von Literatur-, Internetrecherchen und Expertengesprächen wurde der Gesamtkontext systematisch ermittelt. Auf dieser Basis wurden sechs Untersuchungsbeispiele ausgewählt und ein Interviewleitfaden entwickelt.

Im nächsten Schritt wurden mittels einer qualitativen leitfadengestützten Befragung von Akteuren (aus Betriebes- bzw. Geschäftsführung, Betriebsrat, Gewerkschaft, Politik und Projektberatung) sechs Fallbeispiele analysiert.

In allen Fallstudien finden sich Ausführungen zur Unternehmensentwicklung, zu Initiatoren und Akteuren, zur Rolle von Politik, Verwaltung und Banken. Auskunft wird gegeben über die Aktionsformen, das jeweilige Konzept und die Rechtsform, die Finanzinstrumente sowie das Beteiligungsmodell und die Mitbestimmung.

Eine Auswertung analysiert die Fallstudien und leitet positive und negative Faktoren zur Umsetzung von Belegschaftsinitiativen ab. Handlungsempfehlungen sowie die Skizzierung zukünftigen Forschungsbedarfs schließen den Bericht ab.

4. Darstellung der Ergebnisse

Ergebnis der Studie ist:

- das Thema Übernahme von Betrieben durch Belegschaftsinitiativen ist wieder wichtiger geworden. Die Fallbeispiele verdeutlichen, dass Betriebsschließungen häufig interne Auslöser wie Verlust der Eigenständigkeit oder Managementfehler haben und selten allein der Marktlage geschuldet sind. Die genannten Ursachen bergen auch Chancen. Ein Betrieb der wieder selbständig sein kann und damit nicht in die Schuldenspirale des Mutterbetriebes gerät bzw. sich den Renditeerwartungen des Mutterkonzerns unterwerfen muss, kann unter Umständen wieder wirtschaftlich arbeiten.
- Alle Fälle zeigen, dass Entscheidungen und Verhandlungen unter großem zeitlichem Druck stehen. Die Ausarbeitung von Weiterführungskonzepten ist eine notwendige Grundlage für Verhandlungen und die Gewährung von Krediten und Bürgschaften. Die Einbeziehung der Belegschaft in die Entwicklung der Konzepte erfolgte nicht immer. Es zeigt sich, dass die Einbeziehung der Belegschaft zu einer größeren Identifizierung mit dem Konzept führt, denn erfolgreiche Übernahmen konnten nur mit Unterstützung der Belegschaft durchgeführt werden. Gewerkschaften sollten entstehenden Initiativen Unterstützung anbieten.

Ergebnisse:

Klemisch, Herbert; Sack, Kerstin; Ehram, Christoph: Betriebsübernahme durch Belegschaften - Eine aktuelle Bestandsaufnahme / Klaus Novy Institut (Hrsg.).- Juli 2010.- 83 S. (KNi Papers; 02/10)

<i>Projekttitel:</i>	Team statt Hierarchie: Forstliche Arbeitsorganisation in Veränderung
<i>Projektnummer:</i>	S-2009-252-1 F
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Siegfried Lewark Albert-Ludwigs-Universität Freiburg Inst. Forstbenutzung / forstl. Arbeitswissenschaft Werthmannstr. 6 79089 Freiburg siegfried.lewark@fobawi.uni-freiburg.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Katharina Schneijderberg Till Westermayer Albert-Ludwigs-Universität Freiburg Inst. Forstbenutzung / forstl. Arbeitswissenschaft Werthmannstr. 6 79089 Freiburg katharina.schneijderberg@fobawi.uni-freiburg.de till.westermayer@fobawi.uni-freiburg.de
<i>Laufzeit:</i>	7 Monate

In den letzten 20 Jahren hat sich forstliche Arbeit deutlich verändert. Ausschlaggebend dafür sind neue gesellschaftliche Anforderungen an Forst und Wald, Globalisierung, technische Entwicklungen sowie nicht zuletzt Reorganisationen unter dem Leitbild "schlanker Staat"/NSM. Im Ergebnis steigen Leistungsdruck und Inanspruchnahme durch die Arbeit. Zugleich gerät die forstliche Identität ins Wanken.

1. Kontext / Problemlage

Ausgangspunkt der Studie bildet die Diagnose der Flexibilisierung, Subjektivierung und Entgrenzung von Erwerbsarbeit. An die Stelle des Normalarbeitsverhältnisses rückt im Zuge von Reorganisationsprozessen in der privaten Wirtschaft bis hin zum Netzwerkunternehmen der "Arbeitskraftunternehmer". Damit verändern sich betriebliche Ansprüche auch in der Forstwirtschaft. Die "Arbeitskraft" soll jetzt ihre "ganze Person" einbringen. Organisatorische Merkmale sind neue Steuerungsformen, der Abbau von Hierarchien und Gruppen- und Projektarbeit. Kollektive Vereinbarungen verlieren an Bedeutung. Aber auch die Ansprüche der Individuen an die Arbeit wachsen.

Derartige Prozesse entpuppen sich als zweischneidig. Zwar erhöhen sie das Autonomiepotenzial der Beschäftigten und werten deren Arbeit auf. Zugleich zwingen sie zur Verantwortungsübernahme und verknüpfen bspw. den Zugriff auf "private" Zeiten mit intrinsischer Motivation, so dass insgesamt der mit der Arbeit verbundene Druck steigt.

2. Fragestellung

Forstverwaltungen als öffentliche Arbeitgeber befinden sich derzeit in einem rapiden und qualitativ weitgreifenden Reformprozess. Rahmenbedingungen dafür sind die Orientierung an globalen Märkten, die enorme Steigerung der Arbeitsproduktivität durch technische Entwicklungen (hochmechanisierte Forstwirtschaft, EDV-gestützte Logistik) und veränderte Arbeitsverfahren ("biologische Mechanisierung") sowie nicht zuletzt Sparzwänge der öffentlichen Haushalte. Als Reaktion darauf verändert sich nicht nur die Rechtsform, sondern auch die Arbeitsorganisation in den Forstverwaltungen. Zu nennen ist hier insbesondere die Vergrößerung der Reviere, die organisatorische Trennung zwischen hoheitlichen und betrieblichen Funktionen sowie die Einführung von Teamarbeit. Damit stellt sich die Frage: Gelten die oben beschriebenen Entwicklungen auch für die Beschäftigten der Forstwirtschaft, insbesondere im öffentlichen Sektor? Und wie kann darauf arbeitspolitisch reagiert werden?

3. Untersuchungsmethoden

Als zentrale Methode des Projektes wurden Gruppendiskussionen eingesetzt. Ziel war es, die kollektive Wahrnehmung der veränderten forstlichen Arbeitsorganisation "einzufangen". Es fanden vier Gruppendiskussionen statt, in denen Forstwirte, Revierförster, Verwaltungsangestellte sowie Angehörige des höheren Dienstes aus verschiedenen Bundesländern - getrennt nach Berufsgruppen - über Veränderungen des Arbeitsalltags und Zukunftserwartungen diskutierten. Die Diskussionen wurden im Sinne rekonstruktiver Sozialforschung ausgewertet. Ergänzend wurden Ergebnisse verschiedener Befragungen aus dem forstlichen Bereich zusammengestellt, um das Bild der veränderten Arbeitsorganisation und der Folgen für die Beschäftigten einordnen zu können. Hinzugezogen wurden zudem verschiedene normative Maßstäbe zur Bewertung der Qualität von Arbeit (Nachhaltigkeit, Decent Work, "gute Arbeit", persönlichkeitsförderliche Aufgabengestaltung, Soziabilität).

4. Darstellung der Ergebnisse

- "Post-fordistische" Ansätze der Arbeits- und Industriosozilogie sind gut dazu geeignet, die heutige forstliche Arbeitswelt zu beschreiben.
- Eine Besonderheit liegt im hohen Sinngehalt forstlicher Arbeit, der die Grundlage der forstlichen Identitätsgemeinschaft darstellt. In der Gruppendiskussion wird das Bild der "zwei Herzen in einer Brust" entwickelt, das das Spannungsfeld aus multifunktionaler, an Nachhaltigkeit orientierter Forstwirtschaft und Gewinnmaximierung bezeichnet. Diese "zwei Herzen" werden heute durch organisatorische und funktionale Trennungen auseinandergerissen; die berufliche Identität der Forstbeschäftigten ist bedroht.
- "Sparzwänge", neue Aufgaben, die (EDV-gestützte) Formalisierung von Abläufen und die Just-in-Time-Produktion führen zu einer starken Verdichtung der Arbeit. Dies betrifft besonders den gehobenen Dienst. Aber auch in anderen Beschäftigtengruppen kommt es zu zeitlichen Entgrenzungen und zur Orientierung an Selbstmanagement und betrieblichen Logiken. Relevant dafür sind u.a. Prozesse der Funktionalisierung und der Delegation von Aufgaben.

Ergebnisse:

Westermayer, Till; Schneijderberg, Katharina; Viaplana, Tatjana: Die zwei Herzen der Forstwirtschaft - Forstliche Arbeit zwischen Marktorientierung und Nachhaltigkeit.- Remagen-Oberwinter: Verlag Dr. Norbert Kessel, Juni 2010.- 234 S.

<i>Projekttitel:</i>	Neue und innovative Ansätze zur Regionalentwicklung durch unternehmerische Wirtschaftsförderung
<i>Projektnummer:</i>	S-2008-177-1 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Lienhard Lötscher Ruhr-Universität Bochum, Geographisches Institut Lehrstuhl Kultur- und Siedlungsgeographie NA 5/164 44780 Bochum lienhard.loetscher@rub.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Prof. Dr. Klaus Kost Reinhard Röhrig Jörg Weingarten PCG - PROJECT CONSULT GmbH Prof. Dr. Kost & Kollegen Friedrich-List-Str. 2 45128 Essen kost@pcg-projectconsult.de roehrig@pcg-projectconsult.de weingarten@pcg-projectconsult.de Alain Schmidt SEMAPHORES (Anc. SOFIREM) 97A Rue Nationale 57600 Forbach Frankreich aschmidt@groupe-sofirem.com
<i>Laufzeit:</i>	13 Monate

In der Studie wurden Grundlagen, Handlungsweisen und Perspektiven einer zukunftsfähigen und kooperativen Regionalentwicklung aufgezeigt, bei der Unternehmen Verantwortung im sozialen und regionalen Kontext übernehmen. Dazu wurden Rahmenbedingungen und Fallbeispiele aus Frankreich und Deutschland analysiert.

1. Kontext / Problemlage

Unternehmen fungieren in ihrer Funktion als Arbeitgeber und als Mittelpunkt vor- und nachgelagerter Stakeholder immer als Teil eines Systems, das regionalpolitische Auswirkungen hat. Bislang sind jedoch von Unternehmen initiierte Maßnahmen, die zur Stärkung der Region im Rahmen einer nachhaltigen Wirtschaftsförderung führen, unterentwickelt. Als positive Ausnahmen sind hier z.B. das dortmund-project (ThyssenKrupp) oder die Wolfsburg AG (VW) zu nennen. Demgegenüber zeigen die Rahmenbedingungen und untersuchten Fallbeispiele aus Frankreich, dass Unternehmen systematisch Wirtschaftsförderungsmaßnahmen initiieren und finanzieren können. Die Vorgehensweise französischer Unternehmen hilft insbesondere bei Krisen sowie Um- oder Neustrukturierungen die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung der betroffenen Regionen - z.B. mit Hilfe eigener Wirtschaftsförderungsgesellschaften - zu unterstützen.

2. Fragestellung

Es wurden folgende Leitfragen untersucht:

- Welche ökonomischen Hintergründe, Rahmenbedingungen und Erfahrungen existieren in Deutschland sowie in Frankreich hinsichtlich unternehmerischer Wirtschaftsförderungsmaßnahmen?
- Welche Rolle und Funktionen nehmen die betroffenen Akteure in solchen Prozessen ein?
- Wie können regionale Ausgleichsregelungen in Folge von Restrukturierungen durch die Sozialpartner auf Basis der Interessenausgleichs- und Sozialplanverhandlungen durchgesetzt werden?
- Welche Motive und Handlungserfordernisse können auf Grundlage der Fallbeispiele identifiziert werden?
- Welche konkreten Maßnahmen werden zwischen den involvierten Partnern umgesetzt?
- Wie ist die Finanzierung der Maßnahmen geregelt?
- Welche Faktoren bewirken den Erfolg von Maßnahmen?
- Wie ist die Nachhaltigkeit der Maßnahmen zu bewerten?
- Wie können die empirischen Erkenntnisse für Entscheidungsträger und Multiplikatoren in beiden Ländern genutzt werden?

3. Untersuchungsmethoden

Zur Aufarbeitung der Fragestellungen wurden verschiedene Methoden der qualitativen und quantitativen Sozialforschung angewendet. Das unternehmerische Engagement im Rahmen einer innovativen und kooperativen Regionalentwicklung in französischen und deutschen Regionen wurde durch eine detaillierte Aufarbeitung von ausgewählten Regional- und Unternehmensfallbeispielen geleistet. Leitfadengestützte Experteninterviews und das zur Verfügung stehende Zahlen- und Datenmaterial zu den eingeleiteten Projekten und Maßnahmen rundeten das Bild ab. Die einzelnen Prozessabläufe konnten durch Fallbeispiele nachgezeichnet werden. Somit war es möglich, Treiber und Hemmnisse einer unternehmerischen Wirtschaftsförderung in Einzelfaktoren aufzuteilen und eine "good practice"-Methodik in modularer Form zu erstellen. Die Ergebnisse bildeten dann die Grundlage zur Bewertung der Abläufe/Maßnahmen.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Eine kooperative Regionalförderung, die durch Unternehmen nach französischem Vorbild unterstützt wird, kann wichtige Impulse für strategische Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung setzen.
- Um die Akzeptanz von "Corporate-Regional-Responsibility" (CRR)-Ansätzen zu stärken, bedarf es entsprechender Angebote wie z.B. Konferenzen, Symposien oder auch konkreter Coaching-Angebote, beispielsweise für Betriebsräte.
- Die Umsetzung des CRR-Ansatzes ist in hohem Maße abhängig von betrieblichen Rahmenbedingungen sowie den Einstellungen und Erfahrungswerten der Personen in den Geschäftsführungen.
- Die Handlungsebene "Region" ist vielen Arbeitgebern nicht im Bewußtsein; entsprechend ist die Initiierung von Debatten über regionales Verantwortungsbewusstsein zu fördern und zu stärken.
- Der Transfer muss vertieft, das regionale Verantwortungsbewusstsein in Unternehmen gestärkt und das Bewusstsein der Akteure (Politik, Kommunen, Gewerkschaften etc.) für die bislang brachliegenden Potentiale der Regionalentwicklung geschärft werden.

Ergebnisse:

Kost, Klaus; Lötscher, Lienhard; Weingarten, Jörg: Neue und innovative Ansätze zur Regionalentwicklung durch unternehmerische Wirtschaftsförderung. Abschlussbericht.- Essen, 2010.- 207 S.
(Publikation geplant)

<i>Projekttitel:</i>	Update der Studie "Wachstumspol Stettin - Entwicklung der deutsch-polnischen Grenzregion"
<i>Projektnummer:</i>	S-2009-320-1 F
<i>Projektleitung:</i>	Klaus Maack Wilke, Maack und Partner Schaarsteinwegsbrücke 2 20459 Hamburg klaus.maack@wilke-maack.de
<i>Laufzeit:</i>	4 Monate

Das Update der Studie "Wachstumspol Stettin" zeigt auf, dass die Entwicklung Stettins und der Integrationsprozess in der deutsch-polnischen Grenzregion hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist, trotz einer seit 2004 positiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsentwicklungen sowie einer Reihe von größeren deutschen Investitionen auf der polnischen Seite, .

1. Kontext / Problemlage

In den Jahren 2003 und 2004 wurde im Rahmen der Studie "Wachstumspol Stettin" eine Potentialanalyse der Zwei-Länder-Region Pomerania durchgeführt und Handlungsempfehlungen unter Berücksichtigung der besonderen geographischen Lage herausgearbeitet. Seither haben sich einige für die Region grundlegende Veränderungen ergeben: Polen ist inzwischen der EU beigetreten, die Grenze ist weitgehend geöffnet und Kooperationen haben sich vereinfacht. Vor dem Hintergrund dieser Veränderungen werden zentrale Ergebnisse und Empfehlungen der Studie im Rahmen dieses Updates überprüft und aktualisiert. Im Zentrum der Betrachtungen steht die Entwicklung der Stadt Stettin und ihre Ausstrahlung auf die angrenzende deutsche Grenzregion. In den letzten Jahren sind die Hoffnungen auf einen Wachstumspol Stettin vielfältiger geworden. Stettins Stadtpräsident ist 2007 mit der Vision angetreten, die Stadt in wenigen Jahren zur verbindenden Metropole zu machen, für die die nahe Grenze keine Rolle mehr spielt.

2. Fragestellung

Stimmt die Aussage, dass sich die deutsch-polnische Grenzregion positiv entwickelt, bedingt durch die Nutzung grenzüberschreitender Kooperationsmöglichkeiten sowie die Intensivierung der grenzüberschreitenden Verflechtungen? Welche Rolle übernimmt die Stadt Stettin heute für die Umlandregion? Dafür nimmt das Update die sozialstrukturellen und wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Veränderungen der Region und die bestehenden Kooperationen, Projekte und grenzüberschreitenden Arbeitsstrukturen ins Blickfeld. Das Update konzentriert sich auf folgende Fragen:

- Welche sozialstrukturellen Entwicklungen waren in den letzten Jahren charakteristisch für die Region (Bevölkerungsrückgang, Zu- und Abwanderung, Einkommen)?
- Welche wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen und Veränderungen haben seit dem EU-Beitritt Polens stattgefunden?
- Wo lassen sich positive Ausstrahlungseffekte Stettins auf das Umland und umgekehrt feststellen? (Meilensteine der Stadt-Umland-Kooperation)

3. Untersuchungsmethoden

Daten- und Literaturanalyse:

- Sichtung und Auswertung von Veröffentlichungen und Literatur im Untersuchungsfeld
- Auswertung verfügbarer Statistiken zu Sozialstruktur, Arbeitsmarkt, Beschäftigung und wirtschaftlicher Entwicklung der Region

Experteninterviews:

- Leitfragengestützte Interviews mit regionalen deutschen und polnischen Experten aus Wirtschaft, Politik, Verbänden und Gewerkschaften

Diskussionsforum:

- Im Rahmen der Studie wird ein Diskussionsforum mit deutschen und polnischen Experten aus der Region durchgeführt.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Stettin und Umland haben zwischen 2004 und 2008 eine sehr positive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsentwicklung genommen. Der starke Rückgang der Arbeitslosigkeit ist allerdings auch auf Abwanderung von Arbeitskräften zurückzuführen. Insgesamt ist die Entwicklung jedoch hinter der der Wojewodschaft und Polens zurückgeblieben. Durch die Finanzkrise und den Zusammenbruch der Stettiner Werft ist die Arbeitslosigkeit in Stettin stark gestiegen. Die Beschäftigungssituation in der deutschen Grenzregion hat sich erst seit 2007 leicht positiv entwickelt.
- Es gibt eine Reihe deutscher Direktinvestitionen im Stettiner Raum. Besonders die Sonderwirtschaftszonen der Region haben davon profitiert, wobei die Investoren jedoch nicht aus der deutschen Grenzregion stammen. Größere polnische Investitionen in Vorpommern gab es kaum. Insgesamt gibt es nur kleine Fortschritte bei der deutsch-polnischen Stadt-Umland Kooperation. Ein Integrationsprozess hat bisher nicht stattgefunden. Insgesamt ist Stettin seit 2004 in seiner Entwicklung hinter den Erwartungen und Möglichkeiten zurückgeblieben.

Ergebnisse:

Maack, Klaus: Wachstumspol Stettin: Entwicklung der deutsch-polnischen Grenzregion: Aktualisierung der Studie "Wachstumspol Stettin und Auswirkungen auf die Entwicklung der deutsch-polnischen Grenzregion" (2004). Abschlussbericht / unter Mitarb. von Katrin Schmid, Stefan Schott.- Hamburg, Juli 2010.- 57 S.

<i>Projekttitel:</i>	Unterstützung der Weiterentwicklung strategischer Perspektiven der Arbeitnehmer vor dem Hintergrund der zukünftigen Markttrends im europäischen Bahnverkehr
<i>Projektnummer:</i>	S-2010-329-1 F
<i>Projektleitung:</i>	Lars Neumann SCI Verkehr GmbH, Büro Berlin Novalisstraße 7 10115 Berlin l.neumann@sci.de
<i>Laufzeit:</i>	3 Monate

Im Rahmen dieses Forschungsprojektes untersuchte die SCI Verkehr GmbH die strategischen Perspektiven der Arbeitnehmer und ihrer Interessenvertretungen vor dem Hintergrund der zukünftigen Markttrends im europäischen Bahnverkehr. Ein Schwerpunkt wird auf die Analyse und Bewertung des Schienenpersonenverkehrs und insbesondere die anstehende Liberalisierung des Fernverkehrs gelegt.

1. Kontext / Problemlage

Seit über einem Jahrzehnt hat der Schienenverkehr in Europa einen umfassenden Strukturwandel durchlebt.

Trotz gemeinsamer europäischer rechtlicher Rahmenbedingungen haben sich die Schienenverkehrsmärkte der EU-Mitgliedstaaten in unterschiedlichen Geschwindigkeiten entwickelt.

Die von der Europäischen Union festgelegten und nationalstaatlich umgesetzten rechtlichen Rahmenbedingungen haben umfassende Änderungen ausgelöst. Infolge dieser Änderungen wurde die Struktur aber auch die Organisation des europäischen Schienenverkehrsmarkts heterogener. Das hat unter anderem Auswirkungen auf den Beschäftigungsgrad sowie die Arbeitsbedingungen in der Bahnbranche. Es besteht also die Notwendigkeit, die mittel- und langfristigen Entwicklungstendenzen des Schienenverkehrsmarktes, insbesondere im Personenverkehr zu analysieren und Strategien für die Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen weiterzuentwickeln und zu schärfen.

2. Fragestellung

Folgende Fragestellungen wurden im Rahmen der Studie beantwortet:

Marktstruktur:

- Welche Struktur hat der Markt für Schienenpersonenverkehrsleistungen in den ausgewählten Kernmärkten?
- Welche rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Strukturen sind von Bedeutung?

Wettbewerbssituation:

- Wie hat sich der Wettbewerb im Schienenpersonenverkehr entwickelt und wie wird er sich weiterentwickeln?
- Wer sind die relevanten Unternehmen am Markt?
- Wie haben sich die Marktanteile und die ökonomische Situation der Unternehmen entwickelt?
- Welche strategischen Charakteristika weisen die Unternehmen auf?
- Wie werden die Interessen von Arbeitnehmern in den Unternehmen repräsentiert?

Megatrends:

- Welche mittel- und langfristigen "Megatrends" und Entwicklungstendenzen sind für den Schienenpersonenverkehr in Europa von Bedeutung?
- Welchen Einfluss werden sie haben?

3. Untersuchungsmethoden

SCI Verkehr grenzte die Untersuchung entsprechend räumlicher, zeitlicher und sachlicher Dimensionen ein.

Regional:

- Im Rahmen unserer Studie wurden vier europäische Länder als Kernmärkte definiert und analysiert: Deutschland, Polen, Österreich und die Schweiz.
- Auswahlkriterien waren das absolute und relative Marktvolumen, die Wettbewerbsintensität im Schienenpersonennah- und -fernverkehr sowie die strategische Bedeutung des Marktes aus der Perspektive eines deutschen Unternehmens.

Zeitlich:

- Der Analysezeitraum der Studie umfasst die Jahre 1998 bis 2008. Die Markt- und Wettbewerberentwicklung sowie die Auswertung wesentlicher Unternehmenskennzahlen erfolgt für diese Periode. Auf mögliche Entwicklungsszenarien wird ein Ausblick gegeben.

Segment:

- Der vorliegende Bericht analysiert den europäischen Schienenpersonenverkehrs, insb. den Schienenpersonennah- und -fernverkehr, indem er auf die Marktstruktur und die Wettbewerbssituation in den Kernmärkten eingeht.

4. Darstellung der Ergebnisse

Auf der Grundlage der vorliegenden Analyseergebnisse hat SCI Verkehr Handlungsempfehlungen abgeleitet:

- These 1: "Die demografische Entwicklungen mit neuen Mobilitätsangeboten auf der Schiene aufgreifen"
- These 2: "Die Entwicklung von Clean-Mobility Lösungen auf der Schiene intensivieren"
- These 3: "Die veränderte Mobilitätsnachfrage als Chance der Schiene nutzen"
- These 4: "Innovationspotenziale der Schienenfahrzeugindustrie zur Bewältigung von Zukunftsaufgaben nutzen"
- These 5: "Die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur als Basis attraktiver Schienenverkehre stärken"
- These 6: "Öffentliche Rahmenbedingungen ernst nehmen. Zukunftsfähigkeit der Schiene gestalten"
- These 7: "Die Organisation, Finanzierung und Wettbewerb des regionalen Schienenpersonennahverkehrs überprüfen"
- These 8: "Die Liberalisierung des europäischen Schienenpersonenfernverkehrs gestalten"
- These 9: "Die Auswirkungen der Liberalisierung, des zunehmenden Wettbewerbs und des technologischen Wandels gestalten"

Ergebnisse:

Neumann, Lars; Pinto, Celine: Strategische Perspektiven der Arbeitnehmer im europäischen Personenverkehr auf der Schiene. Abschlussbericht.- Berlin; Mai 2010.- 83 S.

<i>Projekttitel:</i>	Der Photovoltaik-Standort in Deutschland - Quo vadis?
<i>Projektnummer:</i>	S-2009-328-1 F
<i>Projektleitung:</i>	Werner Voß arbeco GmbH Friedrichstraße 24 45468 Mülheim an der Ruhr wvoss@arbeco.de
<i>Laufzeit:</i>	5 Monate

Die deutsche Photovoltaik-Wirtschaft zählte im vergangenen Jahrzehnt zu den starken Wachstumsbranchen. Verlässliche Nachfragebedingungen mittels EEG schufen einen leistungsstarken Industriezweig mit bis zu 120.000 direkten und indirekten Arbeitsplätzen. Technologische Umbrüche sowie verstärkte asiatische Konkurrenz haben zu starken Preisrückgängen geführt und den Druck auf Produzenten verstärkt.

1. Kontext / Problemlage

Das letzte Jahrzehnt ist durch einen rasanten Anstieg der installierten PV-Leistung gekennzeichnet. Angesichts der dynamischen Entwicklung wurden die weltweiten Ausbauprognosen nach oben korrigiert. Dennoch leidet der industrielle Kern der PV-Industrie in Deutschland - wie entsprechende Auswertungen der Geschäftsberichte bestätigten - unter Preis- und Margendruck.

Da die Bundesregierung plant, die EEG-Vergütungssätze für PV-Anlagen Mitte 2010 zusätzlich zu verringern, wird der Druck auf Hersteller in Deutschland weiter ansteigen.

Angesichts der intensivierten Konkurrenz aus asiatischen Staaten sowie technologischer Dynamiken bleibt der Zugang zu günstigem Finanzkapital für die Mehrzahl der Unternehmen eine entscheidende Wettbewerbskomponente. Dazu bedarf es langfristig vorausschauender, stabiler Rahmensetzungen im Bereich der Klima- und Energiepolitik (sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene) als auch intensiver Forschungsanstrengungen.

2. Fragestellung

Folgende Fragestellungen wurden insbesondere verfolgt:

- Wie waren die nationalen und weltweiten Nachfrageentwicklungen in der letzten Dekade, wie sind die kurz- und mittelfristigen Perspektiven?
- Wodurch ist die PV-Wirtschaft in Deutschland besonders gekennzeichnet? (Analyse anhand der Kenngrößen Beschäftigtenentwicklung und regionale Konzentration, Entwicklung betriebswirtschaftlicher Parameter bei wichtigen PV-Unternehmen (Umsatz, EBIT, Wertschöpfung, Forschung und Entwicklung), arbeitspolitische Besonderheiten (Mitarbeiterkapitalbeteiligungen) sowie die Rolle von Finanzakteuren).
- Welche forschungs- und industriepolitischen Herausforderungen sind aktuell gegeben?

3. Untersuchungsmethoden

Im Zentrum der Untersuchung stand eine Sekundärdatenanalyse aus verschiedenen Quellen wie Verbandsangaben, Geschäftsberichte, wissenschaftliche Untersuchungen, Zeitschriften; Internetveröffentlichungen.

Zudem wurde eine schriftliche Befragung von Betriebsräten durchgeführt. Deren Ergebnisse wurden im Rahmen eines Workshops mit Branchenvertretern diskutiert und flossen in den Endbericht ein.

4. Darstellung der Ergebnisse

Angesichts einer dynamischen Nachfrage - sowohl in Deutschland als auch weltweit - entstand eine leistungsstarke PV-Industrie. Bei deren Aufbau spielten Finanzeinrichtungen eine wesentliche Rolle. Die aktuelle Entwicklungsphase ist durch weltweite Überkapazitäten (Käufermarkt), Preisverfall und Technologiediversifizierungen geprägt. Ab 2008 sinken EBIT- und Wertschöpfungszahlen führender PV-Unternehmen in Deutschland. Angesichts hohen Innovations- und Investitionsbedarfs bleibt der Zugang zu günstigem Finanzkapital für viele Firmen existenziell.

Nicht zuletzt durch den großen Einfluss der Finanzmarktakteure wiesen die Arbeitsbeziehungen zwei Besonderheiten auf. Einerseits wurden überproportional Aktienoptionsprogramme für die Beschäftigten aufgelegt. Andererseits gab es wenig Interessenvertretungen; seit 2008 werden aber aufgrund der Krisenfolgen vielerorts Betriebsräte gebildet.

Angesichts der Herausforderungen sind weitere Konsolidierungen aber auch neue Unternehmen im Markt (Gründungen, Einstieg von Firmen aus traditionellen Wirtschaftszweigen) zu erwarten.

Ergebnisse:

Voß, Werner: Der Photovoltaik-Standort in Deutschland - quo vadis? Abschlussbericht.- Mühlheim, Juni 2010.- 77 S.

<i>Projekttitel:</i>	EU-Strukturwandel, regionale Innovationsdynamik und Clusterbildungsoptionen in der Wissensgesellschaft
<i>Projektnummer:</i>	S-2008-185-1 F
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Paul J. J. Welfens Europäisches Institut für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) e.V. an der Bergischen Universität Wuppertal Rainer-Gruenter-Straße 21 42119 Wuppertal welfens@eiiw.uni-wuppertal.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Oliver Emons Jens Perret Christian Schröder Europäisches Institut für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) e.V. Rainer-Gruenter-Straße 21 42119 Wuppertal emons@eiiw.uni-wuppertal.de perret@eiiw.uni-wuppertal.de schroeder@eiiw.uni-wuppertal.de
<i>Laufzeit:</i>	19 Monate

Im Kontext beschleunigten EU-Strukturwandels, regionaler Innovationsaktivitäten und zunehmender Bedeutung von Clustern in der Wissensgesellschaft werden exemplarisch die Entwicklungen und Perspektiven in den Sektoren Automobilwirtschaft und Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) thematisiert; Basis ist ein Vergleich von 7 Regionen in 6 EU-Ländern.

1. Kontext / Problemlage

Das Hochlohnland Deutschland ist im Zuge der EU-Osterweiterung und der anhaltenden Globalisierung unter verschärftem Anpassungsdruck geraten. Einige industrielle Branchen konnten ihre Stärken wegen einer starken Innovationsdynamik aufrecht erhalten bzw. ausbauen. Unter anderem ist durch das Vordringen von Querschnittstechnologien wie z.B. IKT mit einer zunehmenden raumwirtschaftlichen Aufspaltung der Wertschöpfung zu rechnen. Dabei bietet es sich an, zunächst den in der Innovationsdynamik führenden IKT-Sektor selbst zu analysieren (New Economy), um dann bzw. parallel dazu die Automobilwirtschaft als eine der führenden Industriesektoren in Deutschland zu untersuchen. Durch einen Vergleich verschiedener Regionen in ausgewählten EU-Ländern können sektorale Anpassungs- und Innovationstendenzen vergleichend ermittelt werden, so dass eine Basis für ein Benchmarking verschiedener EU-Regionen entwickelt werden kann.

2. Fragestellung

Zunächst soll eine Bestandsaufnahme der sektoralen Wirtschaftsentwicklung in den ausgewählten Regionen gemacht werden. Dabei wird das Ausmaß der regionalen Innovationsvernetzung und der regionalen Erfindermobilität - als Mobilität zwischen Firmen - auf Basis von EU-Patentdatenbanken für die Jahre 1992-1999 und 2000-2007 erfasst. Herauszuarbeiten ist, wie stark sich Netzwerke entwickelt bzw. verändert haben bzw. inwiefern verstärkte regionale Vernetzung die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert. Die ausgewählten IKT-Regionen sind Bergisches Städtedreieck, Region Dortmund, Vienna Region, Karlskrona, London, Eindhoven und Győr/Budapest. Bei der Automobilwirtschaft lauten die Re-

gionen Bergisches Städtedreieck, München, Vienna Region, West Midlands, Göteborg, Eindhoven, Győr/Budapest. Zu ermitteln galt es auch im Rahmen einer Fragebogenaktion, inwieweit eine IKT-Clusterbildung vorteilhaft für die regionale bzw. firmenspezifische Wachstumsdynamik ist.

3. Untersuchungsmethoden

Bei der Patentdatenanalyse wurde eine computergestützte Datenauswertung vorgenommen, deren Ergebnisse auf Basis der Methode der sozialen Netzwerkanalyse visualisiert wurden. Dabei wurden zudem netzwerkanalytische Maßzahlen ermittelt, die die direkte und indirekte Intensität der Wissensvernetzung abbilden. Ein Vergleich von Strukturdaten ausgewählter Regionen wurde vorgenommen, die Zahl der Patentanmeldungen und andere Indikatoren wurden analysiert. Auch regionale Wissensexporte und Importe wurden erfasst.

Die Fragen der Wettbewerbsfähigkeit wurden u.a. auf Basis des Konzepts "Revealed Comparative Advantage" ermittelt, wobei auch regionale Pfadabhängigkeiten thematisiert wurden. Vergleiche von West- und Osteuropa wurden durchgeführt.

Im Rahmen einer elektronischen Umfrage wurden über 200 IKT-Unternehmen mit Sitz in Deutschland befragt, um daraus regionale- und firmenspezifische Wachstumsdeterminanten analysieren zu können.

4. Darstellung der Ergebnisse

Festzustellen ist in beiden untersuchten Sektoren ein intensiver Strukturwandel. Dabei fällt auf, dass regional erfolgreiche Clusteransätze die Universitäten/Hochschulen in der Region aktiv miteinbeziehen. Es gibt im IKT-Sektor Regionen, in denen das Zusammenspiel von Wirtschaft, Politik und Wissenschaft innerhalb gut einer Dekade zu stark zunehmender Vernetzung und entsprechenden Wirtschaftserfolgen geführt hat.

Eine Analyse von Mobilitäts-, Kooperations- und Beziehungsnetzwerken mittels ausgewählter netzwerkanalytischer Maßzahlen in den ausgewählten Vergleichsregionen zeigt unterschiedliche Netzwerkstrukturen. So konnten Gründe für den Wegfall von Akteuren identifiziert und Patentzitierungsintensitäten berechnet werden.

Eine Umfrage bei über 200 IKT-Unternehmen in Deutschland hat ergeben, dass die Wachstumsdynamik u.a. von F&E Aktivitäten, konkreten Kooperationen mit Unternehmen, Venture Capital und der Exportquote abhängt. Unternehmen in einem Clusterverbund können keine direkt messbaren Wachstumsvorteile generieren.

Ergebnisse:

Welfens, Paul J. J.: EU-Strukturwandel, regionale Innovationsdynamik und Clusterbildungsoption in der Wissensgesellschaft. Vorläufiger Abschlussbericht.- Wuppertal, Juni 2010.- 437 S.
(Publikation geplant)

<i>Projekttitel:</i>	Arbeitsmärkte und Arbeitsbeziehungen im öffentlichen Dienst. Aktuelle Veränderungen und Konsequenzen
<i>Projektnummer:</i>	S-2009-292-2 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Berndt Keller Universität Konstanz Verwaltungswissenschaft - Fach 83 Postfach 5560 78434 Konstanz
<i>Laufzeit:</i>	9 Monate

Im Mittelpunkt stehen die Veränderungen der Regulierung von Arbeit in ihrer für den öffentlichen Dienst spezifischen Ausprägung, vor allem die Politikhaltigkeit der organisatorischen Entwicklungsformen und -prozesse, die nicht extern vorgegeben, sondern durch spezifische Interessen geleitet und von den korporativen Akteuren beeinflussbar sind bzw. innerhalb bestimmter Bandbreiten gestaltet werden.

1. Kontext / Problemlage

Die Arbeitsbeziehungen des öffentlichen Dienstes finden in der fachwissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion der Bundesrepublik von jeher kaum Beachtung. Die anhaltende Fixierung auf die "industriellen Beziehungen" der Privatwirtschaft, vor allem des produzierenden Gewerbes, ist jedoch theoretisch unbegründet und empirisch unberechtigt: Der öffentliche Dienst weist eine Reihe von wesentlichen, rechtlichen und empirischen Besonderheiten auf, die eine Übertragung von Erkenntnissen aus privatwirtschaftlichen Kontexten unmöglich machen. So hat der Staat als korporativer Akteur eine ungewöhnliche Doppelfunktion: Er ist nicht nur wie in der Privatwirtschaft Gesetzgeber, d.h. er normiert und reguliert nicht nur die Rahmenbedingungen; er ist zugleich auch der größte und wichtigste Arbeitgeber, der an der kollektiven Aushandlung bzw. Festsetzung der Arbeitsbedingungen aller Arbeitnehmer, d.h. der Tarifbediensteten und Beamten, unmittelbar und aktiv beteiligt.

2. Fragestellung

- Entwicklung der Beschäftigung und Arbeitsmärkte (deutlicher Abbau der Beschäftigung, Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse, Strukturverschiebungen)
- Arbeitgeber und ihre Verbände (Kommunen, Länder, Bund, aktuelle Veränderungen der Verhandlungsstrukturen)
- Gewerkschaften und Interessenverbände (Organisationsprinzipien, Entwicklung der Mitgliederzahlen und Organisationsgrade, alte und neue Tarifgemeinschaften; Dachverbände DBB und DGB und Konkurrenz-/ Kooperationsbeziehungen)
- System der Tarifverhandlungen und seine Veränderungen (Strukturen der Kollektivverhandlungen und ihre aktuellen Veränderungen, Folgen institutioneller Veränderungen, materielle Veränderungen bei Kommunen und Bund sowie bei den Ländern, Krankenhausbereich, Besonderheiten von Streiks im öffentlichen Dienst)
- Interessenpolitik der Beamtenverbände (Strukturen und Optionen der Interessenvertretung ohne Kollektivverhandlungs- und Streikrecht, aktuelle Entwicklungen infolge der Föderalismusreform I).

3. Untersuchungsmethoden

In methodischer Hinsicht basiert die Arbeit zunächst auf einer umfangreichen Literatur- und Dokumentenanalyse. Sie erschließt systematisch nicht nur die offiziellen Publikationen in Form verstreut vorliegender Monographien, Sammelbände und Aufsätze sondern auch die umfangreichen Quellen des sog. grauen Marktes, z.B. Meldungen, Verlautbarungen und Positionspapiere der Verbände beider Seiten sowie Meldungen in der überregionalen Presse, die zumeist aus aktuellem Anlass, wie dem Abschluss von Tarifverträgen, erfolgen. - Eine Reihe von teilstandardisierten Interviews mit Verbandsvertretern ergänzt die methodische Vorgehensweise.

In methodologischer Hinsicht ist der Beitrag dem struktur-individualistischen Paradigma bzw. einer "weichen" Variante von rational choice verpflichtet; es geht um die "constraints and opportunities" der korporativen Akteure, vor allem um die Veränderungen der Rahmenbedingungen und deren Konsequenzen.

4. Darstellung der Ergebnisse

In den 2000er Jahren ergeben sich Tendenzen einer gewissen "Konvergenz" zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst; ihre Bestimmungsgründe sind u.a. die kontrollierte Dezentralisierung der früher hochgradig zentralisierten Kollektivverhandlungen sowie ähnlich wirkende Entwicklungen im Beamtenbereich in Folge der Re-Föderalisierung des Beamtenrechts. Insgesamt handelt es sich nicht (mehr) um nur inkrementalen Wandel bzw. geringfügige Veränderungen der homogenen Verfahren und Institutionen der Interessenvertretung.

Die Parameter von Aktion und Reaktion verschieben sich: Während früher stets die Gewerkschaften und Interessenverbände Forderungen stellten bzw. Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erreichen konnten, ergreifen in den 2000er Jahren die Arbeitgeber und ihre Verbände die Initiative und setzen sukzessive Veränderungen in die entgegen gesetzte Richtung durch. Das stets labile Machtgleichgewicht verschiebt sich zuungunsten der Arbeitnehmervertretungen; Marktmechanismen bzw. -kräfte (einschl. umfangreiche Privatisierungs- und Flexibilisierungsmaßnahmen) gewinnen größere Bedeutung. Die Transaktionskosten nehmen vor allem für Gewerkschaften und Interessenverbände zu.

Ergebnisse:

Keller, Berndt K.: Arbeitspolitik im öffentlichen Dienst: Ein Überblick über Arbeitsmärkte und Arbeitsbeziehungen.- Berlin: edition sigma, 2010.- 159 S.- (Modernisierung des öffentlichen Sektors; Sonderband 36)

<i>Projekttitel:</i>	Erhebung von Daten zur Zustimmung des Corporate Governance Kodex gemäß der Entsprechenserklärungen deutscher Aktiengesellschaften
<i>Projektnummer:</i>	S-2009-322-2 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Kornelius Kraft Technische Universität Dortmund Sozialwissenschaftliche Fakultät Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik Emil-Figge-Str. 50 44221 Dortmund
<i>Projektbearbeitung:</i>	Rafael Gralla Technische Universität Dortmund Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät Hohe Str. 141 44221 Dortmund Rafael.Gralla@uni-dortmund.de
<i>Laufzeit:</i>	5 Monate

Ziel des Projektes ist die Erhebung der Entsprechenserklärungen zur Akzeptanz von Empfehlungen und Anregungen des deutschen Corporate Governance Kodexes. Hierzu werden Entsprechenserklärungen deutscher börsennotierter Aktiengesellschaften für den Zeitraum 2007-09 erfasst. Im Ergebnis soll eine allgemeine, deskriptive Datenbank von Entsprechenserklärungen entstehen.

1. Kontext / Problemlage

Der deutsche Corporate Governance Kodex definiert Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Ein wesentlicher Bestandteil des Kodexes sind die darin enthaltenen Empfehlungen und Anregungen. Gemäß § 161 AktG sind deutsche börsennotierte Aktiengesellschaften verpflichtet, sog. Entsprechenserklärungen zu den Empfehlungen zu publizieren. Hierbei muss jedes Unternehmen mögliche Ablehnungen von Empfehlungen nennen und begründen. Bisherige Auswertungen der Befolgungsquote basieren auf der freiwilligen Teilnahme an Umfragen. Diese können aufgrund der Freiwilligkeit ein zu positives Bild der Befolgung darstellen, wenn Unternehmen, in denen eine transparente Corporate Governance ohnehin einen hohen Stellenwert besitzt, eher dazu neigen, an solch einer Umfrage teilzunehmen. Daher soll durch die Auswertung von Entsprechenserklärungen ein unverzerrtes Bild zur Befolgung von Empfehlungen des Corporate Governance Kodexes erstellt werden.

2. Fragestellung

Das Projekt erhebt, inwiefern Unternehmen dem Corporate Governance Kodex entsprechen. Hierzu wird einerseits untersucht, wie oft Empfehlungen befolgt werden. Außerdem ist es aufgrund des Panel-Designs der erhobenen Daten möglich Änderungen in der Befolgungsquote durch Änderungen der ökonomischen bzw. gesetzlichen Rahmenbedingungen zu untersuchen.

3. Untersuchungsmethoden

Das Projekt beinhaltet ausschließlich die Erhebung von Entsprechenserklärungen zur Erstellung einer Datenbank. Hierzu werden Entsprechenserklärungen von deutschen börsennotierten Aktiengesellschaften zusammengefasst dargestellt. Als Quelle für Entsprechenserklärungen dienen einerseits die Websi-

tes der betroffenen Unternehmen, andererseits aber auch der persönliche Kontakt, falls die Entsprechenserklärungen nicht online zur Verfügung gestellt werden.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Unsere Auswertung zeigt, dass die Akzeptanz von Empfehlungen sich durch eine im Vergleich zu früheren Studien größere Spannbreite der durchschnittlichen Akzeptanzniveaus charakterisieren lässt.
- Außerdem zeigt sich, dass vor allem Unternehmen außerhalb des Prime Standards Empfehlungen übermäßig ablehnen.
- Zusätzlich zeigt sich eine im Zeitablauf zunehmende Ablehnung von Empfehlungen, die ebenfalls durch zunehmende Ablehnungen bei Unternehmen des General Standards und bei Unternehmen, die am regulierten Handel anderer Wertpapierbörsen partizipieren erklärt werden kann.

Ergebnisse:

Gralla, Rafael; Kraft, Kornelius: Akzeptanz von Empfehlungen des Corporate Governance Kodex gemäß der Entsprechenserklärungen deutscher Aktiengesellschaften. Abschlussbericht.- Dortmund, August 2010.- 15 S.

<i>Projekttitel:</i>	Chancen kulturübergreifender Solidarität in global agierenden Unternehmen: Kommunikation, Macht und Interessen in der transnationalen Arbeitnehmerkooperation
<i>Projektnummer:</i>	S-2006-866-2 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Gert Schmidt Prof. Dr. Ilja Srubar Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Institut für Soziologie Kochstr. 4 91054 Erlangen gschmidt@phil.uni-erlangen.de iasrubar@phil.uni-erlangen.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Dr. Matthias Klemm Dr. Jan Weyand Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Institut für Soziologie Bismarckstr. 8 91054 Erlangen matthias.klemm@soziol.phil.uni-erlangen.de jan.weyand@rzmail.uni-erlangen.de
<i>Laufzeit:</i>	34 Monate

Interkulturelle Verständigungsleistungen werden als Grundlage gelingender transnationaler Arbeitnehmerkooperationen empirisch untersucht. Wie gelingt die Überbrückung divergierender Interessen und kultureller Unterschiede, und lassen sich Anzeichen einer handlungsleitenden Solidarität im Sinne der Entwicklung einer europäischen Mitbestimmungskultur auffinden?

1. Kontext / Problemlage

Europäische bzw. transnationale Arbeitnehmerkooperationen nehmen an Reichweite und Bedeutung zu. In solchen Kooperationen werden Kulturunterschiede massiv erfahrbar, die Informationsaustausch und Handlungskoordination behindern. Obgleich kulturelle Kompetenz als Ressource effektiver internationaler Gegenmacht durchaus anerkannt wird, wird häufig übersehen, dass gelungene Verständigung spezifische Verständigungsmechanismen voraussetzt. Dies gilt auch für die Idee der Solidarität, mit der die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen auch im internationalen Rahmen verknüpft ist. Während der Bedarf an einem gemeinsamen Konzept der Solidarität als einer normativen Grundlage der Handlungskoordination wächst, werden im Alltagshandeln der Akteure unterschiedliche Konzepte von Solidarität handlungsleitend.

2. Fragestellung

Es wird empirisch untersucht, wie internationale Arbeitnehmerkooperationen mit interkulturellen Unterschieden und heterogenen Interessen umgehen. Gefragt wird nach den Mechanismen interkultureller Verständigung, ihrem Beitrag zur Stabilisierung und Reichweite von Kommunikationsbeziehungen und suchen nach Anzeichen der Artikulation kulturübergreifender Verständnisse von Solidarität.

Der Ertrag des Projektes ist ein dreifacher: Erstens werden die Chancen der Realisierung einer Idee kulturübergreifender Solidarität erarbeitet. Zweitens ermöglicht die Analyse eine Einschätzung, wie unterschiedliche Solidaritätskonzepte konvergieren oder divergieren. Schließlich eröffnet erst die empirische Untersuchung der Mechanismen interkultureller Verständigung Möglichkeiten der Entwicklung kulturübergreifender Solidarität in transnationalen Arbeitnehmerkooperationen.

3. Untersuchungsmethoden

Die Forschungsfragen werden anhand eines qualitativen, vergleichenden Forschungsdesigns bearbeitet. In drei Unternehmen der Automobilindustrie, einem Endhersteller und zwei Zulieferbetrieben, werden Fallstudien zur europäischen Betriebsratsarbeit erstellt und kontrastierend ausgewertet. Grundlage der Fallstudien sind themenzentrierte Interviews mit Betriebsräten und Gewerkschaftern an ausgewählten Unternehmensstandorten in Europa und teilnehmende Beobachtungen interkulturell zusammengesetzter Betriebsratstreffen. Anhand der Interviews werden nationale Perspektiven und Solidaritätskonzepte sowie Fremd- und Selbstbilder, als zentrale Grundlagen des Agierens in internationale Kommunikationsbeziehungen, rekonstruiert. Die teilnehmenden Beobachtungen der internationalen Treffen dienen der Rekonstruktion von Verfahren und Resultaten des Aushandelns von Identitäten, Solidaritätskonzepten und Interessen.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Die nationalen Selbst- und Fremdbilder der international tätigen Arbeitnehmervertreter weichen voneinander ab.
- Die Unterschiede schmelzen im Verlauf der Zusammenarbeit nicht ab, sondern verfestigen sich.
- Die im Untersuchungszeitraum wichtigste Differenzierungslinie verläuft entlang der ehemaligen Grenze zwischen West- und Mitteleuropa.
- In den drei untersuchten Unternehmen sind unterschiedliche Intensitäten und Strategien der europäischen Zusammenarbeit zu finden, die von einem Informationsaustausch bis zur Etablierung gemeinsam geteilter Handlungsziele reichen. Die Unterschiede der Selbst- und Fremdbilder spielen gerade bei der Intensivierung der Zusammenarbeit eine erhebliche Rolle.
- Europäische Treffen (z.B. Eurobetriebsratstreffen) bieten für die Übersetzung von Perspektiven und Interessen einen ungünstigen Rahmen. Unterhalb von gemeinsam geteilten Postulaten ("wir sind alle Arbeitnehmer") reproduzieren sich differente Sichtweisen und Zuschreibungen.
- Jenseits abstrakter gemeinsamer Postulate zeigen sich unterschiedliche Solidaritätsverständnisse. Eine einheitliche europaweite Perspektive der betrieblichen Arbeitnehmerinteressenvertretung ist nicht in Sicht.

Ergebnisse:

Klemm, Matthias; Kraetsch, Clemens; Weyand, Jan: Kultur und Solidarität in der europäischen betrieblichen Arbeitnehmerinteressenvertretung. Abschlussbericht.- Erlangen, Juli 2010.- 172 S.
(Publikation geplant)

<i>Projekttitel:</i>	Unternehmensbestimmung und Vorstandsvergütung in europäischen börsennotierten Großunternehmen
<i>Projektnummer:</i>	S-2009-215-2 B
<i>Projektleitung:</i>	Sigurt Vitols Greifenhagener Str. 57 10437 Berlin Sigurt_vitols@web.de
<i>Laufzeit:</i>	8 Monate

Das Projekt untersucht die Auswirkung der Unternehmensmitbestimmung in den 600 größten europäischen börsennotierten Unternehmen auf die Vorstandsvergütung und Unternehmensperformanz.

1. Kontext / Problemlage

Obwohl bereits ein umfangreicher Literaturbestand zum Thema Vergütung von Führungskräften und auch eine zunehmende Anzahl von ökonometrischen Studien zu den Auswirkungen der Unternehmensmitbestimmung auf die unternehmerische Leistungsfähigkeit vorhanden sind, haben sich bisher nur wenige Publikationen dem Zusammenhang zwischen beiden Themenfeldern gewidmet. Der überwiegende Teil der vorhandenen Studien bezieht sich außerdem in beiden Themenfeldern auch nur auf die nationale Ebene, während die international vergleichende Perspektive erst seit Kurzem Beachtung findet.

2. Fragestellung

Die Studie untersucht die Auswirkungen der Unternehmensmitbestimmung auf die Struktur und Höhe der Vorstandsvergütung sowie auf die Unternehmensperformanz in den 600 größten börsennotierten europäischen Unternehmen.

3. Untersuchungsmethoden

Die Existenz oder das Fehlen von Arbeitnehmervertretern in Gremien der Unternehmensleitung, den sog. Boards, werden als dichotome Variablen in verschiedenen Regressionsmodellen verwendet. Die Regressionsmodelle ermitteln dabei die Determinanten von vier abhängigen Variablen. Hierzu gehören:

- die Nutzung von Aktienoptionen als Vergütungsbestandteil des Top-Managements und
- die Höhe der jährlichen Gesamtvergütung des Vorstandsvorsitzenden bzw. CEO eines Unternehmens. Da sich mit den Auswirkungen der Mitbestimmung auf die unternehmerische Leistungsfähigkeit häufig in wissenschaftlichen Studien auseinandergesetzt wird, wurden auch Modelle für die Bestimmung der Determinanten
- der Gesamtkapitalrentabilität (GKR bzw. ROA) sowie
- der Börsenbewertung (KBV) verwendet.

4. Darstellung der Ergebnisse

Die vorliegende Studie kommt zu dem Ergebnis, dass eine statistisch signifikante negative Beziehung zwischen der Unternehmensmitbestimmung und der Nutzung von Aktienoptionen in einem Unternehmen sowie auch in Bezug auf die Höhe der Vorstandsvergütung insgesamt existiert. Mit anderen Worten führt die Unternehmensmitbestimmung also zu einem geringeren Gebrauch von Aktienoptionen und einer niedrigeren Vorstandvergütung. Darüber hinaus konnte auch festgestellt werden, dass die Unternehmensmitbestimmung keine negativen Auswirkungen auf die operativen Gewinne (GKR bzw. ROA) oder auf die Börsenbewertung (KBV bzw. price-book ratio) hat.

Ergebnisse:

Vitols, Sigurt: Board Level Employee Representation, Executive Remuneration and Firm Performance in large European Companies. Abschlussbericht.- März 2010.- 47 S.

Vitols, Sigurt: Unternehmensmitbestimmung, Vorstandsvergütung und Performanz in europäischen Großunternehmen. Kurzfassung.- Juli 2010.- 17 S.

<i>Projekttitel:</i>	Erwartungsmuster an Betriebsräte. Eine empirische Untersuchung zur Klassifizierung von Erwartungsmustern an Betriebsräte im Kontext sozialer Milieus anhand einer repräsentativen Befragung von abhängig Beschäftigten in Deutschland
<i>Projektnummer:</i>	S-2008-108-2 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Uwe Wilkesmann Universität Dortmund, Zentrum für Weiterbildung Hohe Str. 141 44139 Dortmund uwe.wilkesmann@tu-dortmund.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Tobias Bröcker Alfredo Virgillito Technische Universität Dortmund Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät Zentrum für Weiterbildung Hohe Str. 141 44221 Dortmund Anne Rubens-Laarmann Feldstr. 17 40721 Hilden Dr. Maximiliane Wilkesmann Baroper Str. 337a 44227 Dortmund maximiliane.wilkesmann@tu-dortmund.de
<i>Laufzeit:</i>	23 Monate

Die Sichtweise der abhängig Beschäftigten spielt im Diskurs der industriellen Beziehungen bislang eine untergeordnete Rolle. Doch was erwarten abhängig Beschäftigte von ihren Interessenvertretungen? Gibt es verschiedene soziale Gruppen, die unterschiedliche Erwartungen haben? Diese Fragen wurden mit Hilfe einer repräsentativen Befragung von abhängig Beschäftigten in Deutschland beantwortet.

1. Kontext / Problemlage

Auf betrieblicher Ebene ist in der Vergangenheit vor allem die Beziehung zwischen Betriebsräten und Geschäftsführung vielfältig untersucht worden. Die Sichtweise der abhängig Beschäftigten und ihre Erwartungen an Interessenvertretungen hingegen wurden bislang kaum systematisch erfasst und empirisch erforscht. Dies scheint aber gerade mit der viel diskutierten Erosion des Normalarbeitsverhältnisses, der neuen Bedeutung atypischer Beschäftigungsverhältnisse und den damit einhergehenden Konsequenzen immer wichtiger. Die zu vertretende Belegschaft wird immer vielfältiger in ihren Bedürfnissen und damit vermutlich auch in ihren Erwartungen. Damit Interessenvertretungen auf diese veränderten Gegebenheiten mit passenden Angeboten reagieren können, müssen die Erwartungsstrukturen der Beschäftigten näher betrachtet werden. Trotz der praktischen Relevanz des Themas handelt es sich hierbei um Grundlagenforschung.

2. Fragestellung

Bislang gibt es bisher keine theoretisch-begriffliche Fundierung der Erwartung an Interessenvertretungen. Darüber hinaus existiert keine quantitativ orientierte empirische Studie zu diesem Thema. Neben der theoretischen Fundierung des Erwartungsbegriffs, stellen wir uns drei zentrale Forschungsfragen:

- Welche Erwartungen haben abhängig Beschäftigte an Interessenvertretungen,
- wie lassen sich diese Erwartungen anhand bestimmter sozialer Milieus klassifizieren und
- wovon hängen diese Erwartungen ab?

Wir schließen diese Forschungslücke, indem wir Erwartungsmuster an Interessenvertretungen im Kontext sozialer Milieus anhand einer qualitativen Erhebung und einer repräsentativen Befragung von abhängig Beschäftigten in Deutschland vorstellen.

3. Untersuchungsmethoden

Zur Beantwortung der forschungsleitenden Frage wurde ein methodenintegrierendes Verfahren (Mixed Methods Ansatz) gewählt, welcher sich in diesem Forschungsvorhaben als eine Synthese eines (a) sequentiell explorativen und eines (b) sequentiell erklärenden Forschungsdesigns charakterisieren lässt. In der ersten Forschungssequenz wurde eine Literaturstudie durchgeführt auf deren Grundlage ein Leitfaden erstellt wurde, um das Forschungsfeld mit Hilfe von Interviews qualitativ zu explorieren. Die Hypothesenprüfung erfolgte in der zweiten Forschungssequenz mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens, der auf den Ergebnissen der qualitativen Exploration sowie aus Erkenntnissen der Literaturstudie basiert. Der Fragebogen wurde einem Pre-Test unterzogen bevor die telefonische Befragung von April bis Juli 2009 stattfand. Die repräsentative Stichprobe umfasst etwa 3.000 abhängig Beschäftigte. Mittels multivariater Verfahren wurde der Datensatz analysiert.

4. Darstellung der Ergebnisse

Erwartungen an Interessenvertretungen lassen sich in die Hauptkategorien Weitergabe von Informationen, persönliche Unterstützung, kollektives Sprachrohr und Kontrolle fassen. Ein Handeln im Sinne des Co-Managements wird von den abhängig Beschäftigten weniger erwartet.

Das Wissen über die Arbeit von Interessenvertretungen ist bei einer großen Gruppe von abhängig Beschäftigten eher niedrig. Dieser Wissensunterschied beeinflusst nicht nur die Erwartungen an Interessenvertretungen, sondern auch die Einflussfaktoren auf diese Erwartungen. Bei Personen mit hohem Wissen kommen klarer zu interpretierende Zusammenhänge zum Vorschein.

Insgesamt existiert eine sehr hohe Mitbestimmungsaffinität unter den abhängig Beschäftigten. Es existiert kein Milieu, das die Mitbestimmung grundsätzlich und fundamental ablehnt.

Unsere Ergebnisse zeigen auch, dass Betriebsräte durch die geäußerten Erwartungen im Rahmen der qualitativen Interviews in verschiedene Erwartungsdilemmata geraten. Diese können sich negativ auf die Beziehung von Belegschaften und Interessenvertretungen auswirken, denn die Einlösung von Erwartungen ist entscheidend für das Entstehen und den Fortbestand von Vertrauensbeziehungen.

Ergebnisse:

Erwartungen an Interessenvertretungen: Eine empirische Untersuchung zur Klassifizierung von Erwartungsmilieus anhand einer repräsentativen Befragung von abhängig Beschäftigten in Deutschland. Abschlussbericht / Uwe Wilkesmann u. a.- Dortmund; 2010.- 209 S.
(Publikation geplant)

<i>Projekttitel:</i>	Produktion von Sicherheit? Arbeit im Bewachungsgewerbe
<i>Projektnummer:</i>	S-2009-223-3 F
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Kendra Briken Johann Wolfgang Goethe-Universität FB Gesellschaftswissenschaften Robert-Mayer-Str. 5 60054 Frankfurt am Main k.briken@soz.uni-frankfurt.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Volker Eich Johann Wolfgang Goethe-Universität FB Gesellschaftswissenschaften Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse Robert-Mayer-Str. 5 60054 Frankfurt am Main eick@em.uni-frankfurt.de
<i>Laufzeit:</i>	8 Monate

Arbeit in der privaten Sicherheitsbranche ist gekennzeichnet durch prekäre Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse. Über betriebliche Arbeitseinsatzstrategien und deren subjektive (Selbst)Wahrnehmung durch die Beschäftigten ist bisher wenig bekannt. Die explorative Studie gibt einen Überblick über die Entwicklung der Branche und setzt diese in Verbindung mit Interessenlagen der beteiligten Akteure

1. Kontext / Problemlage

Arbeit im Bewachungsgewerbe ist nicht allein gekennzeichnet durch niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen und eine schwache betriebliche wie gewerkschaftliche Interessenvertretungsstruktur. Zugleich sind Beschäftigte mit einem schlechten Image ihrer Dienstleistung konfrontiert, und ihre Arbeit findet selten positive Anerkennung. Dies steht einerseits im starken Kontrast zum politisch vielfach betonten Interesse an (Innerer) Sicherheit wie auch zu den Erklärungen von Führungskräften des privaten Sicherheitsgewerbes: Sie verstehen sich als Teil der nationalen Sicherheitsarchitektur. Andererseits hat sich der Markt für private Sicherheitsdienstleistungen in den vergangenen zwei Jahrzehnten mit Blick auf Unternehmen, Beschäftigte wie auch Umsatz nahezu verdoppelt. Und auch für die Zukunft wird insbesondere auch in internationaler Perspektive die Bewachungsindustrie als Trendsektor mit günstigen Wachstumsprognosen angesehen.

2. Fragestellung

Das Projekt zielte darauf, einen bislang nicht vorliegenden Überblick über die sozio-ökonomische Entwicklung des Bewachungsgewerbes in Deutschland zu erstellen. Darüber hinaus standen mit Blick auf die subjektiven Wahrnehmungen der Beschäftigten vier Fragenkomplexe im Zentrum:

- Wie stellt sich aus Sicht der Beschäftigten die "Produktion von Sicherheit" verstanden als Arbeit dar? Wie werden Leistungs- und Qualifikationsanforderungen, Kontrolle und Belastungen wahrgenommen?
- Welche Probleme werden zentral thematisiert? Welche Risiken aber auch welche Chancen von den Akteuren benannt?
- Welche Perspektiven verbinden die Befragten mit aktuellen Veränderungen (bspw. Einsatz neuer Technologien, Mindestlöhne)?

- Welche Interessen und Ansprüche werden formuliert? Welche Rolle spielen Formen der (kollektiven) Interessenvertretung?

3. Untersuchungsmethoden

Die explorative Studie basiert auf der Aufarbeitung vorliegender Materialien (internationale Studien, Geschäftsberichte, Ausbildungsmaterialien, Internetforum) sowie auf eigener qualitativer Forschung: In vier Unternehmen wurden elf leitfadengestützte Expertengespräche mit Betriebsräten (2), Vertretern der Geschäftsführung (3), Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Personalentwicklung (2) sowie Beschäftigten (4) geführt. Darüber hinaus wurde mit Vertretern der Gewerkschaft ver.di (3) und der Lobbyorganisation des Wach- und Sicherheitsgewerbes BDWS (2) sowie mit Ausbildern, die im Rahmen der Ausbildungsgänge "Fachkraft- bzw. Servicekraft für Schutz und Sicherheit" unterrichten (2), über die für ihre Arbeit je zentralen Themen diskutiert. Je nach Position und Aufgabenprofil wurden so Fragen der kollektiven Interessenvertretung, Branchen-, Personal- und Organisationsentwicklung sowie die konkrete eigene Arbeitssituation thematisiert.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Die Beschäftigten konnten von den positiven Entwicklungen der Branche weder auf der normativen noch auf der materiellen Ebene profitieren.
- Betriebliche Strategien zur Nutzung der Arbeitskraft basieren auf (neo)tayloristischen Konzepten, die kollektives Interessenhandeln stark beeinträchtigen.
- Die Belegschaften sind heterogen, zugleich sind die besseren Jobs (höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen) selten. Dies verschärft entsolidarisierende Momente.
- Zumindest Stammebelegschaften in Großunternehmen haben die Möglichkeiten, ihre Bedürfnisse und Anliegen ihren Vorgesetzten zu schildern. Allerdings zeigt sich, dass es sich hier vor allem um Versuche handelt, individuelle Interessen durchzusetzen. Kollektives, solidarisches Handeln, sei es in partizipationsorientierten, selbstorganisierten Arbeitsgruppen, sei es durch eine institutionalisierte Interessenvertretung, ist bislang kein Kennzeichen dieser Branche.

Ergebnisse:

Briken Kendra: Produktion von >Sicherheit<? Arbeit im Bewachungsgewerbe. Abschlussbericht / unter Mitarb. von Volker Eick.- Frankfurt/M., September 2010.- 64 S.

<i>Projekttitel:</i>	"Neue Arbeit", "Mischarbeit", "Tätigkeitsgesellschaft statt Erwerbsarbeitsgesellschaft". Literaturstudie zum Stand der Debatte um erweiterte Arbeitskonzepte
<i>Projektnummer:</i>	S-2009-306-3 F
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Beate Littig Österreichisches Institut für nachhaltige Entwicklung (OIN) Lindengasse 2/12 1070 Wien littig@ihs.ac.at
<i>Laufzeit:</i>	8 Monate

Die Studie gibt einen Überblick über den Stand der Debatte zu erweiterten Arbeitskonzepten. Sie fokussiert auf Entwicklungen der Debatte aus Sicht verschiedener Forschungs- und Denkansätze seit dem Jahr 2000. Neue Arbeitskonzepte in der Frauen- und Geschlechterforschung, in der arbeits- und industriosozologischen Debatte und aus dem Bereich des Nachhaltigkeitsdiskurses werden gesondert betrachtet

1. Kontext / Problemlage

Sozialwissenschaftliche Debatten zu erweiterten Arbeitskonzepten gibt es seit der neuen Frauenbewegung Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre. Seit dieser Zeit kamen zum Hauptkritikpunkt der feministischen Forschung, nämlich der mangelnden Wertschätzung reproduktiver Arbeit, neue Forschungsansätze, die sich an gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen orientierten: In den 1980ern die steigende Arbeitslosigkeit, in den 1990ern die Krise des Wohlfahrtsstaates und seitdem die ökologische Krise des Planeten. Diese unterschiedlichen Krisen bzw. Problemlagen sind der Hintergrund für die Ausarbeitung erweiterter Arbeitskonzepte.

Im Zuge der gegenwärtigen Finanzkrise - der Ausweitung von Kurzarbeit, steigender Arbeitslosigkeit und hoher Staatsverschuldung - sowie einem nicht absehbaren Ende der Krise, scheint ein politisches Interesse an alternativen Modellen zu erwachen, weshalb diese Studie einen Überblick über die Entwicklungen zum Thema seit dem Jahr 2000 gibt.

2. Fragestellung

- Welche (neuen) Konzepte werden diskutiert?
- Vor welchem normativen oder gesellschaftspolitischen Hintergrund oder aufgrund welcher Problemlage werden sie konzipiert?
- Welche sozialen Innovationen sollen sie bewirken?
- Wer sind die Akteure, die die Umsetzung dieser Konzepte befördern sollen?
- Welche Lösungen werden für die Kombination von Erwerbsarbeit und Nichterwerbsarbeit angeboten?
- Inwiefern wollen sie Erwerbsarbeit und informelle Arbeit verschränken? Welche Grauzonen (Nutzung von 1-EURO-Jobs für gemeinnützige Arbeiten) sollen etabliert werden?
- Welche Elemente eines erweiterten Arbeitsbegriffs korrespondieren mit Initiativen wie die der "Guten Arbeit" oder des "guten Lebens"?
- Inwieweit bieten die Konzepte Lösungsansätze für die sich abzeichnende Krise auf dem Arbeitsmarkt an?

3. Untersuchungsmethoden

Es handelt sich um eine Literaturstudie, die die relevanten wissenschaftlichen und teilweise populärwissenschaftlichen Arbeiten (auch Internetdarstellungen) zum Thema seit dem Jahr 2000 berücksichtigt und nach oben genannten Fragestellungen auswertet.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Im Zentrum der feministischen Forschung zu erweiterten Arbeitskonzepten steht nach wie vor die gesellschaftliche Bewertung und Verteilung von reproduktiver und produktiver Arbeit.
- Die aktuelle arbeitssoziologische Debatte dreht sich vor allem um zwei zentrale Begriffe, die bei der Analyse der postfordistischen Transformation hervorgehoben werden: die Subjektivierung von Arbeit und die Entgrenzung von Arbeit und Leben. Konzeptionelle Überlegungen verlangen eine Abkehr vom erwerbsarbeitszentrierten Arbeitsbegriff.
- Ein (neues) Interesse an erweiterten Arbeitskonzepten lässt sich in den sozialwissenschaftlichen Diskurssträngen zum Thema nachhaltige Entwicklung erkennen. Die Diskussion um Nachhaltiges Wachstum, die wissenschaftliche Arbeit von Attac (Deutschland) und die Debatte um neue Sinnstiftung sind ebenso beteiligt wie die Solidarische Ökonomie, die Transition Towns Initiative und Teile der Arbeitnehmerbewegung.
- Neu an diesen Debatten sind eine Konkretisierung der theoretischen Diskussionen der feministischen und arbeitssoziologischen Arbeitsforschung und die Erweiterung des Handlungsfeldes von der wissenschaftlichen Debatte hinaus in die politische Sphäre.

Ergebnisse:

Littig, Beate; Spitzer, Markus: "Neue Arbeit", "Mischarbeit", "Tätigkeitsgesellschaft statt Erwerbsarbeitsgesellschaft". Literaturstudie zum Stand der Debatte um erweiterte Arbeitskonzepte. Abschlussbericht.- Wien, September 2010.- 75 S.

<i>Projekttitel:</i>	Leistungspolitik unter der Bedingung subjektivierter Arbeit
<i>Projektnummer:</i>	S-2009-219-3 F
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Ingo Matuschek Technische Universität Chemnitz Philosophische Fakultät Reichenhainer Str. 41 09107 Chemnitz ingo.matuschek@uni-jena.de Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel Humboldt-Universität zu Berlin Philosophische Fakultät III Institut für Sozialwissenschaften Unter den Linden 6 10099 Berlin nickel@sowi.hu-berlin.de
<i>Laufzeit:</i>	3 Monate

Das Projekt will neue Formen betrieblicher Leistungssteuerung und -kontrolle unter dem Signum einer "subjektivierten Leistungspolitik" analysieren und zu einer branchenübergreifenden Gesamtschau verdichten.

1. Kontext / Problemlage

In der betrieblichen Leistungspolitik ziehen neue Leistungsbemessungssysteme (z.B. Zielvereinbarungen, flexibilisierte Arbeitszeitpolitik) ein, es wird Arbeitsleistung neu definiert und ein ergebnisorientierter Leistungsbegriff etabliert. Vor dem legitimatorischen Hintergrund einer vermeintlichen Sachzwanglogik globalisierter Ökonomie führen die Entwicklungen letztlich zu einer verstärkten Subjektivierung von Arbeit und damit zu einer 'subjektivierten Leistungspolitik'. Selbst Strategien einer wieder verstärkt tayloristisch orientierten Organisation von Produktionsarbeit (z.B. Automobilmontage) schließen subjektivierende Elemente ein. Betriebliche Leistungspolitik stellt sich als enorm variantenreich und widersprüchlich dar. Wissenschaftliche Analyse wie Gestaltungsmacht vor Ort erscheint gleichermaßen schwierig. Daher bedarf es einer Analyse der neuen Formen betrieblicher Leistungspolitik, die die zugrunde liegenden Konzeptionen integriert.

2. Fragestellung

Zum Thema existiert eine Vielzahl von Studien, die aus unterschiedlichen Blickwinkeln Erkenntnisse zu Fragen der subjektivierten Leistungspolitik beitragen. Diese Vielfalt, die einerseits wissenschaftlichen Moden, andererseits einer branchenbezogenen Spezialisierung der Forschenden (Kultur, Medien, IT-Industrie, Automobilbau, Dienstleistung etc.) geschuldet ist, lässt eine analytisch stringente Durchdringung der Phänomene insgesamt vermissen. Ziel des Projektes ist es, dieses Dickicht durch eine Meta-Analyse der Forschung zum Wandel der Erwerbsarbeit zu lichten. Untersucht wird, welche Formen der Vermarktlichung betrieblicher Steuerungsprozesse identifiziert werden, welche Übereinstimmungen und Differenzen sich hinsichtlich der betrieblichen Leistungspolitik finden und welche Gefährdungen bzw. Potenziale festgestellt werden. Bilanziert werden soll auch, wie die Arbeitenden auf verstärkte Selbststeuerung reagieren und welche Konsequenzen damit für die Interessenvertretung entstehen.

3. Untersuchungsmethoden

Schwerpunkt des Projektes sind sekundäranalytisch orientierte vergleichende Literaturstudien zum Themengebiet Subjektivierung von Arbeit und betriebliche Leistungspolitik im Bereich sozialwissenschaftlicher Arbeitsforschung der letzten Dekade. Diese werden ergänzt durch ausgewählte branchenspezifische Expertengespräche. In Kooperation mit der Förderin wurde ein eintägiger Workshop vorbereitet und durchgeführt, der Vertreter aus Wissenschaft und Verbänden aus unterschiedlichen Branchen selbst einschließt. Mit der angestrebten Bandbreite sollen die häufig rein branchenbezogenen Erkenntnisse zu Gunsten einer überspannenden Perspektive erweitert und eine praxisbasierte analytische Gesamtschau ermöglicht werden.

4. Darstellung der Ergebnisse

Die Literaturstudie bilanziert den Subjektivierungsdiskurs der letzten Dekade als lohnende Perspektive auf eine sich verändernde Arbeitswelt; gleichwohl sind ihr neben allgemeinen Problemen der Ausblendung (u.a. Stichwort Prekarisierung, Arbeitsmarkt) leistungspolitisch bedeutsame Blindstellen eigen:

- es fehlt u.a. an der Bestimmung branchen- und arbeitstypischer Verhältnisse von subjektivierten bzw. fordistischen Arbeitsformen,
- die Begrifflichkeit von subjektivierter Leistungspolitik ist unterkomplex.

Die anschließend dargestellten branchentypischen Entwicklungen illustrieren spezifische leistungspolitische Wege, die in der Tendenz konvergieren:

- gewerbliche und öffentliche Bereiche der Arbeitswelt nähern sich bezüglich vieler leistungspolitischer Dimensionen einander an,
- Aufgaben leistungspolitischer Akteure, der betrieblichen Interessenvertreter, aber auch der institutionellen Akteure, verändern sich,
- übergreifende Konzepte stehen erst am Anfang.

Mit diesen Entwicklungen sind u.a. programmatische Konsequenzen für die Arbeitsforschung verbunden, die insbesondere die branchenbezogene Abschottung in Einzelstudien überwinden muss.

Ergebnisse:

Matuschek, Ingo: Konfliktfeld Leistung: Eine Literaturstudie zur betrieblichen Leistungspolitik.- Berlin: edition sigma, 2010.- 166 S.
(Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung; 121)

<i>Projekttitel:</i>	Vom Kindergeld zu einer Grundsicherung für Kinder. Fiskalische und Verteilungswirkungen eines Existenz sichernden und zu versteuernden Kindergeldes
<i>Projektnummer:</i>	S-2008-182-4 F
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Irene Becker Lilienweg 4 64560 Riedstadt i-h.becker@t-online.de Prof. Dr. Richard Hauser Hardtbergweg 13 61462 Königstein r.hauser@em.uni-frankfurt.de
<i>Laufzeit:</i>	16 Monate

Mit dem derzeitigen Kindergeld werden nur etwa die Hälfte des sächlichen Existenzminimums eines Kindes und keine Kinderbetreuungskosten abgedeckt. Zur Bekämpfung von Kinderarmut wird deshalb eine Kindergrundsicherung vorgeschlagen, die allerdings zu versteuern ist. Dieses Modell wurde im Vergleich mit einer Kindergelderhöhung (ohne Besteuerung) sowie mit einer Kinderzuschlagsreform analysiert.

1. Kontext / Problemlage

Einkommensarmut von Familien mit Kindern bedeutet nicht nur die Verletzung eines sozialstaatlichen Minimalziels der Bedarfsgerechtigkeit. Vielmehr werden damit auch die Möglichkeiten zur Annäherung an Chancengerechtigkeit massiv beeinträchtigt. Es fehlt aber bisher an Erfolgen bei der Bekämpfung dieses gesellschaftlichen Problems, da das Kindergeld weit hinter dem Existenzminimum eines Kindes zurückbleibt - was auch verfassungsrechtlich problematisch ist - und der Kinderzuschlag kaum Wirkung zeigt. Zudem widerspricht es den verbreiteten Vorstellungen von vertikaler Verteilungsgerechtigkeit, wenn sich infolge des Nebeneinanders von Kindergeld und kindbedingten Freibeträgen im oberen Einkommensbereich mit dem Einkommen steigende Entlastungen ergeben. Schließlich mangelt es der Familienpolitik wegen der Vielzahl von Einzelleistungen an Transparenz, ihre Wirkungen sind kaum abschätzbar. Somit sollte über eine grundlegende Reform des Familienlastenausgleichs nachgedacht werden.

2. Fragestellung

Mit dem Forschungsprojekt wurden das Konzept eines einheitlichen und der Besteuerung unterworfenen Kindergeldes in Höhe der Summe der kindbedingten Freibeträge - die damit entfallen würden - diskutiert und konkretisiert, die Brutto- und Nettoausgabensummen einer derartigen Reform abgeschätzt und ihre Verteilungswirkungen im Sinne der formalen Inzidenz untersucht. Daneben wurden alternative Reformoptionen im Rahmen des bestehenden Systems des Familienlastenausgleichs analysiert: einerseits eine deutliche Kindergelderhöhung ohne Besteuerung, die ebenfalls zu einem Wegfall der kindbedingten Freibeträge führen würde, und andererseits eine Verbesserung des Kinderzuschlags. Für alle drei Reformkonzepte wurden jeweils zwei Varianten berücksichtigt. Bei der Frage nach den Verteilungswirkungen der verschiedenen Reformkonzepte stehen weniger allgemeine Ungleichheitsmaße als vielmehr Armutsquoten und Umverteilungseffekte im Mittelpunkt.

3. Untersuchungsmethoden

Nach der Konzeptentwicklung im Detail wurden eine systematische Analyse der Reformvarianten anhand von Modellrechnungen (erster Teil) und eine empirisch fundierte Analyse auf der Basis eines Mikrosimulationsmodells (zweiter und dritter Teil) durchgeführt. Als Datenbasis wurde das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) von 2007 herangezogen. Mit einem Modell zur Simulation von Abgaben, Kindergeld und bedarfsabhängigen Transfers sowie der jeweiligen fiktiven reformierten Transfers wurden die Haushaltsnettoeinkommen einerseits für den Status quo und andererseits für die kontrafaktische Situation im jeweiligen Reformfall ermittelt. Nach Hochrechnung auf die fiskalischen Nettokosten der Reformkonzepte wurde eine einfache Annahme über deren Finanzierung getroffen - Zuschlag auf die Einkommensteuerschuld -, die in das Simulationsmodell integriert wurde. Die sich daraus letztlich ergebenden (Um-)Verteilungseffekte stehen freilich unter dem Vorbehalt einer noch zu erarbeitenden Finanzierungsstrategie.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Alle untersuchten Reformvarianten bewirken eine merkliche Verminderung des Ausmaßes von Kinder- bzw. Familienarmut. So würde die Kinderarmutsquote von 16,5% auf etwa 3% im Falle der Kindergrundsicherung und auf 5% im Falle der "großen" Kindergelderhöhung sinken.
- Beide Konzepte sind wegen der hohen Nettokosten von ca. 30 Mrd. EUR allerdings eher mittelfristig umsetzbare Programme, die vorab eine Prüfung möglicher Finanzierungsstrategien erforderlich machen.
- Unter verteilungspolitischen Aspekten erweist sich aber das Konzept des Existenz sichernden und zu versteuernden Kindergeldes im Vergleich zu Kindergelderhöhungen ohne Besteuerung als das stimmigere Konzept: Inkonsistenzen der bestehenden Leistungsvielfalt werden abgebaut, und mit annähernd gleichem Transfervolumen wird eine stärkere Einkommensumverteilung "von oben nach unten" erreicht.
- Demgegenüber erweist sich die vorgeschlagene Kinderzuschlagsreform als eine kurzfristig realisierbare Maßnahme. Mit begrenztem fiskalischem Aufwand von gut 4 Mrd. EUR könnte die Kinderarmutsquote um 4 bis 5 Prozentpunkte gesenkt werden, wenn eine Zunahme der Inanspruchnahme auf 75% des vergrößerten Berechtigtenkreises erreicht wird.

Ergebnisse:

Becker, Irene; Hauser, Richard: Kindergrundsicherung, Kindergeld und Kinderzuschlag: Eine vergleichende Analyse aktueller Reformvorschläge. Abschlussbericht.- Riedstadt; Frankfurt/M., August 2010.- 173 S.

<i>Projekttitel:</i>	Untersuchung des Kompetenz- und Strategiebedarfs von Betriebs- und Personalräten im Bereich der betrieblichen Gesundheitspolitik
<i>Projektnummer:</i>	S-2008-183-4 B
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Andreas Blume BIT Berufsforsch. u. Beratungsinst. für Interdisziplin. Technikgestaltung e.V. Unterstr. 51 44892 Bochum andreas.blume@bit-bochum.de Dr. Uta Walter Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung an der Universität Bielefeld e.V. (ZWW) Universitätsstr. 25 33615 Bielefeld uta.walter@uni-bielefeld.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Ralf Bellmann Nicolai Feyh BIT Berufsforsch. u. Beratungsinst. für Interdisziplin. Technikgestaltung e.V. Unterstr. 51 44892 Bochum ralf.bellmann@bit-bochum.de nicolai.feyh@bit-bochum.de Mira Jonas Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung an der Universität Bielefeld e.V. (ZWW) Universitätsstr. 25 33615 Bielefeld mirajonas@web.de Dr. Holger Wellmann Südwestkorso 53a 14197 Berlin wellhoak@web.de
<i>Laufzeit:</i>	23 Monate

Das Projekt zielt auf eine Aktivierung der betrieblichen Gesundheitspolitik in Unternehmen und Dienstleistungsorganisationen durch Kompetenzstärkung der betrieblichen Interessenvertretungen. Vor diesem Hintergrund wurden wahrnehmbare Handlungshemmnisse in der betrieblichen Gesundheitsarbeit analysiert, Entwicklungsbedarfe ermittelt und Vorschläge für praxistaugliche Lösungsansätze entwickelt.

1. Kontext / Problemlage

Unternehmen sehen sich zunehmend mit der Herausforderung konfrontiert, steigende Arbeitsanforderungen mit älter werdenden Belegschaften zu bewältigen. Dies erhöht den Handlungsdruck in Richtung stärkerer Mitarbeiterorientierung, einer aktiven betrieblichen Gesundheitspolitik und eines leistungsfähigen Betrieblichen Gesundheitsmanagements.

Betriebs- und Personalräten kommt hierbei eine wichtige innerbetriebliche Motorfunktion zu, um der betrieblichen Gesundheitspolitik einen angemessenen Stellenwert im Betrieb zu verschaffen und das Thema Gesundheit als dauerhafte Querschnittsaufgabe auf allen Ebenen der Organisation weiterzuentwickeln.

In den Unternehmen besitzt das Thema jedoch oftmals keine hohe Priorität. Auch BR/PR nehmen das Thema noch zu wenig als Gestaltungsaufgabe wahr. Der bisherige Forschungsstand reicht nicht aus, die Handlungshemmnisse genau zu lokalisieren, um auf dieser Grundlage adäquate Unterstützungsangebote und praxistaugliche Lösungsansätze entwickeln zu können.

2. Fragestellung

Folgende Fragestellungen wurden im Projekt untersucht:

- Welche Handlungshemmnisse stehen einer aktiven Betrieblichen Gesundheitspolitik aus Sicht der mitbestimmungspolitischen Akteure entgegen und was sind die dahinterliegenden Ursachen?
- Welche Politikmuster lassen sich im Themenfeld Gesundheit identifizieren und welche Rolle(n) nehmen Betriebs-/Personalräte dabei ein hinsichtlich:
- verfolgter Prioritäten (Arbeit/Entgelt/Leistung, Personalbemessung/-entwicklung, Rationalisierung/Veränderung etc.),
- der Verantwortungsübernahme und Wahrnehmung bei den Gestaltungsfeldern Demografie/alternsgerechtes Arbeiten/psychosoziale Belastungen?
- Welche Strategie- und Kompetenzdefizite existieren auf Seiten der Interessenvertretungen und worin bestehen diese genau?
- Wie werden die vorhandenen gewerkschaftlichen Unterstützungs- und Orientierungsangebote von den betrieblichen Interessenvertretungen wahrgenommen?

3. Untersuchungsmethoden

Das Projekt umfasste folgende Arbeitspakete:

Im ersten Schritt wurden Experteninterviews mit relevanten Verbandsvertretern (DGB, Einzelgewerkschaften, AG-Verbände) sowie mit betrieblichen Interessenvertretungen ausgewählter Betrieben durchgeführt. Ergänzt wurden diese durch Interviews mit Experten der relevanten Sozialversicherungsträger. Darauf aufbauend erfolgten vertiefende, beide Betriebsparteien sowie Gesundheitsexperten berücksichtigende qualitative Fallstudien in 10 Unternehmen unterschiedlicher Branchen, Größe und Mitbestimmungskulturen.

Ziel der Fallstudien war es, Politikmuster, Rollen und Handlungsspielräume der Arbeitnehmervertretungen kontextbezogen zu identifizieren und auf dieser Grundlage differenzierte Empfehlungen für strategische Entwicklungsoptionen und praxisorientierte Unterstützungsangebote zu erarbeiten. Feedback-Workshops in den Unternehmen dienten dazu, die Projektbefunde und Transfermöglichkeiten mit den Akteuren gemeinsam zu diskutieren.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Das Thema Gesundheit gewinnt zunehmend an Bedeutung, steht im betrieblichen Alltag der BR/PR aber oft hinter "Mitbestimmungsklassikern" wie Lohn / Leistung zurück.
- In der Praxis überwiegen pathogenetische, personenbezogene Ansätze, ressourcen- und organisationsbezogene Handlungsstrategien sind wenig erkennbar.
- Deutliche Unsicherheiten bestehen in der Bearbeitung neuer gesundheitlicher Problemstellungen, v.a. psychosozialer Belastungen.
- Eher selten verfolgen BR/PR ein integratives Politikmodell oder nehmen Gesundheit in den eigenen Gremien als Querschnittsaufgabe wahr. Mitbestimmungsrechte werden nur in Ansätzen genutzt - bei gleichzeitig zunehmenden Aushandlungserfordernissen (z.B. Gestaltungsimperativ des ArbSchG).

- Die Projektempfehlungen beziehen sich auf eine umfassende, beide Betriebsparteien einbeziehende Wissens-/Kompetenzentwicklung im Themenfeld Gesundheit. Unterstützungsangebote sollten dabei am jeweiligen Entwicklungsstand der Gesundheitsarbeit anknüpfen, der sich in vier Mustern darstellen lässt: Stagnation/Zufriedenheit mit Status Quo, Polarisierung (konflikthaft, sich verstärkend), Orientierung (neues Terrain erkundend), Gesundheit als kohärenter Lernprozess.

Ergebnisse:

Bellmann, Ralf; Wellmann, Holger: Untersuchung des Kompetenz- und Strategiebedarfs von Betriebs- und Personalräten im Bereich der betrieblichen Gesundheitspolitik. Vorläufiger Abschlussbericht.- Bielefeld, 15. März, 2010.- 236 S.

<i>Projekttitel:</i>	Reformpfade des Sozialversicherungsmodells im Vergleich: Gesundheitsreformen in Deutschland und den Niederlanden
<i>Projektnummer:</i>	S-2009-205-4 F
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Stefan Greß Hochschule Fulda FB Pflege und Gesundheit Marquardstr. 35 36039 Fulda stefan.gress@pg.hs-fulda.de
<i>Laufzeit:</i>	19 Monate

Das Projekt untersucht sowohl Voraussetzungen des wohlfahrtsstaatlichen Institutionenwandels als auch Modelle guter Praktiken für Deutschland im Ländervergleich. Auf dieser Basis soll ein systematischer Überblick darüber entstehen, welche gesundheitspolitischen Steuerungsinstrumente sich warum länderübergreifend (nicht) durchgesetzt haben.

1. Kontext / Problemlage

Im Zentrum des Projektes stehen strukturelle Veränderungen des Modells "Soziale Krankenversicherung". Ausgangspunkt dieses Projekts bildet die Beobachtung, dass in konservativen Wohlfahrtsstaaten mehr Veränderungen stattfinden als es diesem Wohlfahrtsstaatsmodell lange Zeit zugeschrieben wurde. Für das Politikfeld Gesundheitspolitik ergibt sich daraus die Frage nach Entwicklungspfaden des Modells "Sozialer Krankenversicherung".

2. Fragestellung

Das Projekt geht am Beispiel der Gesundheitsreformen in Deutschland und den Niederlanden folgenden Fragen nach: Welche Veränderungen des Modells wurden in den Reformen vorgenommen und wie lassen diese sich kategorisieren? Folgen die beiden Länder, da sie auf Grund ähnlicher Strukturmerkmale ihrer Sicherungssysteme mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind, in ihren Reformen ähnlichen oder divergenten Pfaden? Welche Ursachen liegen den eingeschlagenen Reformpfaden zu Grunde und welche Rolle spielt dabei der grenzüberschreitende Ideentransfer?

Das Projekt untersucht sowohl Voraussetzungen des wohlfahrtsstaatlichen Institutionenwandels als auch Modelle guter Praktiken für Deutschland im Ländervergleich. Auf dieser Basis soll ein systematischer Überblick darüber entstehen, welche gesundheitspolitischen Steuerungsinstrumente sich warum länderübergreifend (nicht) durchgesetzt haben und wo sich die beiden Länder in ihren Reformansätzen unterscheiden.

3. Untersuchungsmethoden

Auswertung von Forschungsliteratur; Experteninterviews; internationaler Vergleich von Gesundheitssystemen.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Die in den Niederlanden erfolgte Implementierung eines einheitlichen Krankenversicherungssystems - die Integration von privater Krankenversicherung und sozialer Krankenversicherung - beruht auf einer Reihe von wichtigen Voraussetzungen. Ein "Big Bang" ist unwahrscheinlich - die Annäherung der beiden Systeme erfolgte in den Niederlanden auf der Grundlage vieler kleiner Schritte. Eine ähnliche Entwicklung ist auch in Deutschland erkennbar.
- Die Nachhaltigkeit eines steuerfinanzierten Sozialausgleichs muss vor dem Hintergrund der niederländischen Erfahrungen massiv angezweifelt werden. Die Erfahrungen dort zeigen, dass ein steigender Transferbedarf nicht automatisch finanzierbar ist. In den Niederlanden werden daher derzeit eine drastische Ausweitung der Selbstbeteiligungen und eine Reduzierung des Leistungskatalogs diskutiert. Beide Maßnahmen würden die Höhe des Pauschalbeitrages und damit den Transferbedarf reduzieren. Eine ähnliche Entwicklung wäre auch für Deutschland zu erwarten.
- Der steuerfinanzierte Sozialausgleich wird in den Niederlanden auch wegen der hohen Bürokratiekosten kritisiert. In Deutschland wären jährliche Kosten von 250 Millionen Euro zu erwarten.

Ergebnisse:

Greß, Stefan; Leiber, Simone: Kleiner Beitrag, große Wirkung.- In: Gesundheit und Gesellschaft; Spezial 6/2010.- S. 10-11

Greß, Stefan; Leiber, Simone: Kopfpauschalen in der Gesetzlichen Krankenversicherung: Eine kritische Analyse auf der Basis internationaler Erfahrungen.- In: Im Fokus; spw 4/2010.- S. 39-43

Leiber, Simone; Greß, Stefan; Manouguian, Maral-Sonja; Health Care System Change and the Cross-Border Transfer of Ideas: Influence of the Dutch Model on 2007 German Health Reform.- In: Journal of Health Politics, Policy and Law; 2010.- S. 531-559

<i>Projekttitel:</i>	Gestaltungsakteure beim Übergang Jugendlicher von der Schule in die Arbeitswelt. Probleme, erste Lösungsansätze und offene Forschungsfragen aus Arbeitnehmersicht
<i>Projektnummer:</i>	S-2009-221-5 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Rolf Dobischat Kastanienallee 39 47918 Tönisvorst rolf.dobischat@uni-due.de Dr. Gertrud Kühnlein Sozialforschungsstelle Dortmund ZWE der Technischen Universität Dortmund Evinger Platz 17 44339 Dortmund kuehnlein@sfs-dortmund.de
<i>Laufzeit:</i>	7 Monate

Für das sogenannte Übergangssystem, das Jugendliche ohne Ausbildungsplatz verwahrt, gibt es keine einheitliche Verantwortungsübernahme. Angesichts des quantitativen Ausmaßes rückt die Frage der Verantwortung ins Zentrum der Debatte. Welche Rolle und Funktion können die Gewerkschaften als Mitgestalter übernehmen?

1. Kontext / Problemlage

In den letzten Jahren hat die Übergangspassage Jugendlicher von der Schule in den Beruf deutlich an berufsbildungspolitischer Aktualität gewonnen. Dies ist an vielfältig initiierten bildungspolitischen Programmen von Bund und Ländern erkennbar. Mit dem Trend der Regionalisierung und Kommunalisierung von Steuerungselementen im Bildungssystem und einer stärkeren Verantwortungsübergabe an die regionalen Akteure erhalten die Gewerkschaften als Mitgestalter des kommunalen Übergangssystems ein besonders Gewicht. Inwieweit die Gewerkschaften diese Aufgabe bewältigen können, ist gegenwärtig offen.

2. Fragestellung

Ziel dieser explorativen Studie war es, die facettenreiche Förderlandschaft von Programmen zu sondieren, die Problemwahrnehmungen zu analysieren und nach Lösungsansätzen aus der Perspektive der Gewerkschaften als Vertreter von Arbeitnehmerinteressen wie auch als relevanter Gestaltungsakteur bei der Bewältigung der Übergangspassage von der Schule in die Arbeitswelt zu suchen. Zugleich sollten aus den gewonnenen Befunden weitergehende Forschungsfragestellungen entwickelt werden, da dieses Themenfeld bisher wenig empirisch durchleuchtet und wissenschaftlich aufbereitet worden ist.

3. Untersuchungsmethoden

Das Forschungsdesign setzt sich aus zwei empirischen Zugängen auf den Untersuchungsgegenstand zusammen: Im ersten Schritt wurde eine Programmanalyse durchgeführt, anhand derer erste Erkenntnisse zur Partizipation von Arbeitnehmerorganisationen in die Programm- und Förderlandschaft des Übergangssystems ermittelt wurden. Dadurch ist ein Bild einer ersten Orientierung entstanden, das weiter und tiefer gehender Untersuchungen der Akteurskonstellationen auf der operativen Projektebene

und in den regionalen/kommunalen Strukturen bedarf. Die Informationen wurden durch Einzel- und Gruppeninterviews mit handelnden Organisationen in der regionalen Berufsbildungspolitik ermittelt.

4. Darstellung der Ergebnisse

Die Studie zeigt, dass keine kontinuierliche Partizipation relevanter gesellschaftlicher Gruppen als etablierte Akteure im Übergangssystem besteht. Vielmehr sind Akteurskonstellationen von den jeweiligen Förderprogramm, der Verortung in der Förderlandschaft sowie ordnungspolitischen Zuständigkeiten und Zielausrichtungen der Förderung abhängig. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Gewerkschaften auf der Programmebene als etablierter bildungspolitischer Akteur und als Interessenvertretung der Jugendlichen im Übergangssystem immer vertreten sind. Zudem weisen die Ergebnisse auf erhebliche regionale Unterschiede im Hinblick auf die übernommene bzw. definierte Rolle und Funktion als potenzieller Gestaltungsakteur hin. Unterschieden werden kann dabei zwischen mehr oder minder verbindlich abgesicherten und dauerhaften Kooperationsebenen und -formen. Erschwerend kommt hinzu, dass den Gewerkschaftern die erforderlichen Ressourcen fehlen, eine arbeitnehmerorientierte Gestaltungspolitik in der Region zu betreiben.

Ergebnisse:

Gestaltungsakteure beim Übergang Jugendlicher von der Schule in die Arbeitswelt. Probleme, erste Lösungsansätze und offene Forschungsfragen aus Arbeitnehmersicht. Abschlussbericht / Rolf Dobischat u.a.- Essen; Dortmund, Januar 2010.- 95 S.
(Publikation geplant)

<i>Projekttitel:</i>	Soziale Gerechtigkeit in der beruflichen und betrieblichen Weiterbildung - Stand der Forschung und Forschungsbedarf
<i>Projektnummer:</i>	S-2009-257-5 B
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Julia Gillen Blankeneser Landstraße 52 22587 Hamburg julia.gillen@gmx.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Prof. Dr. Rita Meyer Universität Trier Abteilung Weiterbildung, B 401 Universitätsring 15 54296 Trier rmeyer@uni-trier.de
<i>Laufzeit:</i>	6 Monate

Bildung und die Verteilung von Bildungschancen gilt als die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Mit dieser Studie wird gezeigt, dass sich Bildungsungleichheiten und -ungerechtigkeiten bis in die berufliche und betriebliche Weiterbildung fortsetzen. Darüber hinaus werden mögliche Handlungsperspektiven und zukünftige Forschungsbedarfe aufgedeckt und diskutiert.

1. Kontext / Problemlage

Obwohl der Zusammenhang zwischen den Bildungsvoraussetzungen der Menschen und der späteren sozialen Statusverteilung schon seit vielen Jahrzehnten thematisiert wird, ist mit Blick auf die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten für die Bundesrepublik trotz aller bildungspolitischen Absichtserklärungen eine Gleichzeitigkeit von Bildungsexpansion und sozialer Ungleichheit von Bildungschancen zu konstatieren. Auch für die berufliche und betriebliche Weiterbildung ist festzustellen, dass sie einem Selektions- und Segmentationsproblem unterliegt: Alle bisher durchgeführten sozialwissenschaftlichen Forschungen belegen, dass die Beteiligung an beruflicher wie auch an betrieblicher Weiterbildung gleichermaßen stark nach Berufsposition, Bildungs- und Qualifikationsniveau, Berufsgruppen- und Branchenzugehörigkeit sowie nach Alter und Geschlecht differiert. Offensichtlich wirkt hier ein relativ stabiles Muster, das die Sozialstruktur der Teilnahme an Weiterbildung immer wieder reproduziert.

2. Fragestellung

In der Studie sind folgende Fragen leitend für den Untersuchungsgang:

- Wie ist der Stand der Forschung zur sozialen Gerechtigkeit in der beruflichen und betrieblichen Weiterbildung?
- Welche aktuellen Studien und Bildungsberichte gibt es in diesem Bereich, inwieweit beziehen sie Fragen der sozialen Gerechtigkeit ein und zu welchen Kernaussagen bzw. bildungspolitischen Forderungen kommen sie?
- Welche individuellen und strukturellen Faktoren der beruflichen Ausbildung behindern bzw. befördern die spätere Teilnahme an Weiterbildung und die Fähigkeit und Bereitschaft zu informellem Lernen?
- Gibt es Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen Formen von Weiterbildung und der Teilnehmergruppe?
- Welche Ansätze und Maßnahmen zur Erhöhung der sozialen Gerechtigkeit werden derzeit diskutiert oder bereits (modellhaft) umgesetzt?

- Welche Forschungsdesiderate und Handlungsperspektiven bestehen aus arbeitnehmerorientierter Perspektive?

3. Untersuchungsmethoden

Um die zentralen Fragen zu bearbeiten, wurde eine Vorgehensweise gewählt, die ausgehend von der handlungspraktischen Problemlage zunächst die Begriffe beleuchtet, um dann den Gegenstand der Sozialen Ungleichheit zu analysieren.

Dazu wurde eine Begriffsklärung der zentralen Termini soziale Ungleichheit und berufliche und betriebliche Weiterbildung vorgenommen, um den Untersuchungsgegenstand abzugrenzen. Ausgehend davon wurden empirische Erhebungen zu der Beteiligung an beruflicher und betrieblicher Weiterbildung hinsichtlich ihres möglichen Aussagegehaltes zur sozialen Gerechtigkeit analysiert. Parallel zu der Sekundäranalyse der empirischen Untersuchungen wird der Stand der Forschung und der Theoriebildung hinsichtlich der sozialen Gerechtigkeit in der beruflichen und betrieblichen Weiterbildung diskutiert.

4. Darstellung der Ergebnisse

Als Ergebnis der Studie werden auf organisatorisch-struktureller und auf individueller Ebene Handlungsperspektiven für den Abbau sozialer Bildungsungleichheiten ausgeführt, indem ausgehend von unterschiedlichen Problemfeldern eine konstruktive Gestaltungsperspektive aufgemacht wird. Als Handlungsperspektiven sind auf organisatorisch-struktureller Ebene die Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten durch Weiterbildungsfinanzierung und durch Flexibilisierung der Zugangswege zu sehen. Zudem zeigt sich, dass eine bedarfsorientierte Gestaltung von Weiterbildungsangeboten und die Steigerung der Durchlässigkeit des Bildungs- und Berufssystems wesentliche Handlungsaspekte auf struktureller Ebene darstellen. Auch die Gestaltung lernförderlicher Arbeit und die Nutzung der Potenziale informellen Lernens können die Herstellung sozialer Gerechtigkeit unterstützen. Schließlich erweist sich die Bereitstellung von individuellen Beratungsangeboten als wesentliches Element zur Stärkung dieser individuellen Fähigkeiten. Diese Handlungsperspektiven werden für die Gestaltung der Weiterbildungspraxis und der -forschung abschließend zu Herausforderungen auf unterschiedlichen Ebenen zusammengeführt.

Ergebnisse:

Gillen, Julia; Elsholz, Uwe; Meyer, Rita: Soziale Ungleichheit in der beruflichen und betrieblichen Weiterbildung: Stand der Forschung und Forschungsbedarf / Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.).- Düsseldorf, Juni 2010.- 90 S.- (Arbeitspapier; 191)

<i>Projekttitel:</i>	Arbeitsagentur und Qualifizierung: Aufgaben und Selbstverständnis von Arbeitsagenturen in Bezug auf institutionsbezogene Qualifizierungsberatung vor dem Hintergrund der Krise
<i>Projektnummer:</i>	S-2009-300-5 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Rita Meyer Podbielskistraße 135 30177 Hannover rita.meyer@gmx.de
<i>Laufzeit:</i>	9 Monate

Agenturen für Arbeit beraten sowohl Arbeitssuchende als auch Betriebe. Organisationsberatung durch die Agenturen wurde bisher kaum erforscht. Dabei hat sie, vor allem in Hinblick auf die Beratung zu Qualifizierungsmöglichkeiten in der Krise, an Relevanz gewonnen und ist zu einem bedeutenden Element der Beschäftigungssicherung geworden. Die Studie untersucht die diesbezügliche Rolle der Agenturen.

1. Kontext / Problemlage

Im Zuge der Arbeitsmarktreformen wurde in den Agenturen für Arbeit die personelle Trennung von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberberatung durchgeführt. Dadurch sollte dem "doppelten Kundenauftrag", also die Wahrnehmung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern als Kunden, entsprochen werden. Als Ansprechpartner für Betriebe ist der Arbeitgeberservice (AGS) nun seit einigen Jahren fest etabliert. Im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich die Intensität der Betriebsberatung durch die Agenturen deutlich erhöht, und die inhaltlichen Schwerpunkte haben sich verschoben: Hauptthema sind die im Rahmen des sog. "Konjunkturpaket II" eingeführten Fördermöglichkeiten von Qualifizierungsmaßnahmen, die während der Kurzarbeit durchgeführt werden. Da es nur wenige diesbezüglichen Vorgaben durch die Bundesagentur gab, haben die Agenturen regionalspezifisch unterschiedliche Strategien entwickelt, um mit dem Bedeutungszuwachs der Betriebsberatung und den veränderten Inhalten umzugehen.

2. Fragestellung

Im Rahmen des Forschungsprojektes wurden vier Fallstudien durchgeführt, mit Hilfe derer folgende forschungsleitende Fragen untersucht wurden:

- Wie nehmen Agenturen für Arbeit ihre neue Aufgabe bezüglich der Unterstützung von Qualifizierung in der Krise seit 2005 und insbesondere seit Einführung des sog. "Konjunkturpakets II" wahr?
- Wie bereiten sich die Mitarbeiter der Agenturen auf die veränderten Anforderungen vor und wie werden sie dabei personell und durch konzeptionelle Vorgaben unterstützt?
- Welche Anliegen werden von unterschiedlichen Akteuren an die Agenturen herangetragen und wie gehen diese damit um?
- Welche Möglichkeiten bestehen, die Tätigkeit der Agenturen effektiver und bedarfsorientierter zu gestalten und welche Unterstützung ist dafür notwendig?
- Schlagen sich die Grundsätze des New Public Managements, welche im Rahmen der Arbeitsmarktreformen für die Agenturen etabliert wurden, in der Beratungspraxis nieder?

3. Untersuchungsmethoden

Zur Untersuchung der Fragestellung wurden in vier Agenturen insgesamt neun Experteninterviews geführt. Die leitfadengestützten Interviews dauerten jeweils etwa eine Stunde. Es wurden sowohl Berater befragt, die sich im Schwerpunkt mit der Qualifizierungsberatung von Betrieben in der Krise befassen, als auch Vertreter des Managements, also Teamleiter oder die Geschäftsführung der Agentur. Dadurch konnte sowohl die operative, als auch die strategische Gestaltung analysiert werden. Die Interviews wurden transkribiert und einer qualitativen Inhaltsanalyse unterzogen. Der Analyse wurde eine abduktive Forschungslogik zugrundegelegt, die sowohl theoretische Analysekriterien, als auch die Struktur und Materials bei der Auswertung berücksichtigt.

4. Darstellung der Ergebnisse

- In den Agenturen wird grundsätzlich zwischen der Beratung von Arbeitssuchenden und Betrieben unterschieden. Dies zeigt sich nicht nur in der personellen Trennung. Auch an die Qualifikationen der Berater werden andere Ansprüche gestellt. Zudem haben diese weitaus größere Handlungsspielräume. Konzepte zur Betriebsberatung gibt es nicht.
- Die Typisierung der Agenturen durch das IAB hatte das Ziel, vergleichbare Agenturen zu ermitteln, und dadurch einen Erfahrungsaustausch zwischen den Agenturen zu ermöglichen, und Strategien für diese Gruppen vergleichbarer Agenturen zu entwickeln. Diese Ansprüche konnten nicht erfüllt werden: Die Vergleichbarkeit ist äußerst begrenzt und der Austausch findet in der Regel mit benachbarten Agenturen statt.
- Schlagwörter, wie "Kundenorientierung", "Qualität" und "Effizienz" sind in den Handlungen und Tätigkeiten des Arbeitgeberservices implementiert (vgl. New Public Management). Die Ausgestaltung dieser Grundsätze ist differenziert zu betrachten, da beispielsweise verschiedene Kundentypen differenziert und hierarchisch behandelt werden und auch die Begriffe "Kundenorientierung" und "Vertriebsorientierung" synonym verwendet werden.

Ergebnisse:

Meyer, Rita; Köster, Petra; Hiestand, Stefanie: Arbeitsagentur und Qualifizierung in der Krise: Aufgabe und Selbstverständnis von Arbeitsagenturen in Bezug auf betriebliche Qualifizierungsberatung. Abschlussbericht.- Trier, Oktober 2010.- 74 S.
(Publikation geplant)

<i>Projekttitel:</i>	Allgemeine und Politische (Weiter)Bildung: Chancengleichheit, soziale Herkunft und soziale Selektivität in der allgemeinen und politischen Weiterbildung. Eine Expertise
<i>Projektnummer:</i>	S-2009-266-5 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Dr. Ekkehard Nissl von Rein Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE) Friedrich-Ebert-Allee 38 53113 Bonn nissl@die-bonn.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Katrin Heyl Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE) Friedrich-Ebert-Allee 38 53113 Bonn katrin.hey@die-bonn.de
<i>Laufzeit:</i>	5 Monate

Die Expertise hat die Weiterbildungsbeteiligung und die Weiterbildungsbarrieren von verschiedenen Personengruppen in der allgemeinen Erwachsenenbildung zum Gegenstand. Im Ergebnis stellt die Expertise zusammen, welche wesentlichen Teilnahmebarrieren die jeweiligen Personengruppen haben und in welcher Richtung Lösungs- und Entwicklungsmöglichkeiten gehen sollten.

1. Kontext / Problemlage

Die Expertise geht davon aus, dass allgemeine Weiterbildung eine zentrale Bedeutung hat für die gesellschaftliche Partizipation, die Fähigkeit, die eigenen Interessen und Positionen zu vertreten, wichtig für die ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung ist und schließlich wichtig für die Lebendigkeit einer kulturell und intellektuell hochstehenden Gesellschaft. An Weiterbildung nicht beteiligt zu sein, bedeutet einen Nachteil für Menschen: Sie sind beruflich und ökonomisch benachteiligt, sie haben Benachteiligungen im sozialen und im persönlichen Bereich, Behinderungen in ihrer Entwicklung und ihrem individuellen Erschließen der Welt. Die vorliegende Expertise befasst sich daher mit der Frage, welchen Beitrag insbesondere allgemeine Weiterbildung leisten kann, um zu verhindern, dass verschiedene Gruppen gesellschaftlich ausgeschlossen sind und ihre Interessen und Perspektiven nicht einbringen können.

2. Fragestellung

Die Expertise untersucht das Weiterbildungsverhalten und die Weiterbildungsbarrieren von a) Personen mit Migrationshintergrund, b) Älteren Personen, c) Personen mit niedriger Schulbildung, einem niedrigen Erwerbsstatus und Erwerbslose sowie d) Frauen und Männern.

Die vier Gruppen weisen Auffälligkeiten niedriger oder "problematischer" Weiterbildungsteilnahme aus. Fünf Fragen werden daher in Bezug auf alle vier Gruppen gestellt:

- Welche Differenzierungen liegen im Weiterbildungsverhalten der genannten vier Personengruppen vor?
- Welche Teilnahmefaktoren (bzw. -barrieren) lassen sich im sozialen, ökonomischen und rechtlichen Umfeld identifizieren?
- Welche Teilnahmefaktoren (bzw. -barrieren) liegen in den individuellen Einstellungen der Personen?

- Welche Ursachen spielen Angebots- und Zugangsstrukturen?
- Welche strukturellen Ausschlussmechanismen gibt es, die über Gründe individueller Nicht-Teilnahme hinausgehen?

3. Untersuchungsmethoden

Insbesondere zur Beantwortung der ersten Frage des Teilnahmeverhaltens wurden übergreifende Erhebungen und Untersuchungen herangezogen, die Aussagen zur Weiterbildungsteilnahme der Personengruppen sowie zu deren Entwicklung machen. Diese zentralen Erhebungen und Studien liefern die Basisdaten für die folgende Analyse. Darüber hinaus wurden für die jeweiligen Personengruppen zentrale Studien der jüngsten Zeit exzerpiert und dergleichen zusammengestellt. Dies dient zum einen dazu, die Datenlage zu der jeweiligen Personengruppe zu explizieren und rückbindbar zu machen auf die Befunde, die festgestellt werden. Zum anderen lieferten sie u.a. Antworten auf die Frage nach Weiterbildungsbarrieren der unterschiedlichen Gruppen. In der sekundäranalytischen Betrachtung der vorliegenden Studien wurden die Kategorien "Ökonomische, soziale und rechtliche Barrieren", "Faktoren der Einstellung", "Faktoren der Angebotsseite" und "Strukturelle Aspekte" zugrunde gelegt.

4. Darstellung der Ergebnisse

Es hat sich gezeigt, dass häufig alle 3 Kategorien eine Rolle spielen und zusammen eine Nichtteilnahme bewirken (können). Einige wichtige Ergebnisse der Expertise lauten:

- Schlechte Erfahrungen in der Bildungsbiographie wirken sich negativ auf eine Weiterbildungsteilnahme aus (z. B. auf Grund von Versagensangst) und prägen nachhaltig die Einstellung zur Weiterbildung (z.B. Weiterbildung bringt keinen Nutzen).
- Eine schlechte finanzielle Situation, die Personen mit niedriger Schulbildung und Personen mit Migrationshintergrund besonders häufig trifft, spielt vor allem wegen der gestiegenen Teilnehmerentgelte eine Rolle.
- Bei allen Personengruppen lassen sich mangelnde "Passungen" zwischen Angeboten und Teilnahmeinteressen in der einen oder anderen Weise feststellen.
- Es mangelt oft an Unterstützung im materiellen, konzeptionellen und didaktisch-methodischen Bereich für diese Personengruppen.

Insgesamt ist festzuhalten, dass es dem Weiterbildungssystem bisher nicht gelungen ist, seine Kompensationsfunktion zu realisieren und dass weitere Forschung, insbesondere zu einzelnen Personengruppen, dringend nötig ist, um Anbietern handlungsrelevante und präzise Daten zu liefern.

Ergebnisse:

Nuissl, Ekkehard; Heyl, Katrin: Probleme der Teilnahme an allgemeiner Weiterbildung / Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.).- Düsseldorf, August 2010.- 102 S.- (Arbeitspapier; 195)

<i>Projekttitel:</i>	Technikerinnen und Techniker und Interessenvertretung: Zur Arbeitssituation und beruflichen Identität von Technikern
<i>Projektnummer:</i>	S-2009-325-5 F
<i>Projektleitung:</i>	Roland Tutschner Universität Bremen, Institut Technik und Bildung Abt. Internationale Berufsbildungsforschung All Fallturm 1 28539 Bremen tutschner@uni-bremen.de
<i>Laufzeit:</i>	6 Monate

Die explorative Studie zu Arbeitssituation und Interessenvertretung will einen Beitrag zum Verständnis der Arbeitssituation und beruflichen Stellung staatlich anerkannter Techniker im Beschäftigungssystem und zu Möglichkeiten und Grenzen ihrer Interessenvertretung leisten. Sie reagiert damit am Beispiel der Fachrichtungen Maschinenbau und Elektrotechnik auf eine Informations- und Forschungslücke.

1. Kontext / Problemlage

Die Debatten über Fachkräftemangel und über die prognostizierte Zunahme des Bedarfs an akademischen Qualifikationen in der Wirtschaft haben auch die mittleren betrieblichen Qualifikationen, das heißt die Meister und Techniker, in den Fokus öffentlicher Diskurse gerückt. Zudem wirft die Europäisierung nationaler Bildungssysteme die Frage nach dem heutigen und künftigen Stellenwert von Technikern im Qualifikations- und Beschäftigungssystem auf.

In den Debatten wird die Wertigkeit und der Zukunftsfähigkeit der mittleren beruflichen Qualifikationen für das Beschäftigungssystem thematisiert. Dabei stellt sich auch die Frage, ob Techniker einen besonderen, unverzichtbaren Qualifikationstyp repräsentieren und wie die Arbeitssituation der Techniker aussieht.

Da die Techniker im öffentlichen Diskurs neben Ingenieuren oder Meistern nur wenig in Erscheinung treten, ist die Interessenvertretung der Techniker in Interessensverbänden und in Gewerkschaften ein zentraler Aspekt dieser Studie.

2. Fragestellung

Fragestellungen der Studie richteten sich auf:

- Statistische Daten zur Größe und zu Entwicklungstendenzen der Berufsgruppe, mit dem Fokus auf die Maschinenbau- und Elektrotechniker. Dabei werden die Entwicklung der Studenten-, der Absolventenzahlen und die quantitative Entwicklung der beschäftigten und arbeitslosen Techniker dargestellt.
- Problemorientierte Einblicke in die Ausbildungs-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsituation. Hierbei werden auch die beruflichen Einsatzfelder, die betrieblichen Funktionen und Aufgaben, die Position in der betrieblichen Arbeitsteilung, sowie Einschätzungen zur Arbeitsmarktsituation und -perspektiven von Technikern ermittelt.
- Einblicke in den Stand, in die Voraussetzungen und Aktivitäten der Interessenvertretung von Technikern und Möglichkeiten und Grenzen ihrer Organisation. Dabei werden auch die Organisationsinteressen von Technikern, sowie Anknüpfungspunkte und Hindernisse ihrer Organisation in den Blick genommen.

3. Untersuchungsmethoden

Die Studie hat explorativen Charakter und erhebt keinen Anspruch auf Repräsentativität. In ihr werden die vorliegenden statistischen Daten zur Ausbildung und Arbeitssituation von Technikern an Hand amtlicher statistischer Daten aufbereitet. Die aktuelle Ausbildungs- und Arbeitssituation von Maschinenbau- und Elektrotechnikern wird durch qualitative Interviews mit Technikern, Unternehmensvertretern, Betriebsräten, Schulleitern, Repräsentanten der Technikerverbände und Akteuren aus Gewerkschaften erfasst. Die Leitfäden, die sich an die Techniker richteten, waren stärker berufsbiografisch fokussiert, die Interviewleitfäden zur Befragung der Experten mehr themenspezifisch ausgerichtet. Die Situation der Interessensvertretung von Technikern in Verbänden und Gewerkschaften wird zum einen über die Auswertung von öffentlich zugänglichen Dokumenten, zum anderen über Experteninterviews erfasst.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Technikerbeschäftigung und -weiterbildung sind keine Auslaufmodelle. Die Zahl der beschäftigten Techniker geht im letzten Jahrzehnt nur leicht zurück. Zukunftsprognosen gehen nur von einer leichten Abnahme des Technikerbedarfs aus.
- In Bezug auf Arbeitseinsatz und -situation von Technikern kann von einem technikertypischen Qualifikationsprofil gesprochen werden. Kennzeichnend für Techniker sind vor allem die Fähigkeit zu erfahrungsgeleitetem Arbeiten; Brückenqualifikationen, die ihn befähigen zwischen verschiedenen betrieblichen Akteursgruppen zu arbeiten.
- Die Arbeitsmarktsituation von Technikern stellt sich im Untersuchungszeitraum als günstig dar. Als Gründe werden anziehende Konjunktur, die breite betriebliche Einsetzbarkeit von Technikern, die niedrigen Personalkosten, fachliches und soziales Erfahrungswissen, genannt.
- Die Interessensvertretung der Techniker ist durch aktive Verbände und engagierte Lobbyarbeit, durch Fragmentierung der Verbände und mangelnde Basisarbeit vor Ort gekennzeichnet. Hemmende Faktoren sind vor allem geringes Selbstbewusstsein als Techniker und fehlende kollektive Identität.

Ergebnisse:

Tutschner, Roland; Strauß, Jürgen: Techniker/innen und Interessenvertretung: Zur Arbeitssituation und beruflichen Identität von Technikern. Abschlussbericht.- Bremen; Dortmund, August 2010.- 95 S.

Tutschner, Roland; Strauß, Jürgen: Techniker/innen und Interessenvertretung: Zur Arbeitssituation und beruflichen Identität von Technikern. Kurzfassung.- Bremen; Dortmund, August 2010.- 3 S.

<i>Projekttitel:</i>	Maria Weber 90 Jahre, Gerd Muhr 85 Jahre, DGB 60 Jahre. Ein biografisches Geschichtsprojekt zu Gewerkschaftern des DGB
<i>Projektnummer:</i>	S-2008-162-5 F
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Stefan Remeke Weststr. 79 33824 Werther/ Westf. stefan.remeke@gmx.de
<i>Laufzeit:</i>	23 Monate

Maria Weber und Gerd Muhr gehören zu den wichtigsten Persönlichkeiten an der Spitze des DGB. Anlässlich des 60. Gründungsjubiläums des DGB im Jahre 2009, in dem Maria Weber ihren 90. und Gerd Muhr seinen 85. Geburtstag gefeiert hätten, untersucht dieses historische Projekt der Hans-Böckler-Stiftung wichtige Passagen der Biografien von Maria Weber und Gerd Muhr.

1. Kontext / Problemlage

Über ihr gewerkschaftspolitisches Kerngeschäft hinausgehend, beschäftigten sich Weber und Muhr mit grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Herausforderungen: Engagement in der Kirche, Einsatz für internationale Initiativen zur Demokratisierung, Familienpolitik sowie Gleichberechtigung und Chancen zur Karriere für Frauen, Anti-Apartheid-Politik für Afrika oder die Begleitung der Globalisierung als Beitrag für eine soziale Welt. Damit zeigen sich in den Biografien von Weber und Muhr nicht nur Bezüge zu aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen. Sie bringen zugleich vernachlässigte gewerkschaftliche Identitäten zum Vorschein: als unterstützende Kraft für internationale Demokratisierungsbewegungen, als bewegende Kraft für internationale Abkommen zur sozialen Begleitung der Globalisierung, als vermittelnde Kraft zwischen Kirche und Gesellschaft und als modernisierende Kraft im Bereich bürgerlicher Erziehungs-, Bildungs- und Familienvorstellungen.

2. Fragestellung

Wie die meisten wissenschaftlichen Biografien geht auch die Doppelbiografie über Maria Weber und Gerd Muhr nicht von einer Liste gezielter Fragestellungen aus. Ziel der Untersuchung ist es vielmehr, Maria Webers und Gerd Muhrs gewerkschafts- und gesellschaftspolitisches Engagement unter besonderer Berücksichtigung der geschilderten Bereiche im Kontext ihrer lebensgeschichtlichen Prägungen und ihrer spezifischen Sozialisation zu erläutern.

3. Untersuchungsmethoden

Die Untersuchung schließt an den Erkenntnisstand der historischen Gewerkschafts- und Elitenforschung unmittelbar an. Im Mittelpunkt standen deren klassische Untersuchungsmethoden: die Befragung von wichtigen Zeitzeugen aus dem gewerkschaftlichen und privaten Umfeld von Maria Weber und Gerd Muhr sowie die systematische Auswertung des verfügbaren Archivguts. Wichtige, für Forschungszwecke zum Teil erstmals ausgewertete Archivalien vor allem aus den Archiven des DGB oder der IG Metall, des Zentralkomitees der deutschen Katholiken oder im Archiv für Christlich-Demokratische Politik wurden für dieses biografische Projekt herangezogen. Dabei wurde Quellenmaterial berücksichtigt, das zeitlich bis in die endenden 1980er Jahre reicht und mithin in Epochen vordringt, denen sich Zeithistoriker bis heute kaum genähert haben.

4. Darstellung der Ergebnisse

Die Ergebnisse einer Biografie, auch dieser Doppelbiografie, lassen sich nicht auflisten. Biografien tragen vielfältige Informationen über Personen zusammen, verdichten und arrangieren sie. Von besonderem Interesse für die historische Elitenforschung dürften aus den Biografien von Maria Weber und Gerd Muhr zu gewinnende Erkenntnisse zu den Karrieren, Generations- und Persönlichkeitsmerkmalen gewerkschaftlicher Spitzenfunktionäre sein. Für zwei herausragende Gewerkschaftsfunktionäre, die von den 1950er bis zum Ende der 1980er Jahre - also in vier Jahrzehnten der Geschichte der Bundesrepublik - im Vorstandsamt tätig waren, wurde das biografische Kräftefeld Generation-Persönlichkeit-Karriere erstmals mit einem doppelbiografischen Ansatz untersucht. Darüber hinaus konnten mit gelegentlich erstaunlichen Quellenfunden bislang unbekannte oder unzureichend beachtete Aspekte der deutschen Gewerkschaftsgeschichte erstmals empirisch aufbereitet werden: so etwa die Kontakte des DGB mit der Führung der CDU/CSU in den späten 1970er Jahren (Kohl, Strauß) oder die Beteiligung deutscher Gewerkschafter an internationalen Befreiungsbewegungen (Griechenland, Spanien, Polen, Südafrika).

Ergebnisse:

Remeke, Stefan: Anders links sein: Auf den Spuren von Maria Weber und Gerd Muhr. Abschlussbericht.- Werther, Oktober 2010.- 357 S.

3. Veröffentlichungen aus Forschungsprojekten

Veröffentlichungen*

Dörre, Klaus; Neis, Matthias

Das Dilemma der unternehmerischen Universität

Hochschulen zwischen Wissensproduktion und Marktzwang

Berlin: edition sigma, 2010

Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung; 116

ISBN 978-3-8360-8716-2

€ 14,90

Evers, Adalbert; Hämel, Kerstin

Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.)

Essensangebote an Schulen.

Unterschiedliche Konzepte, unterschiedliche Akzeptanz?

Düsseldorf, Juli 2010

Arbeitspapier; 192

Bestell-Nr. 11192

€ 20,00

Frick, Joachim R.; Grabka, Markus M.; Hauser, Richard

Die Verteilung der Vermögen in Deutschland

Empirische Analyse für Personen und Haushalte

Berlin: edition sigma, 2010

Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung; 118

ISBN 978-3-8360-8718-6

€ 16,90

Gillen, Julia; Elsholz, Uwe; Meyer, Rita

Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.)

Soziale Ungleichheit in der beruflichen und betrieblichen Weiterbildung

Düsseldorf, Juni 2010

Arbeitspapier; 191

Bestell-Nr. 11191

€ 12,00

Greifenstein, Ralph; Kißler, Leo

Mitbestimmung im Spiegel der Forschung

Eine Bilanz der empirischen Untersuchung 1952 - 2010

Berlin: edition sigma, 2010

Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung; 123

ISBN 978-3-8360-8723-0

€ 19,90

Grosse Frie, Kirstin

von dem Knesebeck, Olaf (Hrsg.)

Psychosoziale Arbeitsbelastungen und Versorgungsqualität bei chirurgisch tätigen Krankenhausärzten in Deutschland

Berlin: LIT Verlag, 2010

Reihe Medizinsoziologie; Band 14

ISBN 978-3-643-10865-4

€ 19,90

Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.)

Flexibilisierung und Leiharbeit in der Pflege

Düsseldorf, Juli 2010

Arbeitspapier; 215

Bestell-Nr. 11215

€ 12,00

* Veröffentlichungen der Hans-Böckler-Stiftung sind über den Buchhandel zu beziehen. Die mit einer Bestell-Nr. versehenen Titel erhalten Sie über unseren Auslieferer **Der Setzkasten**, Kreuzbergstr. 56, 40489 Düsseldorf, Fax 0211/4080090-40; mail@setzkasten.de.

Jochmann-Döll, Andrea; Ranftl, Edeltraud

Impulse für die Entgeltgleichheit

Die ERA und ihre betriebliche Umsetzung auf dem
gleichstellungspolitischen Prüfstand

Berlin: edition sigma, 2010

Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung; 120

ISBN 978-3-8360-8720-9

€ 14,90

Keller, Berndt K.

Arbeitspolitik im öffentlichen Dienst

Ein Überblick über Arbeitsmärkte und Arbeitsbeziehungen

Berlin: edition sigma, 2010

Modernisierung des öffentlichen Sektors; Sonderband 36

ISBN 978-3-8360-7286-1

€ 14,90

Kesselring, Sven; Vogl, Gerlinde

Betriebliche Mobilitätsregime

Die sozialen Kosten mobiler Arbeit

Berlin: edition sigma, 2010

Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung; 117

ISBN 978-3-8360-8717-9

€ 15,90

Kißler, Leo; Greifenstein, Ralph; Schneider, Karsten

Die Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland

Eine Einführung

Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlag GmbH, 2010

ISBN: 978-3-531-17179-1

€ 24,95

Matuschek, Ingo

Konfliktfeld Leistung

Eine Literaturstudie zur betrieblichen Leistungspolitik

Berlin: edition sigma, 2010

Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung; 121

ISBN 978-3-8360-8721-6

€ 14,90

Nagel, Bernhard

Nachhaltige Strom- und Gasversorgung im Lichte des Wettbewerbsrechts

Berlin: edition sigma, 2010

Modernisierung des öffentlichen Sektors; Sonderband 35

ISBN 978-3-8360-7235-9

€ 8,90

Nuissl, Ekkehard; Heyl, Katrin

Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.)

Probleme der Teilnahme an allgemeiner Weiterbildung

Personengruppen und ihr Weiterbildungsverhalten

Düsseldorf, August 2010

Arbeitspapier; 195

Bestell-Nr. 11195

€ 20,00

Panke, Marina; Sötje, Karin; Steil, Armin (Hrsg.)

Biographisches Lernen in der beruflichen Sozialisation

Konzepte politischer Bildung für Jugendliche in Ausbildung und Betrieb

Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 2010

ISBN: 978-3-89691-865-9

€ 29,90

Plogstedt, Sibylle

Knastmauke

Das Schicksal von politischen Häftlingen der DDR nach der deutschen Wiedervereinigung

Gießen: Psychosozialer-Verlag, 2010

ISBN: 978-3-8379-2094-9

€ 32,90

Schroeder, Wolfgang; Munimus, Bettina; Rüdert, Diana

Seniorenpolitik im Wandel

Verbände und Gewerkschaften als Interessenvertreter der älteren Generation

Frankfurt; New York: Campus Verlag 2010

ISBN: 3-593-39318-6

€ 49,00

„Sie müssen es nicht verstehen, Sie müssen es nur verkaufen“

Vertriebssteuerung in Banken

Berlin: edition sigma, 2010

Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung; 119

ISBN 978-3-8360-8719-3

€ 21,90

Bestellschein

**Hans-Böckler-Stiftung
Forschungsinformation
und -dokumentation
Hans-Böckler-Straße 39**

40476 Düsseldorf

AbsenderIn:

An dem regelmäßigen Bezug des F.I.D. bin ich interessiert

☐

Wer den F.I.D. beziehen möchte, wird freundlich gebeten, den beiliegenden Bestellschein an unsere Forschungsinformation und -dokumentation (Kollegin Linda Zebri) zu senden. Damit stellen Sie sicher, daß Sie den F.I.D., der dreimal jährlich erscheint, kostenlos erhalten.

Meine Anschrift hat sich geändert

☐

Ich bitte um Zusendung des Forschungsförderungsprogramms

☐

Aktuelle Neufassung von Juni 2008

Ort und Datum

Unterschrift

Struktur und Schwerpunkte der Abteilung Forschungsförderung

Stand: Januar 2011

Forschungsförderung 4 Abteilungsleitung

N. N.

Rosemarie Pulfrich
Elisabeth Bernhardt
Tel. 0211 7778-109/342

Rosi-Pulfrich@boeckler.de
Elisabeth-Bernhardt@boeckler.de

Förderschwerpunkt

- Zukunft des Sozialstaates/Sozialpolitik

Forschungsförderung 1 Referat

Dr. Marc Schietinger
Tel. 0211 7778-127
Marc-Schietinger@boeckler.de

Karin Klaus
Tel. 0211 7778-128
Karin-Klaus@boeckler.de

Förderschwerpunkt

- Strukturwandel - Innovationen und Beschäftigung

Forschungsförderung 2 Referat

Dr. Karsten Schneider
Tel 0211 7778-175
Karsten-Schneider@boeckler.de

Pinar Yetisen
Tel. 0211 7778-176
Pinar-Yetisen@boeckler.de

Förderschwerpunkt

- Mitbestimmung im Wandel

Forschungsförderung 3 Referat

N.N.

Kirsten Hermeling
Tel. 0211 7778-115
Kirsten-Hermeling@boeckler.de

Förderschwerpunkt

- Erwerbsarbeit im Wandel

Forschungsförderung 5 Referat

Dr. Michaela Kuhnhenne
Tel. 0211 7778-593
Michaela-Kuhnhenne@boeckler.de

Beate Kaps
Tel. 0211 7778-293
Beate-Kaps@boeckler.de

Förderschwerpunkte

- Bildung für und in der Arbeitswelt
- Geschichte der Gewerkschaften

Forschungsförderung: Dokumentation

Linda Zebri
Tel. 0211 7778-119
Linda-Zebri@boeckler.de

EDV-gestützte Forschungsinformation

Hans-Böckler-Stiftung

Die Hans-Böckler-Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gegründet wurde sie 1977 aus der Stiftung Mitbestimmung und der Hans-Böckler-Gesellschaft. Die Stiftung wirbt für Mitbestimmung als Gestaltungsprinzip einer demokratischen Gesellschaft und setzt sich dafür ein, die Möglichkeiten der Mitbestimmung zu erweitern.

Mitbestimmungsförderung und -beratung

Die Stiftung informiert und berät Mitglieder von Betriebs- und Personalräten sowie Vertreterinnen und Vertreter von Beschäftigten in Aufsichtsräten. Diese können sich mit Fragen zu Wirtschaft und Recht, Personal- und Sozialwesen oder Aus- und Weiterbildung an die Stiftung wenden. Die Expertinnen und Experten beraten auch, wenn es um neue Techniken oder den betrieblichen Arbeits- und Umweltschutz geht.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung forscht zu Themen, die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Bedeutung sind. Globalisierung, Beschäftigung und institutioneller Wandel, Arbeit, Verteilung und soziale Sicherung sowie Arbeitsbeziehungen und Tarifpolitik sind die Schwerpunkte. Das WSI-Tarifarchiv bietet umfangreiche Dokumentationen und fundierte Auswertungen zu allen Aspekten der Tarifpolitik.

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)

Das Ziel des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung ist es, gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu erforschen und für die wirtschaftspolitische Beratung einzusetzen. Daneben stellt das IMK auf der Basis seiner Forschungs- und Beratungsarbeiten regelmäßig Konjunkturprognosen vor.

Forschungsförderung

Die Stiftung vergibt Forschungsaufträge zu Mitbestimmung, Strukturpolitik, Arbeitsgesellschaft, Öffentlicher Sektor und Sozialstaat. Im Mittelpunkt stehen Themen, die für Beschäftigte von Interesse sind.

Studienförderung

Als zweitgrößtes Studienförderungswerk der Bundesrepublik trägt die Stiftung dazu bei, soziale Ungleichheit im Bildungswesen zu überwinden. Sie fördert gewerkschaftlich und gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Promovierende mit Stipendien, Bildungsangeboten und der Vermittlung von Praktika. Insbesondere unterstützt sie Absolventinnen und Absolventen des zweiten Bildungsweges.

Öffentlichkeitsarbeit

Mit dem 14tägig erscheinenden Infodienst „Böckler Impuls“ begleitet die Stiftung die aktuellen politischen Debatten in den Themenfeldern Arbeit, Wirtschaft und Soziales. Das Magazin „Mitbestimmung“ und die „WSI-Mitteilungen“ informieren monatlich über Themen aus Arbeitswelt und Wissenschaft. Mit der Homepage www.boeckler.de bietet die Stiftung einen schnellen Zugang zu ihren Veranstaltungen, Publikationen, Beratungsangeboten und Forschungsergebnissen.

Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefax: 02 11/77 78-225
www.boeckler.de

**Hans Böckler
Stiftung** 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.